Erste Ausgabe.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark. Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 4½ Uhr.

Hallische Zeitung

Insertionsgebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf. Reclamen am Schluß des redactionellen Theils pro Zeile 40 Pf.

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 12. Halle, Sonnabend, 15. Januar 1887. 179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 14. Januar Vormittags.)

☞ Zur **Ersten Ausgabe** gehören als **Beilagen** die **Parlamentsbeilage** (Verhandlungen des Reichstags vom 13.) und der illustrirte Roman von Ottomar Beta „**Im Weltbrande**" S. 53—56.

Dritter Kampftag.

△ Berlin, 13. Januar.

Sechs Stunden währte die heutige Debatte über die **Militärvorlage** und wieder war es die vereinigte Opposition, welche Mann für Mann auf die Tribüne entsandte, um für ihre verlorene Sache zu streiten. — Die Physiognomie des Hauses ist dieselbe, wie an den vorhergehenden Tagen: die Mitglieder sind fast vollzählig erschienen, der Tisch des Bundesraths ist dicht besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Auch Prinz Wilhelm wohnte wieder, umgeben von einem Kreise von Offizieren, den Verhandlungen bei. Es war klar, daß nachdem an den vorhergehenden Tagen das Centrum, die Conservativen, Freiconservativen und Nationalliberalen in ihren Führern zum Worte gekommen, die Deutschfreisinnigen nunmehr ihren Vorkämpfer ins Treffen schicken würden. Und in der That sprachen nur bei Beginn der Sitzung in kurzen Ausführungen die Abgeordneten Graf Moltke und Lingens — der erstere um die Insinuation abzulehnen, daß man aus seiner Rede herauslesen wolle, er halte die dreijährige Bewilligung eventuell für acceptabel — um sodann dem Abgeordneten Richter Platz zu machen. Der Führer der Freisinnigen hatte zwei Tage schweigend zuhören müssen: jetzt rächte er sich hart durch eine Rede, die an Breite ihres Gleichen sucht und die volle zwei Stunden in Anspruch nahm. Wir glauben dieselbe nicht besser charakterisiren zu sollen, wie der nachfolgende Redner, der Abg. Buhl, dies that, indem er sie ein rhetorisches Brillantfeuerwerk nannte. In der That, es war ein Feuerwerk, welches der Führer der Freisinnigen abbrannte: prasselnd, zischend, sprühend; Raketen und Schwärmer stiegen empor und alle Farben erglänzten, aber es war auch eben nur ein Feuerwerk: mit dem Abbrennen des letzten Feuerrades erlischt alles; irgend welche belebenden oder erwärmenden Wirkungen mangeln völlig, und der Zuschauer resp. Zuhörer hat bestenfalls das Gefühl, sich gut unterhalten zu haben. Der Abg. Richter warf dem Reichskanzler vor, sich in die bulgarischen Wirren eingemischt zu haben und der dortigen Justiz in die Arme gefallen zu sein; das scharfe Urtheil der ausländischen Presse über den mangelnden Patriotismus des Reichstags ist nach seiner Ansicht im „Berliner Preßbureau" gemacht. Dazwischen einige schlechte Witze über „Parlamentsheer" und „Kaiserliches Heer", die den lebhaften Beifall der Linken fanden. Daß der Kaiser im Falle des Nichtzustandekommens einer Einigung zwischen Reichstag und Bundesrath in voller Souveränität die Präsenzziffer bis zur Maximalgrenze von einem Prozent der Bevölkerung bestimmen könnte, weist Herr Richter als eine unhaltbare verfassungswidrige Theorie zurück. Die Zunahme der Sparkassen-Anlagen führt Herr Richter lediglich auf einen „Platzwechsel" in den Anlagen zurück. Was durch Conversionen und die Verstaatlichung der Eisenbahnen an Mitteln flüssig geworden, suche Unterkunft in den Sparkassen. Die bevorstehende Auflösung ist nach seiner Ansicht nicht wie in anderen „aufrichtig constitutionellen Staaten" ein Appell an das Volk, sondern lediglich eine Aufforderung zur blinden Unterwerfung. Mit der Behauptung, daß ihm und seinen Angehörigen die Zukunft gehört, schließt Herr Richter unter dem lebhaften Beifall der Linken und des Centrums, und unter dem energischen Zischen der Rechten.

Das sichtlich ermüdete Haus leert sich, man eilt in das Foyer, und der Abgeordnete Buhl, dessen wir bereits gedachten, hat zunächst die undankbare Aufgabe, vor gelichtetem Hause zu sprechen. Seine treffenden Ausführungen nahmen indeß die volle Theilnahme der Anwesenden in Anspruch und da auch der Reichskanzler (gegen ½2) im Saal erscheint, so ist das Haus bald wieder vollzählig. Der Abg. Buhl führt sehr richtig aus, daß, was man auch immer sagen möge, 16000 Mann neuer Truppen, auf 3 Jahre bewilligt, nur eine Vermehrung von 48000 Mann, auf 7 Jahre bewilligt dagegen eine solche von 112000 Mann im Kriegsfalle ausmachen. Das Triennium und das Septennat seien daher fundamental verschieden. Er entwickelt die Entstehung des Septennat historisch und hält das Festhalten an demselben nicht allein wegen unserer auswärtigen Situation, sondern auch zur gedeihlichen Entwickelung und zum Ausbau unserer inneren Verhältnisse für unbedingt nöthig. Es sei ein schwerer Fehler, die Heeresfrage, wie die Majorität des Reichstags dies beabsichtige, zu einer Kampffrage zwischen Regierung und Reichstag machen zu wollen. Nunmehr ergreift der Reichskanzler das Wort, um anknüpfend an die Bemerkung des Abgeordneten Richter, er habe sich in die bulgarischen Interna gemischt, eine offizielle Darstellung der thatsächlichen Hergänge unter Verlesung der bezüglichen Aktenstücke zu geben. Deutschland hat lediglich unseren Vertreter in Sofia beauftragt, von Hinrichtungen abzurathen; alles weitere sei erlogen. Der Reichskanzler verliest sodann längere kriegerische Exkursionen aus der „Germania", der „Volks-Zeitung" und der „Freisinnigen Zeitung" über die bulgarische Frage. Inzwischen sei ein völliger Umschlag der Meinungen eingetreten, man sei sich darüber klar geworden, daß man zu vorschnell gewesen; heute spreche kein Mensch mehr von Bulgarien, höchstens noch der Abgeordnete Richter. Von ihm (dem Reichskanzler) aber verlange man, er solle zu einer Majorität Vertrauen haben, deren Repräsentanten hinter diesen Blättern ständen. Der Bestand der Armee sei identisch mit dem Bestand des Reiches, und die verbündeten Regierungen wollten diese wichtige Frage eben nur alle 7 Jahre erörtern, nicht in kürzeren Fristen. Nachdem der Reichskanzler noch den Vergleich des Abgeordneten Windthorst zurückgewiesen, das zwischen dem König von Hannover und Frankreich projektirt gewesene Bündniß sei konform dem Verhältniß Deutschlands zu den Freischaaren Garibaldis im 66er Krieg und zu der beabsichtigten Bildung einer ungarischen Legion, schloß er seine etwa halbstündigen, vom Hause mit lautloser Stille entgegengenommenen Ausführungen unter dem lebhaften Beifall der Rechten. Nach ihm ergriff gegen halb 3 Uhr der Abgeordnete Windthorst das Wort zu dem Versuch, die Verantwortlichkeit für die Kriegslust der Centrums- und freisinnigen Blätter in der bulgarischen Frage von den entsprechenden Parteien des Reichstags abzuwälzen. Nach seiner Ansicht sind sämmtliche Blätter des Centrums und der Deutschfreisinnigen von ihren Parteien völlig unbeeinflußt und was sie so und nicht anders schreiben läßt, ist lediglich der Wunsch und die Absicht, möglichst viel Abonnenten zu bekommen. Die wiederholte Erklärung des Reichskanzlers, daß wir keine Interessen im Orient haben, ist ihm wegen unseres Verhältnisses zu Oesterreich bedenklich; denn dies habe dort zweifellos Interessen. Im Uebrigen sehe er den Wahlen mit vollem Vertrauen entgegen.

Halle, den 14. Januar.

Politische Mittheilungen.

* Die freisinnige Fraction hat nach der ersten großen Rede des Reichskanzlers beschlossen, eventuell d. h. für den sicheren Fall, daß der freisinnige Antrag (454000 Friedenspräsenz statt 468000) abgelehnt wird, mit dem Centrum gemeinsam für dreijährige Bewilligung der geforderten Präsenz zu stimmen und die Cadres auf 518 Infanteriebataillone dauernd und 16 Bataillone provisorisch festzusetzen. Nicht die Reden des Kanzlers, nicht das Urtheil der militärischen Sachverständigen hat die Fraktion zu diesem abermaligen Positionswechsel — „ich habe nichts mehr zu paktiren" hatte Richter vor den Ferien in der Commission verkündet — veranlaßt, sondern lediglich die Absicht, wenigstens irgend einen positiven Beschluß zu Stande zu bringen und selbst von der Parole des Centrums: „jeden Mann und jeden Groschen" zu profitiren. Es ist nicht der geringste Werth darauf zu legen, wenn etwa der Freisinn vor die Wähler hintritt und sagt: Seht, wir wollten Alles bewilligen. Denn einmal liegt in der dreijährigen Bewilligung ausgesprochenermaßen das Verlangen, daß der nächste Reichstag wieder über das Heer zu Gericht sitzen soll; man will in notorisch hoch ernster Zeit eine neue Etappe auf dem Wege zum Parlamentsheer erobern. Dann aber macht es die bisherige, immer nur von taktischen Rücksichten bestimmte Haltung der Fraction Richter im hohen Grade zweifelhaft, ob sie nicht auf ihrem ursprünglichen Antrage beharrt hätte, wenn dem Septennat eine Majorität sicher und somit die Möglichkeit der Auflösung des Reichstags ausgeschlossen war. Endlich aber sehen wir uns doch einmal die Kunststücke und Schiebungen näher an, die jetzt noch erforderlich sind, um einen Triennatsbeschluß, diesen immer noch mit provisorischer Bewilligung von 16 Bataillonen, herbeizuführen. Die Socialdemokraten haben Hülfe in jeweit zugesagt, daß sie in der zweiten Lesung für ein Triennat stimmen wollen, eine Spiegelfechterei von seltener Unverfrorenheit, da sie in der dritten Lesung alles abzulehnen entschlossen sind. Aber für den Fall, daß schon nach der zweiten Lesung aufgelöst werden sollte, hat ihre Hülfe doch einigen Werth. Ferner müssen die Protestler, Polen, Dänen und Welfen bearbeitet werden, daß sie, soweit sie Gegner jeder Wehrverstärkung sind, sich der Abstimmung enthalten. Stimmten sie und die Socialdemokraten nach ihrer wahren Meinung, so wäre es mit einer Mehrheit für 3jährige Bewilligung und somit mit der Renommirerei von „jeden Mann und jedem Groschen" vorbei. In solch jammervoller Abhängigkeit befinden sich Centrum und Freisinn von erklärten Feinden des Reichs. Das läßt sich nicht vertuschen und deß werden die Wähler eingedenk sein müssen.

* Ueber die Reichstagsmajorität schreibt die „Nationallib. Correspondenz":

Das „positive Resultat" bei der Militärgesetzberathung, mit welchem die Opposition vor das Land zu treten gedenkt, wird genügend durch die Zusammensetzung der Mehrheit gekennzeichnet, der dasselbe zu verdanken ist. Es kann überhaupt nur zu Stande kommen, wenn eine dritte Lesung gar nicht stattfindet. Denn bei einer solchen fällt die herrliche Mehrheit unrettbar auseinander. Zu einem vorläufigen positiven Ergebniß aber, mit welchem man minder urtheilsfähigen Wählern Sand in die Augen zu streuen hofft, müssen mit den ultramontanen und deutschfreisinnigen Kerntruppen alle die kleinen Gruppen zusammen wirken, denen man wohl nicht zu nahe tritt, wenn man sie reichs- und staatsfeindlich und antinational nennt, die Socialdemokraten, Polen, Elsaß-Lothringer, Welfen, Volkspartei. Den Werth dessen, was Centrum und Deutschfreisinnige für die militärische Sicherheit des Reichs bieten, mag man aus der Mitwirkung dieser Elemente ermessen! Unser ganzes parlamentarisches Leben in den letzten Jahren wurde durch die Mehrheit Windthorst-Richter-Liebknecht beherrscht; sie ist wiederholt in höchst unerfreulicher Weise zu Tage getreten, ihr Meisterstück aber hat sie bei diesen „elenden Streitigkeiten" um die Wehrkraft des Vaterlandes geliefert. Hoffentlich wird diese Leistung auch ihre letzte sein. Der Unwille des deutschen Volkes über solche Zustände wird dafür sorgen. Herr Windthorst, die Seele dieser Majorität, hat zur vollen Kennzeichnung der Lage für gut gehalten, den welfischen Grundzug seines politischen Wesens ganz besonders, in einer selbst bei ihm ungewöhnlichen Schärfe und demonstrativster Weise hervorzukehren. Der deutsche Ultramontanismus leistet diesen Bestrebungen, die mit der Sache der katholischen Kirche nicht das mindeste zu thun haben, noch immer unbedingte Heeresfolge, und auch die Deutschfreisinnigen liegen in Bewunderung und Ehrfurcht, um ein Lieblingswort von Herrn Richter zu brauchen, „platt auf dem Bauch" vor diesem großen Staatsmann und Patrioten. Das deutsche Volk möge nun entscheiden, ob Welfen, Römlinge, Polen, Demokraten und Sozialdemokraten noch ferner unser Reich verderben und ruiniren dürfen.

* Der Kaiser besuchte vorgestern die Vorstellung im Opernhause. Nach Schluß derselben fand bei den Majestäten eine kleinere Theegesellschaft statt. Gestern Vormittag arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Militär-Kabinets und mit dem Kriegsminister. Später empfingen die Majestäten den japanischen Prinzen Akihito Komatsu No Mija und dessen Gemahlin. Zur Fahrt nach dem königlichen Palais war der Prinz vom kgl. Kammerherrn Frhrn. von Romberg mit seinem Gefolge in drei kgl. Gala-Equipagen aus dem Hotel Kaiserhof abgeholt worden. Dem Empfange bei den Majestäten schloß sich ein Diner zu Ehren des Prinzen an, an welchem die im Gefolge des prinzlichen Paares sich befindenden Personen sowie der gegenwärtige japanische Geschäftsträger und der Dolmetsch Theil nehmen, ebenso Graf Herbert Bismarck, Oberst-Kämmerer Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, Oberstmarschall Fürst Salm Dyck, Ober-Zeremonienmeister Graf zu Eulenburg, Ober-Küchenmeister v. Röder, Minister v. Puttkamer, die Generäle von Pape und v. Wartensleben und der Botschafter Graf Hatzfeld. Nachmittags 2 Uhr hat der Kaiser in Begleitung des Grafen Lehndorff eine Spazierfahrt unternommen.

* Fürst Bismarck und die Arbeiter. Der Abgeordnete Windthorst hatte am Dienstag mit einem gewissen gemachten Pathos einen socialistischen Ton angeschlagen, der lediglich nach Außen zu wirken bestimmt war. Die Erwiderung des Fürsten Bismarck hierauf erscheint uns angesichts der Vorwürfe gegen die Regierung wegen angeblicher Stockung der Socialreform und zum Beweise, daß Fürst Bismarck ein wirklicher Arbeiterfreund ist, besonders beachtenswerth, weshalb wir sie im Wortlaut hier besonders folgen lassen:

„Ich hatte den Eindruck, daß der Herr Abgeordnete sich im Augenblick vielleicht um einige Wochen irrte und schon zu seinen Wählern zu sprechen glaubte, daß er die Arbeiterfrage nur einschieben wollte, weil die Arbeiter eine ganze Menge Stimmen haben. Er sagte, wir scheuen das Zusammenleben mit den Arbeitern. Nun, meine Herren, ich lebe gewöhnlich, in jedem Jahre glaube ich, mehr Arbeiter und spreche mehr Worte mit Arbeitern als mit anderen Menschen, wenn ich den Reichstag vielleicht ausnehme. Wenn ich auf dem Lande bin, wo ich lange lebe, so giebt es keine Arbeiterwohnung, die mir unbekannt wäre; die meisten Arbeiter kenne ich persönlich und spreche mit ihnen persönlich, und ich scheue die Berührung mit ihnen gar nicht. Es giebt keinen Arbeiter, der, wenn ich komme, nicht auf die Schwelle tritt, mir vertraulich die Hand giebt, mich bittet, hereinzukommen, einen Stuhl abwischt und wünscht, daß ich mich setzen möchte. Ich kenne deshalb auch die Stimmung der Arbeiter ziemlich genau. Die Frage, wieviel Geld das Heer kostet, habe ich von ihnen nie berühren gehört. Das aber kann ich Sie versichern, soweit ich sie kenne: für die Sicherheit des Reiches einzustehen mit dem Gewehr in der Hand und zu kommen auf des Königs Ruf, jedesmal, wo er sie ruft, dazu sind sie alle bereit jeden Tag und ohne alle Ausnahme. (Bravo!) Sie beurtheilen unsere Arbeiter ganz falsch, wenn Sie glauben, daß sie diese Finasserien (Ränke) über den Gewinn von parlamentarischem Uebergewicht begreifen, und daß es ihnen lieber ist, von der parlamentarischen Oppositionsführung, von den Herren Windthorst und Richter beherrscht zu werden als von der Regierung des Königs. Das sind alles Irrthümer, und das haftet bei den Leuten auch nicht; das kommt ihnen nicht durch die äußere Haut. Sie müssen die Arbeiter nicht nach den paar Führern beurtheilen, die von der Beredtsamkeit ihre Stellung herleiten, und die sich Arbeiter nennen, aber längst nicht mehr sind; das sind nur Arbeiter in Stiftung von Unfrieden, aber ihr Handwerk haben sie längst aufgegeben — eigentliche Arbeiter sind sie nicht mehr."

* Die von Herrn Windthorst in der Militärdebatte des Reichstags wiederholt hervorgekehrten welfischen Aspirationen haben zur Folge gehabt, daß von der „Nordd. Allg. Ztg." die s. Z. auch von uns schon publizirten Briefe des Königs Georg V. reproduzirt werden, aus denen unwiderleglich hervorgeht, daß der entthronte Monarch seine ganze Hoffnung auf die Einmischung Frankreichs zu seinen Gunsten setzte. Er hat dies in den Briefen mehrfach unumwunden ausgesprochen, dergestalt, daß es schwer verständlich erscheint, wie angesichts so beweiskräftiger Dokumente Herr Windthorst immer noch behaupten kann, kein Hannoveraner dächte an Wiederherstellung des Welfenthrones mit fremder Hilfe.

* Ueber den Stand der kirchenpolitischen Verhandlungen vernimmt man, daß eine bezügliche Vorlage in der Eröffnungsrede zum preußischen Landtage angekündigt werden dürfte. Dieser Gesetzentwurf wäre nebst andern weitzehenden Zugeständnissen an die katholische Kirche auch solche in der Ordensfrage enthalten.

* Amtliches Ergebniß der Landtags-Ersatzwahl im dritten Wahlbezirke des Regierungsbezirkes Aachen. Abgegeben wurden im Ganzen 349 Stimmen. Davon erhielt Gutsbesitzer Andreas von Grand-Ry in Eupen (klerikal) 316 Stimmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870115 1-12/fragment/page=0001

* Die „Landeszeitung für Elsaß-Lothringen" veröffentlicht einen Auszug aus einer Verfügung der Landesregierung, wonach französische Militärpersonen, gleichviel, ob sie der aktiven Armee, der Reserve oder der Territorialarmee angehören, nur auf Grund der Erlaubniß des Kreis- oder Polizeidirektors im Reichslande Aufenthalt nehmen dürfen. Die Erlaubniß ist nur wegen Familien- oder Vermögensangelegenheiten zu ertheilen.

* In der Plenarsitzung des Bundesraths am 13. wurde dem Entwurfe einer Verordnung über die Militär-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Kriege nebst dem Entwurfe eines Militärtarifs für Eisenbahnen die Zustimmung ertheilt.

Die Ausschüsse des Bundesraths für das Landheer, die Festungen und für die Eisenbahnen, Post und Telegraphen haben den Entwurf in vielen Beziehungen abgeändert. Die Veränderungen sind jedoch zumeist nur redaktioneller Art. Von materiellen Anträgen der Ausschüsse sei Folgendes erwähnt: „An Raum für Offiziere und Mannschaften ist mindestens zu gewähren und höchstens zu fordern: für je 3 Offiziere oder Personen in gleichem Range, sowie für 3 sitzende Kranke oder für 4 feldmarschmäßig ausgerüstete Mannschaften oder für 5 Mann ohne Feldausrüstung: a) in Wagen nach Coupésystem; je eine ganze Querbank von mindestens 2.2 m Länge, b) in Wagen nach Durchgangssystem: je eine durch Durchgang getrennte Querbank, sofern dieselbe im öffentlichen Verkehr für 5 Sitzplätze bestimmt ist. Bei Wagen nach Durchgangssystem, deren durch einen Durchgang getrennte Querbank für weniger als 5 Sitzplätze bestimmt ist, bei Wagen mit in der Längsrichtung angebrachten Sitzbänken, sowie bei ausgerüsteten Personenwagen 4. Klasse und Güterwagen ist für jeden Offizier eine Sitzbanklänge von mindestens 0.73 m, jeden Mann mit Feldausrüstung eine solche von mindestens 0.55 m und jeden Mann ohne Feldausrüstung eine solche von mindestens 0.44 m zu rechnen. Bei ausgerüsteten Personenwagen 4. Klasse und Güterwagen ist pro Mann außerdem eine Bodenfläche von mindestens 0.35 qm möglichst 0.45 qm zu gewähren. Für einen liegend zu befördernden Kranken ist eine Fläche von 0.68 m Breite und 2.51 m Länge zu rechnen. In einem Krankenwagen sind liegend unterzubringen nach Einrichtung der Lazarethzüge 10 Mann, nach Hamburger System oder auf Strohsäcken 8 Mann, nach Grundschem System 6 Mann." — „Militärzüge sind, sofern ihre Geschwindigkeit 45 km in der Stunde nicht übersteigt, bezüglich der einzustellenden Bremswagen wie Güterzüge zu behandeln. Die normale Laderampe oder Ladelehne soll in ganzer Länge unter Beachtung des Normalprofils für Bahnhöfe und Haltestellen neben dem Ladegeleise mit ausreichender Verbindung nach dem Aufstellungs-Orte oder für die ein- oder auszuladenden Transporte auf oder an dem Bahnhofe oder der Haltestelle angelegt werden."

Frankreich. Der Senat hat mit 168 von 194 abgegebenen Stimmen Leroyer als Präsidenten wiedergewählt.

Deputirtenkammer. Floquet sprach in seiner Rede bei Uebernahme des Präsidiums den Wunsch aus, daß die Kammer sich von der Nothwendigkeit der Eintracht durchdringen lasse und daß sich die Parteien verständigen möchten; er wünschte ferner, daß der patriotische Wetteifer, für den Fortschritt und die großen nationalen Einrichtungen zu arbeiten, unter denen die Armee obenan zu stellen sei, nicht erlahmen möge. Wenn die Kammer ohne Unterschied der Parteien mit dem gleichen eifrigen Bemühen der tapferen Jugend folge, wenn sie mit einstimmiger Begeisterung alle zur Vergrößerung ihrer Kraft erforderlichen Opfer bringe, so werde sie sich nicht durch Unruhe oder Ungeduld erregen lassen. „Wir wollen uns durch ruhiges, stetiges Streben lediglich in die Lage versetzen, alle unsere Pflichten erfüllen zu können und Frankreich die Achtung Aller zu sichern, das ist die wesentliche Bedingung des Friedens, an dem uns Allen ebenso sehr liegt, wie irgend Jemand in der Welt."

Wegen der Leichenfeier für Paul Bert soll am Sonnabend keine Sitzung abgehalten werden. Die Kammer beschloß ferner mit 306 gegen 212 Stimmen, den Getreide-Gesetzentwurf unmittelbar nach der Budgetberathung auf die Tagesordnung zu setzen. Für den Antrag des Deputirten Boyer auf Abrüstung wurde die von Boyer gleichzeitig beantragte Dringlichkeit abgelehnt.

Der Finanzminister bestätigte ferner, wie schon kurz telegraphisch mitgetheilt, auf eine Anfrage Soubeyrans, daß ein Kredit von 86 Millionen für Veränderungen in der militärischen Ausrüstung in das rektifizirte Budget eingestellt sei. Der Antrag Soubeyrans, diese Kreditforderung zur Vorberathung an eine besondere Kommission zu verweisen, wurde abgelehnt. In dem Motivbericht zum Budget wird darauf hingewiesen, daß es im Interesse der Sicherheit des Landes nothwendig sei, nach und nach mit der Umarbeitung der Waffen und mit der Vervollständigung des Vertheidigungssystems Frankreichs vorzugehen. Hierzu sei ein Kredit von 86 Millionen für das Jahr 1887 erforderlich, wovon 71 Millionen zur Anfertigung neuer Waffen und 15 Millionen zum Bau von Kasernen und zu Befestigungsarbeiten verwendet werden sollen.

Rußland. Geheimrath Wyschnegradski, Mitglied des Reichsraths, ist zum Verweser des Finanzministeriums, der bisherige Finanzminister Bunge zum Präsidenten des Ministercomités ernannt worden.

Großbritannien. In England, mit dem wir nach den Erklärungen des Reichskanzlers in den besten Beziehungen stehen, dauern die Bestrebungen Gladstones, die liberalen Unionisten durch Concessionen bezüglich seiner irischen Projekte zu gewinnen, fort: das projektirte Dubliner Parlament soll nach seinen neuen Ideen nur gewisse beschränkte Rechte erhalten. Indeß haben jene hierauf noch nicht angebissen.

— Der Tod Iddesleigh's wird von allen Blättern ohne Parteiunterschied tief beklagt. „Daily News" dementirt eine jüngste Meldung der „Pall Mall Gaz.", daß Iddesleigh nach einem Bündniß mit Frankreich getrachtet habe im Gegensatze zu Churchills Vorliebe für Deutschland; Iddesleigh sei eben so deutschfreundlich gewesen wie Rosebery. Deutschland hätte sicherlich keine Ursache gehabt, über seinen Rücktritt vom auswärtigen Amte zu frohlocken.

Bulgarisches. Die bulgarische Deputation hat ihre Abreise von Paris nach Rom auf den 14. früh festgesetzt.

Wie nach einem Telegramm der „Agenzia Stefani" verlautet, wird beim Empfange der bulgarischen Deputation in Rom Graf Robilant dieselbe auf seine Erklärungen in der Kammer, sowie auf das Grünbuch hinweisen und bemerken, daß Bulgarien seinem russischen Befreier Ergebenheit schulde. Auch sei nicht anzunehmen, daß Rußland seinerseits den Boden des Berliner Vertrages verlassen werde. Die Bulgaren möchten in der bisher bekundeten Mäßigung verharren, die Ordnung im Innern aufrecht erhalten und, da ein großer Krieg für den Schwachen stets gefährlich sei, keine äußeren Verwicklungen provoziren. Dies sei der einzige Rath, welchen die Freunde Bulgariens und Graf Robilant selbst ihnen ertheilen könnten. (Hiernach könnte die Abordnung eigentlich ihr Reisegeld sparen!)

Zur Lage.

Das „Journal de St. Pétersbourg" weist auf die Reden des Fürsten Bismarck und des französischen Senatspräsidenten Carnot hin und hebt die friedlichen Tendenzen hervor, welche sowohl in diesen Reden, wie auch sonst überall hervortreten, Tendenzen, welche alle Regierungen zu bestätigen und zu bekräftigen suchen. Mit gleicher Genugthuung zitirt das Journal die so korrekten Aeußerungen Goblets und Flourens gegenüber den bulgarischen Delegirten und den zutreffenden Kommentar, welchen das „Journal des Debats" dazu geliefert habe. Alles dieses seien unbestreitbare Symptome der Beruhigung und des Friedens, welche man mit Freuden bei Beginn des neuen Jahres verzeichnen könne. Es sei gestattet zu hoffen, daß das neue Jahr diese glücklichen Prognostiken nicht Lügen strafen werde.

Das Wiener „Fremdenblatt" sagt, die Erklärungen des Fürsten Bismarck über das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn sowie in Betreff der Gleichgiltigkeit Deutschlands gegenüber der bulgarischen Frage bestätigten die seiner Zeit von Kalnoky in den Delegationen abgegebenen Aufklärungen. Deutschland werde als Friedensanwalt in Wien und Petersburg vollste Geneigtheit finden, alle noch bestehenden gegensätzlichen Anschauungen auf dem Boden einer gerechten und friedlichen Verständigung zu lösen. Die entschiedenen Erklärungen des Fürsten Bismarck betreffs Bulgariens würden überall ernüchternd wirken und auch nicht in Sofia ohne Eindruck bleiben, wo man nicht vergessen dürfe, daß die Sympathien Europas zu erlöschen beginnen würden, sobald man dort den friedlichen Interessen Europas nicht Rechnung trage.

Nach einer der Wiener „Polit. Korresp." aus Paris vom 13. zugehenden Meldung wird auch in dortigen informirten Kreisen die in der politischen Lage eingetretene Besserung allseitig bestätigt. Man will bestimmt wissen, daß das russische Kabinet aus seiner in den letzten Wochen beobachteten Passivität durch Kundgebungen herausgetreten sei, welche nicht blos die friedlichen Absichten des Kaisers von Rußland von Neuem bekräftigten, sondern auch geeignet seien, der Wiederaufnahme der stockenden Pourparlers zur Herbeiführung einer Verständigung der Mächte in der bulgarischen Frage die Wege zu ebnen. Ein bezüglicher Meinungsaustausch zwischen einzelnen Kabineten habe entweder schon begonnen oder stehe unmittelbar bevor und biete diesmal bessere Chancen als in früheren Stadien dieser Frage.

Heer und Marine.

p. Aus Paris schreibt man der Hallischen Ztg: Das Mélénit-Geschoß (Torpille) wiegt zwischen 25 und 25,5 kg und ist aus Gußstahl gefertigt. Damit dasselbe in der Seele des Geschützes nicht reißt und explodirt, wird die Güte der Geschoßhülle nach Fertigstellung derselben noch einmal auf ihre Härte und Widerstandsfähigkeit geprüft. Das neue Geschoß ist hinten offen und mit einem aufzuschraubenden Verschluß geschlossen. Der Zünder ist eine Modification des gebräuchlichen Granatenzünders.

— S. M. Kreuzer „Nautilus", Kommandant Kapitän-Lieutenant von Hoven, ist am 2. Januar c. in Shanghai eingetroffen.

Kolonien und Reisen.

— Dem Afrikaforscher Stanley wurde am 13. zu London das Diplom als Ehrenbürger der Stadt überreicht. Bei dem darauf im Mansionhouse stattgehabten Dejeuner erwiderte Stanley auf einen vom Lord-Mayor auf ihn ausgebrachten Toast, daß die ihm übertragene Expedition nach dem Sudan lediglich der Befreiung Emin Bey's gelte, und daß er zur Lösung dieser Aufgabe einen Zeitraum von drei Monaten für ausreichend halte.

Die Todten des Jahres 1886.

(16. Fortsetzung.)

11. Gewerbetreibende, Techniker, Kaufleute.

(Schluß.)

August 3. Landtagsabgeordn. Kießling, Gründer d. ersten Papierfabrik, 84 J., Hirschberg i. Schles. **6.** Commerzienrath Heinr. Gust. Schöpplenberg, bed. Tabakindustrieller, 73 J., Berlin. **9.** Heinr. Cordua, Begründer d. Handelsmuseums in Lübeck, 72 J., Ankershagen i. Mecklenburg. **10.** Dr. Jac. Rappaport, bek. Finanzmann u. Börsenspeculant. Wien. **12.** Karl v. Buchwald, hervorrag. Ingenieur, Wien. **17.** Verlagsbuchh. Buchner, bek. Kunst- u. Antiquitätensammler, Bamberg. **18.** Gustav von Neufville, 25 J. Präses der Frankfurter Handelskammer, Frankfurt a. M. **27.** Hofbuchhdl. Friedr. Wagner, Begründer u. Herausg. d. „Braunschweiger Tagebl.", Braunschweig. — **September 3.** Geheimer Baurath Wilh. Goeker, Erbauer d. Kriegshafens a. d. Jahde, 83 J., Höxter i. Westfalen. **4.** Commerzienrath Fr. Hetzel, einer d. größten Wohlthäter d. Pfalz, 82 J., Neustadt a. H. — Frau Richard, geb. Dietrich, eine Frau von 126 Jahren, St. Gingolphe, Hochsavoyen. **13.** Kammerrath G. A. Meyer, früh. Mitinhaber d. Leipziger Bankhauses Ed. Frege u. Co., 66 J., Abtnaundorf b. Leipzig. **14.** Rowland Mason Ordish, einer d. hervorrag. engl. Ingenieure, 61 J., London. — Samuel Auerbach, d. bed. Zuckerindustrielle d. Provinz Posen, 42 J., Posen. — **Oktober 1.** James Kennedy, ausgez. Maschinen-Ingenieur, 88 J., Cressington Park b. Liverpool. **7.** Friedr. Gerold, d. bek. Verleger, Wien. **16.** Freih. Mayer Karl von Rothschild, 66 J., Frankfurt a. M. **18.** Heinr. Ahrens, Chef d. Firma H. Ahrens u. Co. in Yokohama, Hiogo, Nagasaki u. London, einer d. namhaftesten Vertreter d. deutschen Handels in Ostasien, 45 J., Yokohama. **19.** Geh. Commerzienrath Friedenthal Präsid. d. Handelskammer, 70 J., Breslau. **22.** August Auerbach, langj. Vorf. d. Leipziger Bank, Leipzig. **30.** Clemens Edler Bonhofer v. Echt, Präsid. d. böhmischen Nordbahn, Prag. — **November 8.** Wilh. Frick, Hofbuchhdlr., 43 J., Wien. **11.** Alex Ritter v. Schöller, bek. Großindustrieller, 81 J., Wien. **12.** Leop. Ritter von Stern, Generalrath d. Oesterr.-Ungar. Bank, braunschweig. Consul, 67 J., Wien. **18.** A. Fétis, Generaldirektor d. Rhein.-Nass. Bergwerks- u. Hütten-Aktiengesellsch., Stolberg b. Aachen. — Francis Fry, d. weltbek. Chocoladenfabrikant, Besitzer einer d. bedeut. Bibelsammlungen, 83 J., Brüssel. **27.** Commerzienrath R. C. Rickmers, bek. Großindustrieller, 79 J., Geestbelle b. Bremerhaven. **28.** Franz Otto Spamer, d. bek. Verlagsbuchhdlr., 66 J., Leipzig. — **Dezember 5.** Banquier Ludw. Gumpel, Leipig. **6.** Friedr. Culemann, Buchdruckereibesitzer, als Kunstfreund bek., 75 J., Hannover. **8.** Jos. W. Harper, früh. Theilh. d. gleichnam. Verlags-Firma in New-York, zuletzt amerik. Consul in München. **9.** Franz Freih. v. Liebig, bed. Großindustrieller der Wollwaarenbranche, 53 J., Wien. (Schluß folgt.)

Halle, den 14. Januar.

(Der Abdruck unserer Lokalnachrichten ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.)

— Ein allerliebstes Kochbuch, welches gratis zur Vertheilung gelangt, bietet bekanntlich die „Liebig's Fleisch-Extract-Compagnie" dem Publikum. Dies Büchlein ist soeben in neuer Folge erschienen. Mit hübschem Umschlag in buntem Farbendruck ausgestattet, enthält es 54 treffliche Koch-Rezepte zu den verschiedenartigsten Speisen, bei denen die Verwendung des Fleischextracts rathsam ist und sich lohnt. Verfasserin ist die durch ihr größeres Kochbuch „Die Schnellküche" rühmlichst bekannt gewordene Frau von Sz. Die Recepte sind sorgfältigst probirt; sie geben namentlich genaue Anleitung zur richtigen Anwendung des Extractes; hierauf, sowie auf die Echtheit desselben kommt viel an, indem der reine und gute Geschmack der damit bereiteten Speisen davon abhängt. Unseren Frauen und Töchtern dürfte das Büchlein willkommen sein; es wird durch die Geschäfte, welche Fleischextract führen, an ihre Kundschaft besser situirter Kreise gratis vertheilt.

Bismarck-Commers des conservativen Vereins.

Der Vorstand des conservativen Vereins hatte gestern Abend seine Mitglieder zu einer Feier unseres großen Staatsmannes einberufen, und der glückliche Gedanke, dem Fürsten Reichskanzler, wo er noch um die Militärvorlage mitten in dem Kampfe gegen eine Majorität im deutschen Reichstage steht, eine patriotische Huldigung darzubringen, hatte den festlich dekorirten Saal des „Rosenthals" bis auf den letzten Platz und bis in die anstoßenden Lokalitäten hinein gefüllt. Die Festversammlung wurde nach Vortrag einiger patriotischer Weisen durch eine Kapelle mit einer Ansprache des Herrn Inspektor Palmié eröffnet, in welcher der Redner die Vorgänge im Reichstage, auf welche die gespannten Blicke der ganzen Welt gerichtet sind, in einigen markigen Strichen skizzirte und unter großem Beifall der Versammlung zu dem Schlusse gelangte, daß diese Vorgänge, so beklagenswerth sie auch an sich seien, doch das Nationalbewußtsein im Volke wieder wachgerufen haben, welches den Worten des Fürsten Bismarck in der Sitzung des vergangenen Dienstags: „Wenn Sie mit Ihren Reden enden werden, dann kommen wir mit unseren Thaten!" zujubele und fest darauf baue, daß die Reichsregierung so oder so die Militärvorlage zum Heile des deutschen Vaterlandes unverkürzt aufrecht erhalten und gegen die Coalition Richter-Windthorst-Grillenberger durchsetzen werde. Einem kläglichen Parteitreiben gegenüber, wegen dessen das Ausland mit den Fingern auf uns zeige, stehe wie ein Fels im Meere, unser ehrwürdiger Kaiser, umgeben von seinen treubewährten Paladinen: und im Hinblick auf den 90jährigen Helden, welcher im strengen Pflichtgefühle für das Wohl seines Volkes alle seine Kräfte einsetze, müsse bei aller Misère jedem Patrioten das Herz aufgehen und mit der innigsten Verehrung müsse sich das Gefühl der unbegrenzten Dankbarkeit gegen unseren geliebten Kaiser und Herrn vereinigen, welchem Gefühle diese Festversammlung durch ein dreimaliges Hoch Ausdruck geben möge! — Mit stürmischer Begeisterung kam die Versammlung dieser Aufforderung nach und sang alsdann stehend das „Heil Dir im Siegerkranz". Als nächster Redner erhob sich General von Hagen, welcher an den Ausspruch des Engländers, des Geschichtsschreibers der „Hohenzollern", anknüpfend: „Kein Volk hat noch jemals es zu etwas Ordentlichem gebracht, welches nicht durch die Schule einer strengen Zucht gegangen ist" — hervorhob, daß das preußische Volk von den Hohenzollern durch diese Schule geführt worden sei. Noch ehe von unserem großen Königsberger Philosophen der „kategorische Imperativ" verkündet worden sei, haben Preußens Könige das strengste Pflichtgefühl zur Richtschnur ihres Regiments gemacht und kein erhabeneres Vorbild dieses Pflichtgefühls kenne die Weltgeschichte als das unseres Kaisers. Gleich seinem kaiserlichen Vater sei aber auch der deutsche Kronprinz von diesem Gefühle erfüllt und darum trage denselben auch das deutsche Volk so warm im Herzen. Ihn, den ritterlichen Prinzen, das leuchtende Vorbild eines wahrhaft hochherzigen, edlen Mannes, fordere Redner die Versammelten auf, mit einem dreifachen Hoch zu feiern. Nachdem dies mit Begeisterung geschehen, wurde die „Wacht am Rhein" gesungen. — Auf einen Veteranen von 1813, den Instrumentenmacher Holzhausen, hinweisend, welcher als blutjunger Mensch im Landsturme marodirenden Franzosen entgegengetreten war und heute noch in voller Frische anwesend war, feierte Herr Palmié unsere glorreiche Armee, während Herr Hauptmann Thiele dem genialsten Schlachtenlenker aller Zeiten, dem Grafen Moltke, Worte der wärmsten Verehrung widmete, welche von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden, die nach einem dreifachen Hoch in sehr bezeichnender Weise das Lied: „Ich hatt' einen Kameraden" anstimmte.

Ein wirklicher Beifallssturm ging aber durch den Saal, als sich Herr Prof. Märcker erhob, um dem Danke und der Verehrung für Fürst Bismarck Worte zu geben. In ergreifender Begeisterung führte Redner den Reichskanzler, von seiner Studienzeit in Göttingen bis auf die Gegenwart durch alle Phasen seines ruhm- und thatenreichen Lebens und wies im Einzelnen nach, wie dieser gewaltige Mann sich bei allen seinen Handlungen stets von Wahrheit, Treue und Furchtlosigkeit, jenen sicheren Führern durch das Leben, habe leiten lassen. Und als dann Redner am Schlusse seiner Rede dem schmerzlichen Bedauern Ausdruck gab, daß ein Mann, der so Außerordentliches für das Vaterland gethan, heute noch einmal im deutschen Reichstage denselben Kampf aufnehmen müsse, welchen er nahezu vor einem Vierteljahrhundert im Preußischen Landtage geführt habe, daß er aber unter allen Umständen, wie damals, das gewaltige Schwert, welches er haben müsse, auch haben werde, unterbrach ein nicht endenwollender Beifall den Redner, der in einem dreifachen Hoch auf den eisernen Kanzler seine höchste Steigerung erhielt. Nach dem Gesange von „Deutschland, Deutschland über Alles" wurde der Wunsch aus der Versammlung laut, ein Telegramm an den Fürsten Bismarck zu richten, welches denn auch nach 11 Uhr in folgender Fassung aufgegeben wurde:

„Dem Reichskanzler Fürsten Bismarck in Berlin.
Ihrem Reichskanzler rufen in höchster Begeisterung zu:
„**Stehe fest! Wir stehen zu Dir!**"
800 zur heutigen Bismarckfeier versammelte Mitglieder des conservativen Vereins zu Halle a/S.

Zuletzt wurde noch mit scharfen Seitenhieben auf den Reichstag das deutsche Vaterland vom Oberlehrer Dr. Ulrich gefeiert und es blieb alsdann die Festversammlung in freier lebhafter Unterhaltung noch bis nach Mitternacht zusammen.

Der Zweigverein für Rübenzucker-Industrie von Halle a. S. und Umgegend

hielt am 13. Januar c. im Hotel „Stadt Hamburg" zu Halle a. S. eine gut besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Ferd. Knauer-Gröbers legte zunächst die Gründe klar, welche den Vereinsvorstand bewogen, die Versammlung schon jetzt, statt erst im Februar abzuhalten und gab den Inhalt eines Schreibens des Herrn Geh. Regierungsrath Kieschke-Berlin, des Directors des Hauptvereins, bekannt, wonach dieser den Zweigvereinen mittheilt, daß laut Beschluß der Generalversammlung in Hannover die nächste Hauptversammlung kurz vor Pfingsten dieses Jahres in Berlin abgehalten werden wird. Die Zweigvereine werden gebeten, schon jetzt sich über die Stellung von Anträgen 2c. zu dieser Hauptversammlung schlüssig zu machen, damit seiner Zeit die Einladung mit der Tagesordnung rechtzeitig erfolgen kann. — Die Versammlung beschloß, die nächste Versammlung Ende Februar abzuhalten und in dieser etwaige Anträge für die Hauptversammlung aufzustellen. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Welches sind die geeignetsten Kalköfen zur besten Kohlensäure-Gewinnung? Referent, Herr Ingenieur Ehrhardt-Merseburg läßt sich etwa wie folgt hierüber aus: In der vorigen Sitzung des Vereins wurde von Herrn Fabrikbesitzer Nagel in Trotha die Construction eines Kalkofens erwähnt, welche äußerst einfach erschien und wenig Kosten verursache. Referent konnte der Versammlung eine Zeichnung eines solchen Ofens vorlegen, aus der ersichtlich war, daß man es mit einem Schacht- oder Hochofen zu thun hatte, welcher jeglicher Feuerung, wie man sie bei der fast allgemein eingeführten Rumfort'schen oder Rüdersdorfer Construction gewöhnt ist, entbehrt. Der Nutzen einer solchen Construction liegt darin, daß das gargebrannte Material nicht unnöthiger Weise noch dem Feuer ausgesetzt bleibt, daß es vielmehr regelmäßig aus dem Ofen entfernt werden kann, sich sogar von selbst entfernt und daß der Ausstrahlung der Wärme sehr geringe Flächen geboten werden. Gleichzeitig wird die in den Ofen einströmende Luft, da sie das austretende gargebrannte Material zu passiren hat, vorgewärmt, indem sie dieses Material abkühlt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188701151-12/fragment/page=0002

und gelangt so erst in den eigentlichen Brennraum. Das Brennmaterial kann somit seinen Zweck unter den denkbar günstigsten Umständen erfüllen, und die sich bildenden Gase steigen, den Naturgesetzen folgend, nach oben und wärmen das darüber aufgeschichtete Gemisch von Kalkstein und Kohle vor, kühlen sich dabei wiederum ab und entweichen, ziemlich abgekühlt, durch die Gicht oder werden durch die Kohlensäurepumpen abgesaugt. Das unter so bewandten Umständen der Ofen rationell arbeiten wird und muß, ist klar ersichtlich. Unter gewöhnlichen Verhältnissen wird man mit dem Resultate eines solchen Betriebes zufrieden sein können und die Praxis zeigt auch, daß derselbe den Voraussetzungen entspricht. Handelt es sich aber, wie hier in der Frage hervorgehoben, um die Erzielung möglichst hochprocentiger Kohlensäure und, fügen wir auf der anderen Seite hinzu, um möglichst kohlensäurefreien Kalk, wie er in der Besemerei beansprucht wird, so treten doch einige wichtige Bedenken in den Vordergrund, die Referent des Näheren erörtert. Derselbe präsentirt der Versammlung in einer Zeichnung eine neue Construction. Dieser Kalkofen ist von Carl Dietzsch in Saarbrücken construirt und diesem patentirt worden. Es ist ein Etagenofen, dessen Innenraum in 3 Theile zerfällt. Der obere Raum nimmt die durch die oberste Oeffnung eingeworfenen, gehörig vorbereiteten Kalksteine auf, ohne daß Brennmaterial beigefügt wäre. Die eingeschüttete Masse breitet sich auf der Sohle des Verbindungskanals zwischen Ober- und Unterabtheilung aus und schließt nach und nach den oberen Raum ab. Die untere Abtheilung besteht aus dem Garbrennraum und aus dem damit verbundenen, senkrecht darunter liegenden Abkühlungsraum. Referent bespricht die Anlage noch weiter und empfiehlt solche als praktisch. — In der sich hieran anschließenden Discussion nehmen namentlich die Herren Civilingenieur Khern-Halle und Director Riedel-Halle das Wort, welch letzterer seine Ansicht über diesen Ofen wie folgt zusammenfaßt: Durch das Ueberbrücken von der Kanalsohle nach dem Garbrennraume werde der Eintritt bedeutender Mengen Luft veranlaßt, sowie die Arbeit überhaupt beschwerlich. Eine starke Verdünnung der abziehenden Kohlensäure sei dann die Folge. Der Vorsitzende resumirt dahin, daß der besprochene Ofen eine ziemlich hohe Kohlensäure entwickele, ob die beste, mag dahin gestellt bleiben. Der Betrieb sei ein ziemlich complicirter und darum die bisher gebräuchlichen französischen oder belgischen Oefen wohl vorzuziehen.

2. Welche Erfahrungen sind bezüglich des Leplay-schen Osmose-Kochverfahrens bekannt geworden? Herr Civilingenieur Fölsche-Halle theilt hierzu mit, daß er Gelegenheit gehabt habe, die Leplay'sche Osmose längere Zeit in der Zuckerfabrik Dröbel bei Bernburg zu beobachten. Die damit erzielten Resultate seien recht befriedigende gewesen, insbesondere seien bei Kreislaufverarbeitung der osmosirten Melasse in Verbindung mit der Rübenverarbeitung gute Resultate erzielt, doch sei man leider bis jetzt nicht in der Lage gewesen, die resultirenden Osmosewässer wieder einzudampfen und damit das Verfahren auf die richtige Höhe zu bringen, was jedoch sofort nach Beendigung der Campagne erfolgen werde. Jetzt werde seit ca. 3 Wochen der Ablauf des II. Produkts mit der Osmose verarbeitet, womit bis jetzt noch sehr gute Resultate erzielt seien. — Herr Direktor Riedel-Halle hält das Verfahren ebenfalls für sehr rationell, empfiehlt jedoch die Verdampfung in gesonderten Gefäßen vorzunehmen. — Herr Dr. v. Liepmann-Rositz hat Gelegenheit gehabt, die bei der Verarbeitung auf I. Produkte in Dröbel erzielten Zucker zu untersuchen und hat dieselben durchaus normal gefunden. Derselbe machte noch interessante Mittheilungen über das Leplay'sche Verfahren im Allgemeinen. — Herr Civilingenieur Fölsche-Halle bemerkt mit Bezug au die Mittheilung des Herrn Dir. Riedel, daß er auch der Ansicht gewesen sei, daß es zweckmäßig gewesen wäre, die in der Osmose befindliche Melasse gesondert einzudampfen, sei aber davon abgekommen, da die für die Verdampfung verwendete Menge minimal sei und er es doch für eine zweifelhafte Verbesserung halte, das Verfahren dadurch unnütz complicirt zu machen.

3. Die Frage: In welcher Richtung lassen sich Ersparnisse im Betriebe erzielen, besonders in Bezug auf Dampferzeugung und Verwendung? — wird dem Beschlusse der vorigen Versammlung gemäß, in seinem zweiten Theile der Dampfverwendung verhandelt. Herr Ingenieur Raßmuß-Magdeburg beschreibt die von ihm in Zuckerfabrik Schwittersdorf ausgeführte Anlage einer Verdampfstation mit vierfacher Wirkung und Anwärmung mittelst Saftdämpfen nach Rillieux. Die vorhandenen drei liegenden Apparate, welche bisher mit zweifacher Wirkung arbeiteten, seien durch einen neuen Verdampfkörper mit Innenpfannen vermehrt und die Rohrleitungen entsprechend verändert. Hinter dem letzten Körper befinden sich noch zwei Vorwärmer, der eine für Rohsaft, der andere für Diffusionswasser, welches mit ca. 30 °C. in die Batterie eintrete. Außerdem beheize jedoch der erste Verdampfkörper noch die frühern Calorisatoren der Diffusions-Batterie, einen zweiten Rohsaft-Vorwärmer, den Vorwärmer vor der zweiten Saturation und die Vorwärmer vor der Dünnsaft- und Dicksaft-Filtration. Auf allen diesen Stationen sei dadurch der frühere Aufwand directen Dampfes völlig unterdrückt und erfolge auch diese Anwärmung zu mehrfachem Effecte. Außerdem werde jedoch durch diese Benutzung der Saftdämpfe nicht allein nur zur Verdampfung die Leistungsfähigkeit der Verdampfstationen bedeutend gesteigert und brauche man trotz der mehrfachen Wirkung nur wenig an Heizfläche mehr in den Apparaten. Die Anlage werde in dieser Durchführung billiger und komme man schon mit wenig über einen Quadratmeter Heizfläche pro Centner Rüben bei vierfacher Wirkung aus. Nach der Rechnung habe sich für Schwittersdorf eine Ersparniß von 42 % an Kohlen gegenüber dem früheren Verbrauche ergeben. Schon in den ersten drei Wochen der Campagne sei, trotzdem im Kesselhause noch mit den früheren, jetzt viel zu großen Rostflächen gearbeitet wurde, eine thatsächliche Ersparniß von 32 % erreicht. — In der an den interessanten Vortrag sich anschließenden Debatte, an der sich die Herren Direktor Riedel-Halle, Dir. Krüger-Stöbnitz, Direktor Ebert-Wallhausen betheiligten, wurde die Nützlichkeit und Nothwendigkeit der mehrfachen Benutzung der Wärmer allseitig anerkannt. Wie weit man damit zu gehen habe, hänge allein von dem Kostenpunkt des Brennmaterials ab. (Fortsetzung folgt.)

Schwurgericht am 13. Januar.

Zur heutigen Verhandlung waren anberaumt die Strafsachen wider die unverehelichte Therese Bernhardt aus Bruckdorf wegen Mordes und den Handelsmann Friedrich Stock aus Aschersleben wegen Urkundenfälschung. Der Gerichtshof bestand aus dem Landgerichts-Direktor Meydam als Vorsitzendem, den Landrichtern Kaufmann und Dr. Weißbein als Beisitzern und dem Referendar Booke als Gerichtsschreiber. Die Staatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt König und als Vertheidiger fungirten für die Bernhardt Rechtsanwalt Voigt und für Stock Rechtsanwalt Wippermann. Als Geschworene wurden ausgeloost: Rittergutsbesitzer Boeck aus Gutenberg, Amtmann Beyling aus Passendorf, Gutsbesitzer Eggeling aus Unterrißdorf, Buchhändler Fricke von hier, Gutsbesitzer Mensdorf aus Roeselwitz, Rentier Naumann aus Delitzsch, Gutsbesitzer Schönbrodt aus Zöberitz, Gutsbesitzer Schlurick aus Hohen, Landwirth Thiele aus Löbnitz, Gutsbesitzer Wesche aus Raunitz, Oberamtmann Wentzel aus Langenbogen und Gutsbesitzer Zschege aus Teicha.

Der Gerichtshof trat zunächst in die Verhandlung wider die Bernhardt ein. Die Angeklagte war bis zum 22. Oktober 1886 Dienstmagd beim Gutsbesitzer Klemm in Georgsheim bei Leipzig, mußte aber an letzterem Tage ihren Dienst wegen Schwangerschaft verlassen. Sie begab sich direkt in das Entbindungs-Institut zu Leipzig und wurde daselbst am 8. November v. J. von einem gesunden Knaben entbunden. Vor ihrer Entbindung hatte die Bernhardt ihrer zu Hause lebenden Schwester Emilie ihre Schwangerschaft mitgetheilt und dieselbe um Kinderwäsche gebeten. Letztere schickte auch Wäsche, theilte aber der Angeklagten zugleich mit, daß ihre Mutter das Kind nicht bei sich aufnehmen würde. Um sich selbst nun die Wiederaufnahme in das Elternhaus zu sichern, faßte die Angeklagte sofort den Entschluß, sich nach Verlassen des Entbindungs-Instituts ihres Kindes dadurch zu entledigen, daß sie dasselbe in einem alten Schachtteiche bei Canena ertränkte. Zu diesem Zwecke fuhr sie nach Entlassung aus dem Entbindungs-Institute am 21. November vorigen Jahres mit ihrem in einen Mantel eingewickelten Kinde mit der Bahn nach Dieskau, verließ daselbst den Zug und begab sich zur Ausführung ihres Entschlusses sofort nach dem genannten Schachtteiche. Daselbst entledigte sie das Kind aller Kleidungsstücke und warf es sodann in den Teich. Sowohl beim Auskleiden als auch beim Hineinwerfen schrie das Kind, verstummte aber, sobald es in das Wasser fiel. Die Angeklagte entfernte sich nach Ausführung ihrer That sofort unter Mitnahme der Kleidungsstücke des Kindes und erzählte bei ihrer Ankunft ihren Eltern und ihrer Schwester Emilie auf deren Befragen, daß das Kind im Institut zu Leipzig verstorben und von den Aerzten zurückbehalten worden sei. Einige Tage darauf wurde der Kindesleichnam an der Oberfläche des Teiches gefunden, und die grausige That der Bernhardt kam dadurch an den Tag. Die gerichtliche Obduktion des Leichnams ergab, daß das Kind lebensfähig gewesen und daß der Tod desselben durch Erstickung und zwar durch Ertrinken herbeigeführt war. Die Bernhardt war daher des Mordes ihres Kindes angeklagt. Dieselbe war schon in der Voruntersuchung geständig gewesen und legte auch in der heutigen Verhandlung ein offenes Geständniß insoweit ab, als sie nur in Abrede stellte, den Entschluß, das Kind zu tödten, schon im Entbindungsinstitute gefaßt zu haben. Sie habe vielmehr erst auf dem Heimwege, als sie am Schachtteiche vorbeigekommen, aus Verzweiflung und Angst plötzlich den Entschluß gefaßt, das Kind in den Teich zu werfen und diesen Entschluß denn auch, nachdem sie das Kind rasch ausgezogen, sofort zur Ausführung gebracht. Ihren Eltern habe sie sodann erzählt, daß das Kind im Entbindungsinstitut gestorben, und von den Aerzten behalten sei, die es in Spiritus setzen wollten. Das Kind wäre allerdings munter und gesund gewesen. Die Sachverständigen, Sanitätsrath Dr. Risel und Dr. Strube, bekundeten, daß das Kind nach dem Befunde der Obduktion gesund zur Welt gekommen sei, und an Erstickung, jedenfalls in Folge des Ertrinkens verstorben sei. Der Vater der Angeklagten sagte aus, daß die Angeklagte ihren Eltern aus dem Entbindungs-Institut Nachricht von der Geburt des Kindes gegeben habe. Seine Tochter Emilie habe derselben hierauf Kleidungsstücke für das Kind geschickt, und dabei allerdings geschrieben, sie soll, mit dem Kinde nicht nach Hause kommen, dasselbe könnte nicht aufgenommen werden, weil die Mutter krank sei. Er habe übrigens früher nie über die Angeklagte zu klagen gehabt, und unzweifelhaft hätte er und seine Frau dieselbe mit dem Kinde auch aufgenommen, wenn sie mit demselben gekommen wäre. Bei der Ankunft der Angeklagten im elterlichen Hause habe dieselbe heftig geweint und wäre ganz außer sich gewesen. Die Mutter der Angeklagten konnte wegen hochgradiger Taubheit nicht vernommen werden, und wurde daher Seitens der Staatsanwaltschaft und des Vertheidigers auf deren Zeugniß verzichtet. Die Schwester Emilie bekundete den Sachverhalt in derselben Weise wie ihr Vater.

Die Staatsanwaltschaft nahm hierauf das Wort und führte aus, daß nach den stattgehabten Ermittlungen unzweifelhaft Mord vorliege, da angenommen werden müsse, daß die Angeklagte den Entschluß zur Tödtung ihres Kindes nicht erst plötzlich beim Vorübergehen am Teiche, sondern schon früher gefaßt und reiflich erwogen. Ihre heutige Ausrede entbehre der Glaubhaftigkeit. Dieselbe beantragte daher auch, die Angeklagte des Mordes für schuldig zu erklären. Der Vertheidiger erachtete dagegen nur das Verbrechen des Todtschlags für vorliegend. Das Verdikt der Geschworenen lautete auch nur auf schuldig des Todtschlags, worauf die Angeklagte vom Gerichtshofe zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde. Die Staatsanwaltschaft hatte 8 Jahre Zuchthaus in Antrag gebracht.

Es kam hierauf die zweite Sache wider den Handelsmann Stock aus Aschersleben zur Verhandlung. Das Sachverhältniß war hier folgendes: Am 31. Mai v. J. bot der Angeklagte in Sylda bei Mansfeld grüne Pflanzen in den Häusern zum Kaufe an und wurde hierbei von dem Amtsdiener Großheim betroffen und zur Vorlegung seines Wandergewerbescheins aufgefordert. Er legte auch einen solchen vor, der vom Bezirksausschusse in Magdeburg ausgestellt war und „nur für das Jahr 1886" lautete. Derselbe trug das Datum vom 13. December 1885. Es hat sich nun ergeben, daß derselbe insofern gefälscht war, als derselbe in Wirklichkeit das Datum vom 13. Dezember 1884 getragen hat und für das Jahr 1885 ausgestellt ist. Die Fälschung hat der Angeklagte vorgenommen, der beide Daten geändert hat zu dem Zwecke, den Schein für das Jahr 1886 zu gebrauchen und die Kosten der Lösung eines neuen Scheines zu ersparen. Der Angeklagte gab zu, die Fälschung vorgenommen zu haben, bestritt aber, den Schein zu seiner Legitimation haben gebrauchen zu wollen. Als ihn der Amtsdiener nach dem Gewerbescheine befragt, habe er nur erklärt, daß er wohl einen hätte, daß derselbe aber keine Gültigkeit mehr habe. Er habe nicht die Absicht gehabt, den Beamten zu täuschen müsse aber zugeben, daß er einen Gewerbeschein für das Jahr 1886 nicht besessen. Der Zeuge Großheim bekundete jedoch, daß, als er den Angeklagten nach dem Gewerbeschein befragt habe, habe dieser geäußert: „Oho, ich habe einen Gewerbeschein", und habe ihm den gefälschten und beschlagnahmten vorgezeigt. Die Staatsanwaltschaft hielt daher auch die Anklage aufrecht und beantragte, das Schuldig wegen Urkundenfälschung, jedoch unter Annahme mildernder Umstände, auszusprechen. Der Vertheidiger bat gleichfalls um Annahme mildernder Umstände. Das Verdikt der Geschworenen lautete diesen Anträgen entsprechend, worauf der Angeklagte in Uebereinstimmung mit dem Antrage der Staatsanwaltschaft zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde.

Universitäten und Hochschulen.

— Göttingen. Professor C. Klein, Lehrer der Mineralogie an unserer Universität, hat einen Ruf an die Universität Berlin an Stelle des verstorbenen Geheimraths Prof. Webski erhalten.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

Der Abdruck unserer Original-Correspondenzen ist nur mit Quellenangabe gestattet.

✓ **Eisleben,** 13. Januar. (Pestalozzifeier.) Der Lehrer- und Pestalozziverein von Eisleben u. U. feierte gestern Abend im Saale des Stadtgrabens den Geburtstag des großen Pädagogen Pestalozzi. Nach einleitendem Klavierstücke, Neujahrsgruß und daran anschließendem Männerchore: Psalm 121: „Ich hebe meine Augen auf," comp. v. Hemmleb, hielt Herr Lehrer C. Richter den Festvortrag, der drei Bilder von Pestalozzi beleuchtete: 1.) Pestal. Glaube, Hoffnung und Leben; 2.) Pestal. häusliches Leben, Schulleben und äußeres Leben; 3.) Pestal. sittliche Lauterkeit, Uneigennützigkeit und Freimuth. Klavier- wie auch Gesangvorträge kamen weiter noch zum Vortrag.

K. **Naumburg,** 13. Januar. (Lehrerverein. Strafkammer.) Der hiesige Lehrerverein hat den Rektor unserer Bürgerschulen Herrn Dr. de Fries zu seinem Ehrenmitgliede ernannt und ihm dies durch ein kunstvoll ausgestattetes Diplom bekundet. — Eine betrübende Erscheinung bot gestern auf der Anklagebank vor unserer Strafkammer ein Greis von 84 Jahren, der sich trotz seines hohen Alters gegen Kinder unter 14 Jahren versündigt hat und dies mit 2 Monaten Gefängniß büßen muß. — Der Wechselfälschung war der Kalkbrennereibesitzer Fischer aus Weißenfels beschuldigt, der, um sich Kredit zu verschaffen, eine Reihe von Wechseln über je 2000 ℳ mit den Namen vermögender Gutsbesitzer gefälscht hat. Dem Antrage der Staatsanwaltschaft auf 3 Jahre Zuchthaus und 400 ℳ Geldstrafe gegenüber lautete das Urtheil mit Rücksicht darauf, daß ein Schaden nicht erwachsen, recht mäßig, nämlich nur auf 2 Jahre Gefängniß.

♂ **Cöthen,** 13. Januar. (Geschleift.) Heute Morgen stürzte ein älterer Mann in der Georgenstraße von der Pritsche eines im schnellsten Gange befindlichen Schlittens und hatte hierbei das Unglück, mit einem Fuße an dem Trageisen des Sitzes hängen zu bleiben und eine ziemliche Strecke weit mit fortgeschleift zu werden, wodurch er nicht unbedeutende Verletzungen, besonders am Hinterkopfe, erlitt. Der Mann konnte jedoch bald darauf seine Reise nach Merzien fortsetzen. Der Unglücksfall soll dadurch herbeigeführt sein, daß der Mann, um sich eine Cigarre anzuzünden, die Hände vom Schlitten losgelassen hatte.

⸸ **Dessau,** 13. Januar. (Vom Hofe. — Wild.) Der wieder nach hier zurückgekehrte Fürst von Sondershausen liegt täglich fleißig dem Jagdvergnügen ob und sind noch mehrere capitale Hirsche für den hohen Herrn zur Erlegung reservirt. Prinzessin Friedrich Carl von Preußen wohnt allabendlich den Vorstellungen im Herzoglichen Hoftheater bei. Gestern wurde auf Wunsch der Prinzessin Klughardts Oper „Die Hochzeit des Mönchs" zur Aufführung gebracht. Die Herzogin und Erbprinz Friedrich besuchten das Theater noch nicht. — Der seit einigen Wochen eingetretene strenge Winter wird auch hier dem Wilde sehr unbequem; dasselbe dringt bis in die Stadt, um in den Gärten seinen Hunger zu stillen. So wurden gestern in der Bitterfelder Straße früh am Morgen einige Rehe bemerkt, welche hier Nahrung suchten. Die Hasenjagd endet mit dem 15. d. Mts. Das erlegte Wild wird nur noch selten an den Mann gebracht; der hohe Preis von 4,25 ℳ pro Stück regt die Kauflust nicht an.

Gerichtszeitung.

— Kassel, 12. Januar. Das Schöffengericht verurtheilte den Redakteur der „Hess. Morg.-Z.", Gosewisch, wegen Beleidigung des Musikers Hans v. Bülow, die in Bemerkungen über dessen Auftreten in Prag gefunden wurde, zu 30 ℳ Strafe. Das Gericht nahm an, das Auftreten Bülows habe unverkennbar zu Aergernissen geführt; bei den Deutschen habe es Empörung, bei den Czechen große Freude erregt; Bülow habe wenigstens den Schein auf sich geladen, daß er auf czechischer Seite stehe, denn er habe es geschehen lassen, daß sein Name czechisch umgewandelt worden sei.

Industrie und Handel.

— Berlin, 13. Januar. Die Voranmeldungen auf die 3½ %ige Anleihe der Stadt Halle a. S. sind, wie uns mitgetheilt wird, äußerst zahlreich, besonders aber aus Capitalistenkreisen, eingegangen. Wie sich die Repartition gestalten wird, läßt sich vorläufig noch nicht übersehen, da die Suscription erst morgen stattfindet.

— Der Generalversammlung des Berliner Böhmischen Brauhauses wird eine Dividende von zwölfeinhalb Procent vorgeschlagen, derjenigen der Hamburger Maklerbank eine Dividende von sieben Procent. Für die Generalversammlung ersterer Gesellschaft (am 3. Februar) wird auch die Umwandlung der Namensactien in Inhaberpapiere beantragt.

— In der Berliner Versammlung des Vereins deutscher Industrieller wurden die Preise für sämmtliche Garn- und Gewebesorten entsprechend den erhöhten Notirungen des Auslandes einstimmig normirt und dabei gleichzeitig den berechtigten

[Nachdruck verboten.]

Hallesches Stadt-Theater.

Freitag, den 14. Januar. Beginn 7 Uhr Abends.

69. Abonnements-Vorstellung. (Weiße Karten.)

„Der Trompeter von Säkkingen."

Oper in 3 Akten nebst einem Vorspiel.
Mit autorisirter theilweiser Benutzung der Idee und einiger Original-Lieder aus J. Victor von Scheffel's Dichtung von Rudolf Bunge. Musik von Victor E. Neßler.

Personen des Vorspiels:

Werner Kirchhofer, stud. jur. . . . Emil Hettstedt.
Conradin, Landsknecht-Trompeter und Werber . . . . Georg Schaffnit.
Der Haushofmeister der Kurfürstin von der Pfalz . . . . Ign. Zimmermann.
Der Rector magnificus der Universität Heidelberg . . . . Albert Patry.
Landsknechte und Werber. Studenten. Pedelle. Kellerknechte.
Ort der Handlung: Auf dem Schloßhofe zu Heidelberg während der letzten Jahre des 30jähr. Krieges.

Personen der Oper:

Der Freiherr von Schönau . . . Adolf Uttner.
Marie, dessen Tochter . . . . . Auguste Werner.
Der Graf von Wildenstein . . . . Ernst Wehrle.
Dessen geschiedene Gemahlin, des Freiherrn Schwägerin . . . . Carrie Goldsticker.
Damian, des Grafen Sohn aus zweiter Ehe . . . . Walther Müller.
Werner Kirchhofer . . . . Emil Hettstedt.
Conradin . . . . Georg Schaffnit.
Ein Narr . . . . Carl Friedau.
Ein Diener des Freiherrn. Ein Bote des Grafen. Vier Herolde. Zwei Bootsleute. Bürgermädchen und Burschen. Bürger und Bürgerinnen von Säkkingen. Hauensteiner Bauern. Volk. Schuljugend. Dechant und Kapläne. Bürgermeister u. Rathsherren von Säkkingen. Comthure und Deutschritter. Fürst-Aebtissin und Edeldamen des Hochstifts. Landsknechte. Gefolge des Grafen von Wildenstein. Die Wirthin „zum goldenen Knopf" in Säkkingen. Hauensteiner Dorfmusikanten.
Ort der Handlung: In und um Säkkingen nach dem 30jährigen Kriege (1650).

Ballet im 2. Akte:

1. **Bauerntanz**, arrangirt von der Balletmeisterin Jos. Strengsmann, ausgef. von E. Strengsmann, Hoffmann, Grosse, Hrn. Richter und Herren und Damen vom Chor.
2. **Großes Maifest**. Ballet, arrangirt von der Balletmeisterin Jos. Strengsmann. — Der König Mai (Auguste Grosse). Prinzessin Maiblume (Jos. Strengsmann). Prinz Waldmeister (Emil Richter). Festordner. Der Vater Rhein. Der Main. Moselblümchen. Ritter Stein. Ritter Rüdesheim. Edelfräulein Liebfrauenmilch. Ritter Forster Traminer. Ritter Johannisberger. Hochheimer Domdechant. Ritter Asmannshäuser. Ritter Scharlachberger. Chateau „Naumburg". Weinfälscher. Pagen des Vater Rhein. Gnomen. Herolde. Waldteufel. Käfer.
1) **Tanz der Schmetterlinge** (E. Strengsmann, Hoffmann und 8 Damen vom Chor). — 2) **Tanz der Kobolde** (Eleven der Balletschule). — 3) **Variationen** (Jos. Strengsmann, Emil Richter). — 4. **Grand Finale** (gesammtes Ballet-Personal).

Repertoire: Sonnabend 7½ Uhr: „Die weiße Dame" (roth); Sonntag 3½ Uhr: „Die Regimentstochter" (halbe Preise). — In Vorbereitung: „Gräfin Lambach", „Tannhäuser", „Carmen", „Der Verschwender". „Der Zigeunerbaron."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870151-12/fragment/page=0003

Interessen der größeren Abnehmer Rechnung getragen. Die nächste Versammlung des Vereins soll im Anfang Februar in Magdeburg stattfinden. Die beschlossenen Preiserhöhungen schwankten nach dem „B. B. C." zwischen zehn und zwölf Procent.

— In Interessentenkreisen des Wollhandels geht man mit der Absicht um, den Deutschen Wollhandel aus seinem jetzigen Zustande der Zersplitterung herauszuführen und das Geschäft möglichst auf einen Punkt zu vereinigen, einheitliche Verpackungs-, Verkaufsbedingungen u. s. w. einzuführen, welche Maaßregeln sicherlich sowohl den Verkäufern wie auch den Käufern sehr zu statten kommen würden. Laut einer Mittheilung der Deutschen landwirthschaftlichen Presse hielt in der Generalversammlung des „Vereins der Züchter edler Merinowolle". Herr F. Bockhacker aus Antwerpen einen Vortrag über die Einzelheiten dieses Planes, welch' letzterer dann zur weiteren Verfolgung der Deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft empfohlen wurde.

— Bei der Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha beträgt die Dividende pro 1887 nach dem alten System 43 % der Jahresprämie, nach dem gemischten System 34 % der Jahresprämie an die jüngsten und 125 % an die ältesten Versicherten.

— Die Nordhausen-Erfurter Eisenbahn hat im Dezember v. J. 110 165 ℳ eingenommen gegen 100 288 ℳ provisorischer Einnahme im gleichen Monat des Jahres 1885; hiernach ergiebt sich zu Gunsten des jüngst abgelaufenen Monats ein Mehr von 9877 ℳ, das auch beim Vergleich mit der definitiven Einnahme des Dezember 1885 nur wenig verändert wird. Die Einnahme des ganzen Jahres 1886 giebt der uns vorliegende Betriebsausweis provisorisch auf 1 281 715 ℳ an, indem er hinzufügt, daß die definitiv festgestellten Ziffern für die Monate Januar bis August v. J. ein Minus von 2763 ℳ ergeben haben, so daß also bis jetzt 1 278 952 ℳ in Rechnung zu stellen sind; gegen die definitive Einnahme des Jahres 1885 berechnet sich das Minus vorläufig auf 72 938 ℳ; ob es durch die schließlichen Abrechnungen für die Zeit vom August bis Dezember 1886 vermehrt oder vermindert werden wird, steht dahin. An der bisherigen Schätzung der Dividende der Nordhausen-Erfurter Stamm-Prioritäten mit 3 % pro 1886 dürfte der neueste Monatsausweis im Uebrigen wenig ändern.

— Die von der Generalversammlung der Sächsischen Nähfadenfabrik beschlossene Aktienzusammenlegung (je fünf alte Aktien über 600 ℳ in eine auf 1000 ℳ abgestempelte) kann von jetzt ab bewirkt werden. Gleichzeitig wird den Aktionären der Bezug von Prioritätsaktien zum Curse von 102 % bis zum 2. Februar derart angeboten, daß auf je 85 alte oder 17 abgestempelte Aktien 10 000 ℳ Stammprioritäten entfallen.

— Die 4proz. Oldenburgischen Consols von 1873 werden jetzt auf den 30. April d. J. zur Rückzahlung gekündigt, insofern die Besitzer derselben nicht innerhalb der Zeit vom 17 Januar bis 5. Februar die Abstempelung in 3½proz. Titel bewirken.

— Wie verlautet, hat jetzt auch die Stadt Lüttich die Umwandlung ihrer 3proz. Loos-Anleihen in eine 2½proz. Schuld beschlossen. Es handelt sich dabei um 80 Mill. Francs.

— Die 1886er Dividende der Brüsseler Bank wird neuerdings von der „Fr. Ztg." auf 6 % geschätzt.

Schiffsverkehr.

— London, 13. Januar. Der Uniondampfer „Moor" ist gestern auf der Heimreise von Capetown abgegangen; der Castledampfer „Pembroke Castle" ist heute auf der Heimreise in Plymouth angekommen.

Marktberichte.

Magdeburg, 13. Januar. Granulated —.— ℳ. Krystallzucker I. —.— ℳ. Krystallzucker II. —.— ℳ. Kornzucker excl. 96% 20,00—20,25 ℳ. Kornzucker von 95% —.— ℳ. Kornzucker 88% Rend. 19,00—19,15 ℳ. Nachprodukte 75° Rend. 15,80—16,90 ℳ. Tendenz: Stetig.

ffein Brodraffinade 26,00 ℳ, fein Brodraffinade 25,75—26,00 ℳ. Gem. Raffinade 24,25—25,25 ℳ. Gem. Melis I. 23,50 ℳ. Tendenz: Ruhig.

Kartoffelspiritus für 10,000 l-% loco ohne Faß 37,10—37,40 ℳ.

Magdeburg, 13. Januar. Landweizen 161—166 ℳ, Weißweizen 160—164 ℳ, glatter englischer Weizen 154—160 ℳ, Rauhweizen 146—153 ℳ, Roggen 132—135 ℳ, Chevaliergerste 160—192 ℳ, Landgerste 142—152 ℳ, Hafer 120—128 ℳ für 1000 kg.

Berlin, 13. Januar. Weizen per 1000 Kilogr. loco geschäftslos, Termine matt, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 150—174 ℳ nach Qualität bez., gelbe Lieferungsqualität 163 ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per April-Mai 165,50—165,75—165,25 ℳ bez., per Mai-Juni 168—167,25 ℳ bez., per Juni-Juli 169,50 bis 169 ℳ bez., per Juli-August — ℳ bez. — Roggen per 1000 Kilogr. loco matter, Termine niedriger, gekündigt 1000 Ctr., Kündigungspreis 131,00 ℳ bez., Loco 127—133 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 130 ℳ bez., russischer — ℳ bez., inländischer 130 ℳ ab Bahn bez., per dies. Mon. — ℳ bez., per Jan.-Febr. — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 133 bis 132,25—132,5 ℳ bez., per Mai-Juni 133,25—132,75 ℳ bez., per Juni-Juli 133,75—133,5 ℳ bez. — Gerste per 1000 Kilogr. still, große und kleine 110—190 ℳ nach Qualität bez. — Hafer per 1000 Kilogr. loco unverändert, Termine behauptet, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., loco 109—146 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 111 ℳ bez., pommerscher, mittel 123—124 ℳ bez., guter 126—128 ℳ bez., feiner 129—132 ℳ ab Bahn bez., preußischer mittel 123 ℳ ab Bahn bez., guter — ℳ bez., feiner — ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 112,25—112—112,25 ℳ bez., per Mai-Juni 113,75 ℳ bez., per Juni-Juli 115,25 ℳ nom., per Juli-August — ℳ bez., August-Sept. — ℳ bez. — Mais per 1000 Kilogr. loco behauptet, Termine —, gek. — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 104—118 ℳ nach Qualität bez., per diesen Monat 113 ℳ nom., per April-Mai — ℳ bez. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 150—200 ℳ bez., Futterwaare 123 bis 132 ℳ nach Qualität bez. — Oelsaaten per 1000 Kilogr., gekündigt — Ctr. Winterraps — ℳ bez., Sommerraps — ℳ bez., Winterrübsen — ℳ bez., Sommerrübsen — ℳ bez. — Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß, Termine still, gekündigt 600 Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., loco mit Faß — ℳ bez., loco ohne Faß 44,2 ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 46,5 ℳ bez., per Mai-Juni 46,7 ℳ bez. — Leinöl per 100 Kilogr. —, loco — ℳ bez., Lieferung — ℳ bez. — Spiritus per 100 Liter à 100% = 10000% Liter, Termine anfangs matt, schließt fester, gekündigt — Liter, Kündigungspreis — ℳ bez., loco mit Faß — ℳ bez., per diesen Monat und per Januar-Februar 37,1 bis 37,2 ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 38,2—38,4 ℳ bez., per Mai-Juni 38,5 bis 38,7—38,6 ℳ bez., per Juni-Juli 39,4 ℳ bez., per Juli-Aug. 40,0—39,7—39,9 ℳ bez., per August-September 40,5 ℳ bez. — Spiritus per 100 Liter à 100% = 10000% loco ohne Faß 37,2 ℳ bez., ab Bahn 36,9 ℳ bez.

Weizenmehl Nr. 00 23,50—22,00, Nr. 0 21,75—19,75 ℳ bez., feine Marken über Notiz bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogr. unversteuert incl. Sack, matter, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., per diesen Monat und per Januar-Februar 17,65 ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 17,95 ℳ bez., per Mai-Juni — ℳ bez., per Juni-Juli — ℳ bez.

Liverpool, 13. Januar. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 B. Stetig. — Tagesimport 21,000 B.

Börsennachrichten.

Berlin, 13. Januar. Die Börse begann heut in ganz abwartender Haltung; man wartete eben auf die Berichte aus dem Reichstage; die Spannung rief sehr verschiedene Tendenzen hervor, nach schwachem Anfang trat eine kleine Besserung ein, die aber bald wieder nachließ und der vorigen Haltung Platz machte. Da auch Wien eine gedrückte Stimmung meldete, konnte dieselbe auch hier nicht besser sein. Das Geschäft war nur mäßig.

Wasserstand der Saale bei Halle an der Königl. Schiffsschleuse bei Trotha am 13. Januar Abends am neuen Unterhaupt 1,98, am 14. Januar Morgens am neuen Unterhaupt 1,98 Meter.

Wasserstand der Unstrut am Brückenpegel bei Straußfurt am 13. Januar + 1,19 Meter.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg am 13. Januar am Pegel + 0,94⁶ Meter.

Telegraphische Depeschen.

vd. **Berlin**, 13. Jan. (Privattelegramm d. Hallischen Ztg.) Die vom Wolff'schen Telegraphenbureau verbreitete Nachricht, der Botschafter Graf Schuwaloff sei in Petersburg angekommen, ist falsch. Der Botschafter befindet sich in Berlin und hielt heute großen Neujahrsempfang ab.

Berlin, 13. Januar. Das „Journal des Debats" meldet der „N. Z." zufolge aus Paris, der russische Botschafter in Berlin, Graf Paul Schuwaloff, habe dem französischen Botschafter Herbette erklärt, es bestände kein Allianzvertrag zwischen Deutschland und Rußland; keinenfalls hätte eine Annäherung zwischen den beiden Mächten irgendwelche für Frankreich feindliche Bedeutung.

k. **Göttingen**, 14. Januar. (Privattelegramm der „Hall. Ztg.") Professor Dr. Wieseler hat aus Anlaß seines fünfzigjährigen Doktorjubiläums den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse erhalten.

Ludwigshafen, 13. Januar. Die Gummi- und Kautschuk-Fabrik von Hutchinson in Mannheim steht in Flammen.

Petersburg, 13. Januar. (W. T. B.) Nicht der russische Botschafter Graf Paul Schuwaloff — wie gemeldet —, sondern dessen Bruder, der Graf Peter Schuwaloff, ist hier eingetroffen.

Verlag der Aktiengesellschaft „Hallische Zeitung" zu Halle.
Verantwortlich für Politik u. Feuilleton Dr. Richard Hamel, für Lokales und Provinz Dr. Ewald Schulze, beide zu Halle

Hallischer Tages-Kalender.

Sonnabend, den 15. Januar:

Kgl. Universitäts-Bibliothek (Friedrichstr.) Geöffnet: von 9—12 Uhr Vorm. und 2—4 Uhr Nachm. In den letzten zwei Dienststunden werden täglich Bücher ausgeliehen u. abgegeben. **Börsenversammlung** Vm. 8 Uhr im Börsengebäude gr. Berlin 13. (mit Cours-Not.) — **Patentschriften-Lesezimmer:** Magdeburgerstr. 4, 1 Treppe hoch, geöffnet von 9—1 Uhr Vorm. und Sonntags von 11—12 Uhr Vormittag. — **Kaufmänn. Verein Hermes:** Abds. 8 Versammlung im Restaur. z. „Reichskanzler." — **Techniker-Verein zu Halle a/S.:** Ab. 8½ Sitzung im „Preußischen Hofe". — **Polytechnischer Verein:** Ab. 7—9½ Bibliothek u. Lesezimmer i. „Kronprinz". — **Plattdütsche Vereenigung:** Tosammenkunft Klock 8 im „Rikskanzler", Leipzigerstraße. — **Jahn'scher Turnverein:** Ab. 8—10 Uhr Turnstunde in der städt. Turnhalle. — **Turnverein „Friesen":** Ab. 8 Turnübung im „Paradies". — **Kaufmännischer Turn-Verein:** Abends von 9 Uhr an in der städtischen Turnhalle. — **Männer-Liedertafel:** Abends 8—10 Uhr Uebungsstunde im „Paradies". — **Schüßler'sche Liedertafel:** Abds. 8 Uebung im „Fürstenthal". — **Ruderclub „Neptun":** Abds. 8 Versammlung im „Restaurant zur Forelle". — **Hallescher Ruder-Verein:** Sonnabend u. Sonntag von 9 Uhr ab Versammlung im Rest. „Eberhardt" Spiegelg. — **Ruderclub „Nelson"** Abends 8½ Uhr in „Lücke's Hotel" — **Hallescher Zither-Kranz:** Abends 8½ Uhr Uebungsstunde im „Reichskanzler". — **Verein junger Eisenhändler:** Abds 9 Uhr im „Hotel zum Kronprinz". — **Aich- und Waageamt:** (gr. Berlin 6a). Wochentags von 8—12 Uhr Mittags und 2—6 Uhr Abends. — **Botanischer Garten:** (gr. Wallstraße 23.) Wochentags 6—12 u. 1—6 Uhr. — **Städtische Anstalt für Arbeitsnachweisung.** Inspektor Merten. Arbeitsanstalt. — **Verpflegungsstation I.** für fremde Reisende ebendaselbst. — **Herberge zur Heimath:** Mauergasse 6 b.

Familien-Nachricht.

Dank.

Für die vielen Beweise der Liebe und Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes des Gutsbesitzer

Hermann Zörner

sagt hiermit herzlichen Dank [21242

Elbitz, den 11. Januar 1887.

Emma Zörner.

Berliner Börse v. 13. Januar.

Deutsche Fonds.

	Zf.	
Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,50 B
Preuß. consol. Staats-Anleihe	4	106,40 bz
do. do.	3½	101,90 B
do. Staatsschuldscheine	3½	100,50 bz G
do. Staats-Präm.-Anl.	3½	14[illegible],50 B
Pfandbriefe: Berliner	5	118,20 bz G
do.	4½	110,25 bz
do.	4	105,00 G
Kur- und Neumärkische	4	102,00 B
Landsch. Centr.-Pfandb.	4	101,90 bz
do. do.	3½	99,30 bz G
Ostpreußische	4	99,50 bz
Pommersche	4	101,40 bz
Posensche, neue	4	102,70 bz G
Westpreußische	4	— —
do. Neuland	4	— —
Rentenbriefe: Kur- und Neumärkische	4	105,50 bz
Pommersche	4	105,50 bz
Preußische	4	104,30 G
Sächsische	4	104,30 G
Schlesische	4	104,40 bz
Braunschw. 20 Thl.-L. Pf. p.	fr.	95,40 B
Cöln-Mind. Prämienscheine	3½	131,00 B
Sächsische Renten von 78	3	92,90 G
do. landw. Pfandbr.	4	— —

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Silberrente	4⅕	67,30 bz
do. Papierrente	5	— —
do. Goldrente	4	91,60 bz
Russ.-Engl. Anleihen von 70 bis 73	5	100,00 B
do. von 75	4½	90,00 bz
Russische von 80	4	83,40 bz
do. III. Orient	5	58,60 bz
do. Prämien 64	5	146,00 B
do. Prämien 66	5	135,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	95,00 bz G
do. Ctr.-Bd.-Cred.-Pfdbr.	5	86,60 B
Rumänier	5	100,80 bz
Ungar. St.-Eisenbahn-Anlh.	5	101,20 G
do. Ostbahn II. Em.	5	— —
do. Goldrente	4	83,00 bz B
Serbische Rente	5	80,40 bz B

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

Dividende	1885	1886	
Aachen-Mastricht	2¼	—	53,25 bz
Berlin-Dresden	0	—	20,50 bz
do. do. St.-P.	0	—	53,90 G
Dux-Bodenbach	7½	—	137,80 bz
Gal. Carl-Ludwigsbahn gar.	5	—	82,00 bz
Gotthardbahn vollgez.	3½	—	98,90 B
Mainz-Ludwigshafen	3¼	—	94,00 bz
Marienburg-Mlawka	⅓	—	41,40 bz
Marienburg-Mlawka St.-P.	5	—	102,90 bz
Meckl. Fr.-Fr.-Bahn	7¾	—	155,00 bz
Nordhausen-Erfurt	0	—	34,50 bz
Nordhausen-Erfurt St.-P.	4⅔	—	106,10 bz
Oestr. Nordw. (Mk. p. St.)	4	—	— —
Oestr. St.-Bahn (Mk. p. St.)	5	—	— —
Oestr. Südb. (Mk. p. St.)	1	—	— —
Ostpreuß. Südbahn	5	—	67,60 bz
Ostpreuß. Südbahn St.-P.	5	—	104,90 bz
Russ. Staats-B. (5% gar.)	7,[illegible]	—	128,75 bz
Russ. Südwestb. (5% gar.)	5	—	— —
Saalbahn	0	—	38,70 bz
Saalbahn St.-P.	3	—	94,50 bz

Dividende	1885	1886	
Warschau-Wien Mk. per St.	13½	—	297,75 bz
Weimar-Gera (4½% gar.)	4½	—	26,75 bz
Weimar-Gera St.-P.	2⅔	—	86,25 G
Werra-Bahn	2½	—	83,75 bz

Deutsche Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	
Aachen-Mastricht	4	161,40 bz G
Bergisch-Märk. I. u. II. S.	4	— —
do. IV. u. V. Ser.	4	102,60 bz G
do. VII. Ser. conv.	4	102,60 bz G
do. VIII. Ser.	4	103,00 bz
do. IX. S. (v. 85 kündb.)	4	102,70 bz G
do. Hessische Nordbahn	4	102,50 G
Berlin-Anhalter I. u. II. Em. u. Lit. B.	4	102,75 B
Berlin-Dresden (gar.)	4½	103,25 bz G
Berlin-Görlitzer conv. und Lit. B.	4	— —
Berlin-Hamburg I. u. II. Em.	4	102,30 G
do. III. Em. conv.	4	102,30 G
Berl.-Potsd.-Magd. A. B. C.	4	— —
do. Lit D. E. F.	4	— —
Berlin-Stettin II. III. u. VI. E.	4	— —
Breslau-Freib. Lit. D. bis K.	4	102,40 bz G
do. von 1876	5	102,50 B
do. von 1879	5	— —
Cöln-Mind. II. III. IV. Em.	4	102,60 bz
do. VI. Em. Lit. B.	4	102,60 G
do. VII. Em.	4	102,90 B
Halle-Soran-Guben	4	— —
Märkisch-Posen	4	— —
Magdeburg-Halberstadt	4	102,50 bz B
do. Leipzig Lit. A.	4½	105,50 bz
do. do. Lit. B.	4	102,80 bz
do. Wittenberge	3	93,00 B
Mainz-Ludw. conv.	4	102,70 bz G
Niederschles.-Märk. I. Ser.	4	102,50 G
do. II. Ser.	4	— —
do. Obl. I. u. II. Ser.	4	102,50 G
Nordhausen-Erfurt	4½	— —
do. do.	4	102,00 G
Oberschl. Lit. E. (gar.)	3½	— —
do. Lit. F. u. G.	4	— —
do. Lit. H. (4% gar.)	4	— —
do. Em. von 79	4½	106,90 bz G
do. Em. von 80	4	102,60 G
Ostpreuß. Südbahn	4½	103,25 bz
Rechte Oder-Ufer I. E.	4	— —
do. do. II. E.	4	— —
Rheinische	4	100,20 B
do. 69, 71, 78 conv.	4	102,50 G
Thüringer I. u. III. Ser.	4	— —
do. II. IV. V. u. VI. E.	4	— —
Weimar-Gera	4	— —
Werrabahn	4	102,50 B

Ausländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	
Böhmische Nordbahn	4	100,75 bz B
Dux-Bodenbach II. Em.	5	84,40 bz G
do. III. Em. (in Goldw.)	5	109,00 G
Dux-Prag I. Em. do.	5	107,75 G
Gal. Carl-Ludwsb. (gar.)	4½	80,90 B
Kaschau-Oderberg (gar.)	5	82,90 bz G
do. Gold-Prior. gar.	5	102,20 bz

	Zf.	
Oesterr. Staatsbahn gar.	3	405,50 G
do. do. v. 1874 gar.	3	388,00 B
do. Ergänz.-Netz gar.	3	386,25 G
Oesterr. Nordwestbahn gar.	5	85,90 B
do. do. (Lit. B.)	5	83,80 G
do. do. (Gold-Pr.)	5	107,50 G
Oesterr. Südb. (2 Fr. Steuer)	3	320,50 bz
do. do. Obl. (gar.)	5	104,40 bz B
Reichenb.-Pard. (Gold-Pr.)	5	106,00 bz B
Ungar. Nordostbahn gar.	5	80,25 B
do. Goldprior. gar.	5	102,20 bz G
do. Ostb. I. Em.	5	80,50 bz G
do. do. II. Em.	5	102,40 bz B
Charkow-Azow gar.	5	100,90 bz
Große Russische gar.	3	— —
Jelez-Orel gar.	5	98,40 bz G
Jelez-Woronesch gar.	5	98,50 bz
Kursk-Kiew gar.	5	102,50 bz G
Mosko-Rjäsan gar.	5	95,75 G
Transkaukas. gar.	3	66,90 bz
Warschau-Wiener IV. V. u. VI. Em.	5	102,60 bz
Gotthardbahn IV. Ser.	5	106,90 bz

Bank-, Hypotheken- und Creditbank-Actien.

Zinsen à 4% ab ½, ausgenommen Reichsbank (4½%.)

Dividende	1885	1886	
Berliner Handels-Ges.	8	—	159,50 bz
Braunschweig-Hannover	4	—	90,30 G
Darmstädter Bank	6½	—	139,50 bz
do. per ult.	6½	—	139,10 bz
Deutsche Bank	9	—	166,20 bz
do. per ult.	9	—	166,00 bz
Deutsche Genossensch.-Bank	6¾	—	134,00 B
Disconto-Gesellschaft	11	—	206,10 bz
do. per ult.	11	—	205,70 bz
Dresdener Bank	7½	—	132,80 bz
Effect.-Maklerb. (50% E.)	6,65	—	100,75 G
Gothaer Grundcredit-Bank	0	—	61,40 bz
do. junge (40% E.)	0	—	81,60 G
Leipziger Credit-Anstalt	9	—	170,75 G
Magdeburger Bankverein	6	—	107,50 G
do. Privatbank	5⁵⁄₁₂	—	113,60 G
Maklerbank	5	—	101,50 G
Nationalb. f. D. (50% E.)	4	—	93,80 G
Oesterr. Credit (Mk. p. St.)	8⁷⁄₁₆	—	482,50 bz
Preuß. Bodencredit-Bank	5½	—	104,00 G
do. Centr. (40% E.)	8¾	—	133,75 bz
do. (Hyp.-B. Spielh.)	5	—	104,10 G
Reichsbank	6,24	—	140,20 bz
Sächsische Bank	5⅛	—	119,05 B
Weimarische Bank	0	—	64,50 G

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	
Anhalter Landesbank	5	— —
Braunschweig-Hannover	4	102,00 G
do. do.	4	— —
Deutsche Hyp.-B. Berlin	4	102,25 G
do. do.	4	102,00 G
Gothaer Prämien I. Abth.	3½	107,00 bz
do. do. II. Abth.	3½	104,30 bz G
do. rückz. m. 110	3½	97,30 bz G
Meininger Prämien	4	24,20 G
Preuß. Bd. unk. rzb. à 110	5	112,00 G
do. V. u. VI. S. rz. à 100	5	108,25 G
do. rückz. à 115	4½	114,25 G
do. rückz. à 100	4	102,25 bz G
do. Central-Bod.-Cred. unk. Pfdbr. rückz. à 100	4	103,90 G

	Zf.	
Preuß. Central-Boden-Credit-unk. Pfandbr. rzb. à 110	4½	112,10 bz
do. do. rzb. à 100	3½	98,00 B
do. kdb. do.	4	— —
Pr. Hyp.-B. unkdb. rzb. à 120	4½	116,50 G
do. do. rzb. à 110	5	119,75 bz G
do. do. rzb. à 100	3½	98,70 G
Süddeutsche Boden-Credit	4	100,40 G

Industrielle Gesellschaften.

Zinsfuß überall 4%.

Dividende	1885	1886	
Anhalter Masch.-B.-A.	1	—	74,00 G
Berlin-Anhalt. Masch.	4½	—	06,00 G
Berl. Masch. Schwarzk.	33⅓	—	442,00 G
Berliner Unionsbrauerei	7	—	118,50 bz
Böhm. Brauh.-A.-G.	11	—	288,75 bz
Cröllwitzer Papierfabrik	15	—	193,00 G
Deutsche Cont.-Gas	12	—	188,90 bz
Friedrichshöhe A.-B.	13⅓	—	785,00 bz
Glauziger Zuckerfabrik	2	—	78,50 G
Greppiner Werke	4	—	83,90 G
Hallesche Maschinenfabrik	10	—	201,00 B
Kette, Elbschiff-Ges.	2⅔	—	88,75 bz
Körbisdorfer Zuckerfabrik	3	—	100,25 G
Leopoldshall, chem.	5	—	107,50 G
Magdeb. Allg. Gas	7½	—	127,70 bz
Magdeburger Baubank	8⅔	—	143,20 G
Nordhäuser Tapetenfabrik	4½	—	102,00 G
Pferdebahn, Gr Berliner	11	—	284,00 bz
do. Magdeburg	9	—	200,00 B
Schering, chem. Fabrik	13	—	150,00 bz
Schwanitz, Gummit.	11	—	149,25 G
Staßfurt, chem. Fabrik	—	—	31,00 G
Sudenburger Masch.	14	—	164,00 B
Thüringer Salinen	3	—	— —
Tivoli, Actien-Bierbrauerei	6	—	30,10 bz
Zeitzer Masch.-Anstalt	16	—	220,00 G

Bergwerks- u. Hüttengesellschaften

Anhalter Kohlenwerk	11¼	—	183,00 G
Bochum, Gußstahl	6⅔	—	129,50 bz
Consolidirte Marie	6½	—	109,50 G
Donnersmarckhütte	0	—	45,60 bz
Dortm. Union St.-Pr. Lit. A.	⅓	—	71,50 bz
do. per ult.	⅓	—	70,60 bz
Gelsenkirchener	3	—	112,25 bz
Königs- und Laurahütte	⅓	—	88,50 bz
do. do. per ult.	⅓	—	87,90 bz
Lauchhammer conv.	2,8	—	74,60 G
Magdeburger	15	—	220,10 G
do. St.-Pr. Lit. B.	15	—	— —
Sächs. Gußstahl	7	—	117,50 G
Sächsisch-Thür. Braunkohlen	15	—	164,00 B
do. St.-Pr.	15	—	— —
Westeregl. Alkaliw.	8	—	155,75 bz

Wechsel.

			Zf.	
Amsterdam	100 Fl.	8 T.	2½	168,55 bz
do.	100 Fl.	2 M.	2½	168,00 bz
London	1 Lstr.	8 T.	2	20,385 bz
do.	1 Lstr.	3 M.	2	20,24 bz
Paris	100 Frcs.	8 T.	3	80,45 bz
do.	100 Frcs.	2 M.	3	80,15 bz
Petersburg	100 S.-R.	3 W.	5	190,20 bz
do.	100 S.-R.	3 M.	5	188,95 bz
Wien Oest. W.	100 Fl.	8 T.	4	161,10 bz
do. do.	100 Fl.	2 M.	4	160,20 bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Cours in Mark.

Dollars	per St.	— —
Ducaten	per St.	— —
Imperials	per St.	— —
Napoleonsd'or	per St.	16,14 bz
Souverreigns	per St.	20,35 G
Englische Banknoten per Lstr.		— —
Franz. Banknoten per 100 Frcs.		80,75 bz
Oesterr. Banknoten per 100 Fl.		161,20 bz
do. Silbercoup. (hier einlösb.)		161,50 bz
Russisch Banknoten per 100 Rb.		191,00 bz

Bankdisconto in

Amsterdam	2½	London	5
Berlin	5	Paris	3
do. Lombard	6	Petersburg	5
do. Privatdisc.	3⅛	Wien	4
Brüssel	2½		

Umrechnungs-Course:

1 Fl. österr. = 2 M. 100 Fl. holländ. = 170 M.
1 Dollar = 4 M 25 Pf. 100 Rubel = 320 M.
100 Frcs. = 80 M. 1 Lstr. = 20 M.

Leipziger Börse v. 13 Januar.

	Zf.	
Königl. Sächsische Rente	3	92,90 B
Pfandbr. des Sächs. Landw. Credit-Verbandes v. 67	4	103,50 G
Creditbr. des Sächs. Landw. Credit-Verbandes v. 67	4½	105,00 G
Schuldsch. d. Mansf. Gewksch. von 1882	4	101,50 B
do. do. do.	4½	103,00 B
do. do. von 1879	4½	104,00 G
Altenburg-Zeitz	4	188,00 B
Aussig-Teplitz	4	278,75 G
Saalbahn St.-Pr. Div. 85 3%	5	95,00 B
Allg. Deutsche Credit-Anstalt Div. 85 9%	4	170,00 G
Leipziger Bank do. 6⅔%	4	135,00 G
do. Disc.-Ges. do. 5½%	4	1[illegible]2,00 G
Sächsische Bank do. 5⅛%	4	118,75 G
Cröllwitzer Papierfabrik Div. 84/85 15%	4	198,00 G
do. Schuldverschreibungen	5	104,00 G
Hallesche Straßenbahn Div. v. 85 5⅗%	4	120,50 bz G
Leipz. Malzfabr. Schkeuditz Div. 84/85 13%	4	200,00 B
Zuckerraffinerie Halle Div. 84/85 16%	4	108,00 G
Aussig-Teplitzer Pr.-Obl.	4½	102,90 B
Buschtiehrader do. v. 72	5	85,50 bz G
Gömörer Eisenbahn-Oblig.	5	103,90 bz
Graz-Köflacher do. v. 72	5	82,30 B
Prag-Turnauer do.	5	89,75 G
Ungar. Nordostbahn-Obl.	5	81,20 B
Sächs.-Thür. Braunk.-Berw. A.-G. St. Div. 85 15%	4	161,00 G
Sächs.-Thür. Braunk.-Berw. A.-G. St.-Pr. Div. 85 15%	5	165,00 B
Verein. Sächs.-Thüring. Paraf. u. Solaröl St.-Pr.-Act. Div. 84 8%	4	92,00 B
Zeitzer Par. u. Solar.-Fabr. Div. v. 84 10%	4	92,00 B

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188701151-12/fragment/page=0004

Beilage der Hallischen Zeitung.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 13. Januar.

12 Uhr. Am Bundesrathstische: Bronsart v. Schellendorff u. A.

Die gestern abgebrochene zweite Berathung der §§ 1 und 2 der Militär-Vorlage wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Graf **von Moltke**: Nur eine kurze Bemerkung. Es scheint, daß die wenigen Worte, welche ich in der Sitzung vom 11. Januar gesprochen habe, eine verschiedene Auffassung gefunden haben. Ich habe meine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß keine von den größeren Parteien hier im Hause der Regierung verweigern will, was sie zur Vertheidigung des Landes als nöthig verlangt, und daß sonach nur noch die Zeitfrage in Betracht komme. Diese Aeußerung gründet sich auf die Erklärung des Führers der zahlreichsten Partei im Hause, welcher erklärte, daß diese Partei bereit sei, den letzten Mann und Groschen zu bewilligen; dann aber habe ich, nach Ausweis des stenographischen Berichts, sogleich hinzugefügt, daß die Bewilligung auf kurze Zeit, auf 1, auf 3 Jahre uns nichts nützt (Hört! hört! rechts), daß neue Formationen erst im langen Laufe der Jahre wirksam werden, daß die Stabilität und Dauer die Grundlage aller militärischen Organisationen bilde. Es kann also nicht zweifelhaft sein, daß ich der Ansicht bin, daß mindestens eine 7jährige Dauer nothwendig ist. (Bravo! rechts.)

Abg. **v. d. Decken** (Welfe): Wir sind keineswegs grundsätzlich gegen eine Feststellung der Friedenspräsenzstärke auf längere Zeit, halten aber den jetzigen Moment dazu nicht für geeignet und werden deshalb für den Antrag Payer stimmen. Die Nothlage der Regierung erkennen wir an, aber auch die Reichstagsabgeordneten sind in der Nothlage und müssen sich ihrer Verantwortung stets bewußt sein. Wir hoffen, daß die Regierung uns nach einem Jahr wenigstens Mittel zur Deckung der Ausgaben vorschlagen kann. Entgegen den sogenannten nationalen Parteien beklagen wir gerade den Militarismus als eine Institution, welche auf die Dauer unser deutsches Volk nicht tragen kann. Frankreich ist in finanzieller Hinsicht ein viel glücklicheres Land als wir. Die äußere Lage ist jetzt allerdings eine drohende und ich mache der Regierung keinen Vorwurf daraus, wenn sie uns weitern Einblick in die Lage nicht giebt; jeder Abgeordnete hat die Pflicht, sich selbst ein Urtheil darüber zu bilden. Wenn der Herr Reichskanzler vorgestern eine Bemerkung, die ich vor zwei Jahren über die Wiederherstellung Hannovers auf gesetzlichem Wege gemacht habe, ironisirend ins Lächerliche zu ziehen versucht hat, so ist das eine völlig falsche Supposition, die nicht staatsmännisch ist, gegenüber einer Partei von Mitbürgern in einem Augenblicke, wo die äußere Lage so ernst ist. Wie darf man da unsere Vaterlandsliebe in so zweifelhaftes Licht stellen? Von einer Wiederherstellung der Verhältnisse vor 1866 kann jetzt gewiß keine Rede sein. Aber man darf nicht verkennen, daß Oesterreich, vom großen Körper Deutschlands getrennt, nicht stark bleiben kann, daß das Deutschthum dort dahinsiechen muß und daß dadurch der Werth unseres Bündnisses mit Oesterreich immer mehr in Frage gestellt wird. Eine wahre Bürgschaft für den Frieden Europas wird erst vorhanden sein, wenn die mitteleuropäische Konföderation hergestellt sein wird. Man sagt immer, Deutschland wolle keine Eroberungen. Aber die Wiederherstellung des deutschen Reiches ist auf Grund von Eroberungen erfolgt, und darum wird ihm das Vertrauen Europas vollständig erst dann zu Theil werden, wenn mit dem Grundsatz der Annexionen definitiv gebrochen würde, auch im Frieden; und als ersten Schritt hierfür betrachten wir die Wiederherstellung Hannovers.

Abg. **Richter** (dfr.): Der Reichskanzler hat gestern die Verhältnisse so dargestellt, als ob gewisse Parteien, weil sie in einer Frage zusammen stimmten, ihre grundsätzlichen Verschiedenheiten überhaupt hätten fallen lassen. Eine ähnliche Behauptung wurde bereits bei der ersten Konstituirung des Reichstags aufgestellt, wo der Abg. v. Vincke den Nationalliberalen vorwarf, daß sie mit der Fortschrittspartei, den Partikularisten und den Sozialdemokraten zusammen eine Majorität für gewisse Amendements gebildet hätten. Damals war es der nationalliberale Abg. Twesten, welcher auf die Zusammenstellung des Abg. v. Vincke Folgendes erwiderte: „Da die, auf welche wir in der Aufrechterhaltung mancher konstitutionellen Grundsätze zählen zu können glaubten, uns im Stich gelassen haben, so haben wir uns allerdings freuen müssen, mit Hülfe solcher Mitglieder, die sonst nicht mit uns auf demselben Standpunkte stehen, eine wenn auch geringe Majorität zu finden für die Grundsätze, auf welche wir im Namen der Zukunft unseres Landes niemals verzichten können.“ So sprach damals der nationalliberale Abgeordnete Twesten. Würde er heute wieder auferstehen, so würde er freilich von der Partei, der er damals angehörte, nichts mehr übrig finden, als den Namen. Der Reichskanzler spricht von einer heterogenen Majorität. Ich habe sonst nicht gefunden, daß der Reichskanzler, wenn er überhaupt eine Majorität hatte, an der Heterogenität derselben irgend welchen Anstoß genommen hätte. Ich habe gefunden, daß er manchmal die Hülfe der Polen und die der Elsässer genommen, er hat nicht minder die Hülfe des Centrums für seine Gesetzentwürfe gebraucht. Er machte den Sozialdemokraten ein recht freundliches Gesicht, als er meinte, für die Dampfervorlage etwas mehr von ihnen erlangen zu können, als von uns, und ich sage, wenn er unsere Unterstützung fand, dann hat ihn der heterogene Charakter nicht zurückgeschreckt. Er nimmt eben die Hülfe, wie er sie findet, und wenn wir etwas von ihm gelernt haben im Laufe der Zeit, so ist es das, daß man, um eine Mehrheit zu bilden, auch zusammenstehen muß mit solchen, mit denen man in andern Fragen weit verschiedene Grundsätze hat.

Der Reichskanzler sprach ferner davon, wenn er den Abgeordneten Windthorst nenne, so sei der Abgeordnete Richter auch dabei gemeint. Ich wünschte, es wäre immer so gewesen, daß die Centrumspartei dieselbe Richtung vertreten hätte, wie meine Partei, aber ich muß leider sagen, daß es umgekehrt war. Wo der Fürst Bismarck glaubte, in seinem Sinne große Erfolge erzielt zu haben, da war die Centrumspartei stets auf seiner, nicht auf unserer Seite. Wenn der Reichskanzler sich rühmt, die Schutzzollpolitik sei zum Durchbruch gekommen, er habe eine neue Sozialpolitik eingeleitet, wenn er sich rühmt, die Gewerbefreiheit eingeschränkt zu haben, so ist bei diesem Ruhm der Abgeordnete Windthorst immer dabei gewesen, während er bei uns scharfe Opposition gefunden hat, da wo es sich nach unserer Meinung um Rückschritte in der Gesetzgebung handelte. Wir mußten uns schon freuen, wenn wir der Unterstützung der Centrumspartei sicher sind, wenn es sich darum handelt, ein geringes Minimum an Rechten zu wahren, wenn es sich darum handelt, wenigstens die äußerste Belastung Deutschlands fern zu halten.

Der Reichskanzler hat dann von der bulgarischen Frage gesprochen und ist auf die Lage der Politik im September zurückgekommen. Der Reichskanzler hat in der bulgarischen Sache von Beschimpfungen gesprochen, in denen sich die Opposition überboten hätte gegen die Regierung. Davon habe ich nichts bemerkt. Im Gegentheil, die Regierungspresse hat geschimpft. Was die Verhetzung zum Krieg mit Rußland betrifft, so war es empörend zu sehen, wie die offiziöse Berliner Presse sich beinahe wie der Panslawist Katkow geberdete und den Ueberfall eines deutschen Fürsten als eine Wendung zum Besseren rühmte. Das hat empört weit über Deutschlands Grenzen hinaus. (Lärm rechts. Stürmischer Beifall links und im Centrum.) Windthorst und Richter wurden in den offiziösen Blättern wie in Bilderbüchern für Kinder als die beiden bösen Buben Max und Moritz nebeneinandergestellt. (Heiterkeit.) Dies Gebahren erregte den Unwillen selbst regierungsfreundlicher Blätter. So schrieb die Hamburger „Börsenhalle“ von ungeschickten Behauptungen der offiziösen Presse in Bezug auf Richter und Windthorst und stellte die genannten als Führer von mindestens 9/10 der öffentlichen Meinung in Deutschland hin. (Hört! hört!) Damals schrieb selbst die „Nationalliberale Korrespondenz“, das Organ der Nationalliberalen: „Die Haltung der offiziösen Presse hat in weiten Kreisen, auch in sonst keineswegs oppositionell gesinnten Kreisen, Befremden hervorgerufen“ und selbst die so regierungsfreundliche „National-Zeitung“ schrieb: „Wir können nicht verschweigen, daß die öffentliche Meinung durch die Art, wie gewisse Stände alsbald über den Fürsten Alexander zur Tagesordnung übergingen, tief verletzt wurde.“ Und selbst in konservativen Blättern war ähnliches zu lesen. So stand in der auf Kosten der sächsischen Staatskasse erscheinenden „Leipziger Zeitung“: „Der Aplomb, mit dem die vom Fürsten Bismarck inspirirte Presse den Staatsstreich in Sofia begrüßt, hat zur Erhöhung ihres Ansehens nicht beigetragen. Die Herren Richter und Genossen wissen, daß das öffentliche Gewissen der Nation hier auf ihrer Seite ist.“ (Hört! hört! links.) Damals schrieb das ministerielle konservative „Dresdener Journal“: „Auch konservative Blätter sehen in dem Verhalten der deutschen Offiziösen das konstitutionell-monarchische Prinzip schwer gefährdet.“ Das Organ der Herren Konservativen in Sachsen, die „Dresdner Nachrichten“, schreiben: „Wir möchten doch die Diplomatie bitten, die sittlichen Faktoren des Volkslebens künftig nicht so sehr zu unterschätzen.“ (Hört! hört!) Das war damals der Standpunkt der öffentlichen Meinung.

Nun meint der Reichskanzler, die oppositionelle Presse hätte keinen Grund gehabt, sich um die Vorgänge in Bulgarien zu kümmern. Das hätte doch aber gewiß noch mehr für die offiziöse Presse gelten müssen. Der Herr Reichskanzler sagt: „Was geht es uns an, wer in Bulgarien herrscht?“ Ja, was ging es dann aber die offiziöse Presse an? Was konnte dann den Reichskanzler veranlassen, der bulgarischen Justiz gegenüber den Hochverräthern in die Arme zu fallen? Dagegen haben wir uns gewendet, daß der Reichskanzler sich in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einmischte. Als der Auslieferungsvertrag mit Rußland zur Sprache kam, sagte der Reichskanzler: „Was für Grund hätten wir, die Königsmörder, die Anarchisten, zu schützen?“ Aber auch in Bulgarien handelte es sich um Anarchisten, um Verschwörung gegen einen Fürsten; und das ist dasselbe Verbrechen, wo es auch geschieht.

Als der Reichskanzler nach 1866 seine Politik dahin richtete, mit Oesterreich eine Versöhnung herbeizuführen, haben wir das mit vollem Beifall begrüßt. Wenn er jetzt unsere Heeresmacht vergrößern will und auf drohende Kriege hinweist, so können wir darin ihm nicht so ganz folgen. Mir scheinen seine Reden darauf berechnet zu sein, ein wenig Furcht zu erregen. Wir haben die politische Lage nicht als eine günstige angesehen. Nach den Ausführungen des Reichskanzlers aber müssen wir die Lage für viel friedlicher erachten, als vorher; und das läßt sich noch weit mehr daraus schließen, daß der Reichskanzler die Verantwortung auf sich nehmen will, den Reichstag aufzulösen und dadurch das Zustandekommen des Gesetzes hinauszuschieben, und das allein wegen der Frage, ob der Reichstag nach drei Jahren wieder befragt werden will. Der Reichskanzler behandelt eben den Reichstag wie kein anderer Staatsmann ein Parlament; er setzt systematisch den deutschen Reichstag vor dem Auslande herunter, und hier werden seine Beschuldigungen nicht einmal durch einen Ton des Unwillens unterbrochen, so gewohnt sind wir es. Aber ich will doch wenigstens vor dem Lande dagegen protestiren. (Beifall links und im Centrum.) Der Reichskanzler hält uns andere Parlamente als Beispiel vor, aber was geschieht z. B. in Oesterreich? Da kommt man dem Parlament nicht etwa mit solchen Vorlagen, wie uns, sondern was man dort von den Delegationen verlangt hat, das waren eine Anzahl Millionen für das neue Repetirgewehr. Und hat man das etwa ohne Weiteres bewilligt? Nein! Sondern das wurde ausführlich berathen, und die Regierung mußte vor die Kommission kommen, in die „Marterkammer der Regierungskommissare“, wie es der Reichskanzler nennt, und mußte dort Aufklärungen über die politische Lage geben, was wir nicht einmal verlangt haben, als wir hörten, daß es nicht gut angängig sei. Nicht einmal nach dem Sohn des Reichskanzlers haben wir verlangt, der doch wenigstens den Namen eines „Staatssekretärs im auswärtigen Amt“ führt. (Heiterkeit.) Wir haben vielmehr das Nothwendige bewilligt, so daß selbst ein militärisch so gut unterrichtetes, konservatives Blatt wie die „Kreuz-Zeitung“ es ausgesprochen hat, daß nunmehr jede Besorgniß geschwunden sei, als ob die Wehrfähigkeit Deutschlands in Frage kommen könne. Und wenn der Regierung und der Militärverwaltung der Dank dafür ausgesprochen wird, daß sie dafür gesorgt habe, daß wir nicht militärisch von anderen Staaten überflügelt werden, so, meine ich, gebührt der Dank nicht weniger dem Reichstag, der patriotisch den Wünschen der Militärverwaltung stets nachgekommen ist, und zwar im Stillen, ohne viel Worte zu machen, so daß das Ausland kaum etwas davon erfuhr. (Beifall links und im Centrum.) Der deutsche Reichstag ist ebenso patriotisch, wie kein anderes Parlament. (Lachen rechts.) Sparen Sie dieses Lachen doch für Ihre Cirkel! Keine Reden werden gehalten, stets wird das Nöthige bewilligt. „Worte sind keine Waffen, sind kein Geld“, sagt der Reichskanzler. Aber haben wir nicht 1870 Alles bewilligt? Wenn der Reichskanzler meint, die Aeußerung: „Einem solchen Ministerium keinen Pfennig, auch wenn der Feind auf dem Kreuzberge steht“, sei in einem anderen Parlament nicht möglich, so behaupte ich, eine solche Aeußerung ist nicht gefallen, auch nicht in Preußen. Daß wir damals in Preußen dem Kriege mit Besorgniß entgegensahen, gereicht uns nicht zur Unehre, denn es war doch auf alle Fälle ein Bruderkrieg, und es ist und bleibt bedauerlich, daß es zu diesem Bruderkrieg kam. (Beifall links und im Centrum.) Der preußische Landtag ist aber geschlossen worden 6 Monate vor dem Krieg, und unmittelbar vor dem Krieg, am 20. Juni 1866 — wir haben dafür das öffentliche Zeugniß des verstorbenen Runge — da schrieb die Fortschrittspartei angesichts des Krieges in einem Aufrufe: „Man mag den Krieg wollen, oder nicht, er ist unvermeidlich; sorgen wir nun dafür, daß er so geführt wird, daß die Herstellung Deutschlands daraus als Ziel hervorgeht.“ Ich führe das an, weil es provozirt worden ist, und so oft eine Verdächtigung gegen uns in Bezug auf jene Zeit vorkommt, sicher stets eine Antwort da sein wird, die sie richtig stellt.

Es wird uns vorgehalten, wie ganz anders geht es in Frankreich. Dort bewilligt die Vertretung ohne weiteres das Geforderte. Ist denn das wahr? Seit 6 Monaten beschäftigt sich in Frankreich eine Kommission mit dem Boulangerschen Gesetzentwurf, und jetzt erst kommt er zur Verhandlung im Plenum. Wohl aber ist zu bemerken, daß ausländische Minister von vorn herein ganz andere Rücksicht als bei uns auf die Stimmung des Parlaments nehmen. Dazu kommt, daß in Frankreich die Vermehrung der Truppen keine Mehrkosten erfordern soll. Der Kriegsminister meint, er könne nicht verstehen, wo dann das Geld dazu herkommen solle. Nun, einfach durch vermehrte Beurlaubungen. Die Armeeverstärkung soll nur im Sommer stattfinden, im Winter soll das Heer verringert werden. Hätte der Kriegsminister einen ähnlichen Weg einschlagen wollen, so hätten wir kein Wort gegen die Heeresverstärkung eingewendet.

Der Reichskanzler wirft uns Begünstigung der polnischen Interessen vor. Wenn wir aber bei den Polenausweisungen der Regierung entgegengetreten sind, so geschah es gerade in deutschem Interesse und weil wir Repressalien seitens Rußlands befürchteten. Und sind diese Befürchtungen nicht eingetreten? Was haben wir gewonnen mit den Ausweisungen? Wir weisen Leute aus, die gern Deutsche sein wollen, Rußland schickt uns dafür Leute, die nicht Deutsche sein wollen und ausgewandert sind. Der Reichskanzler beruft sich auf die ausländische Presse. Aber wir wissen, wie das gemacht wird. Diese Blätter sind inspirirt, die Artikel gehen von hier ins Ausland und kommen dann von dort zurück. Ganz anders urtheilt die unabhängige ausländische Presse. Wenn der Reichskanzler meint, die oppositionellen Parteien seien nur in der Negation gegen ihn einig, sie könnten aber nichts Positives zu Stande bringen, so werden wir ihn vom Gegentheil überführen. Ich bin ursprünglich nicht dafür gewesen, daß wir die ganze geforderte Erhöhung auf drei Jahre bewilligen; aber wir werden im Interesse eines positiven Ergebnisses dafür stimmen. Wenn dann die Regierung alles, was sie gefordert hat, für eine Zeit von drei Jahren erhält, will ich sehen, wie dann der Reichskanzler sagen kann, daß wir unsere Wehrfähigkeit nicht erhalten wollen. Ich erinnere nochmals daran, daß auch der Abg. Graf Moltke anerkannt hat, daß wir das Nothwendige nicht verweigern wollen. Allerdings hat er heute ausgeführt, daß er eine Bewilligung auf sieben Jahre für nothwendig erachte. Aber das hat er auch neulich bereits hinzugesetzt und es hätte daher seiner heutigen Rede gar nicht bedurft. Graf Moltke hat damals gesagt: „Es ist eine erfreuliche und auch ihre Wirkung nach außen hin gewiß nicht verfehlende Thatsache, daß unter den großen Parteien keine ist, welche, auch ungeachtet verschiedener Ansichten in inneren Angelegenheiten der Regierung die Mittel verweigern will, die sie zur Vertheidigung des Landes fordert.“ Das war der Ausdruck soldatischer Ehrlichkeit aus innerster Ueberzeugung, ob vielleicht auch eine klügelnde Parteitaktik nicht dazu gerathen hätte. Graf Moltke hat damit uns seinen Dank für die Bewilligungen ausgesprochen. Ich hätte eine ähnliche Tonart auch beim Reichskanzler erwartet. Aber seine Rede machte den Eindruck, als wollte er so zum Reichstag sprechen, damit ihm derselbe überhaupt nichts bewilligte. (Sehr wahr! links.) Uebrigens scheint es dem Reichskanzler unbekannt zu sein, daß selbst zu Lande bereits Formationen für ein Jahr bestehen, die von der jährlichen Bewilligung des Parlaments abhängen. Auch verlangt ja der Kriegsminister selbst für seine Eisenbahn- und Pioniertruppen nur einjährige Formation (Hört! hört! links). Ferner alle Lehrtruppen, alle Kriegsakademien, der Generalstab selbst unterliegen nach dem Gesetz der jährlichen Bewilligung durch das Palament. Hat jemand bisher gewußt, daß wir keinen kaiserlichen Generalstab haben, sondern einen von Gnade des Parlaments? (Große Heiterkeit.) Hat jemand unseren berühmten Strategen, Grafen von Moltke, jemals als Chef des Generalstabes der Abgeordneten Windthorst, Grillenberger, Richter und Genossen bezeichnet. (Stürmische Heiterkeit.) Der Herr Kriegsminister schaut mich verwundert an. Ja er selbst ist nach dieser Argumentation nicht einmal in seiner Existenz gesichert. Im Militärgesetz heißt es: „Wie viel Offiziere im Kriegsministerium sein werden, unterliegt jährlicher parlamentarischer Bewilligungen.“ Sie sehen also, nicht einmal kaiserliche Minister hat man mehr, Sie sind alle Minister der Herren Windthorst, Grillenberger, Richter und Genossen. (Stürmische Heiterkeit.) Das ist das Schreckgespenst, daß Sie uns hingezeichnet haben; man muß ihm aber nur an der Hand der Etatsgesetze ins Gesicht leuchten, und das Gespenst verschwindet. (Lebhafter Beifall.)

Der Reichskanzler sagt nun, wir haben für 7 Jahre ein Kompromiß eingegangen, und er glaubt, es liege in unserem Interesse, dieses Kompromiß fortzusetzen. Aber die 7 Jahre sind ja noch gar nicht abgelaufen, sondern Sie wollen schon jetzt ein neues Septennat vor Ablauf des alten. (Hört! hört! links.)

Ob wir ein Septennat wieder bewilligen wollen, wird erst wenn das gegenwärtige abgelaufen ist, Gegenstand der Berathung sein, für jetzt handelt es sich nur darum, ob wir bis zum Ablauf des Septennats ein Mehr bewilligen wollen. Diese Frage würde der Kriegsminister zum Mindesten stellen müssen, wenn es auf eine Verständigung abgesehen wäre; sie wird aber garnicht gestellt. (Sehr gut! links.) Dabei handelt es sich garnicht einmal um die frühere Präsenzstärke, sondern um eine so erheblich, wie zuvor noch nie, erhöhte. Bis zum ersten Septennat einschließlich legte man stets die Bevölkerungsziffer von 1867 zu Grunde, also 1874 noch eine um 7 Jahr zurückliegende, beim zweiten Septennat 1881 die von 1875, also um 5 Jahre zurückliegende, jetzt mit einem Male wird vor Ablauf des Septennats eine Erhöhung verlangt unmittelbar anschließend an die letzte Volkszählung. (Hört! hört!) Die Frage, ob 7 oder 3 Jahre, ist vom Reichskanzler im Laufe der Diskussion so hinaufgeschraubt worden, daß er sagte, es handle sich darum, ob wir wehrlos sein sollen oder nicht, wir dürften auch nicht 10 Minuten wehrlos sein. Noch wenige Wochen vorher war die Haltung ganz anders, Niemand glaubte daran, daß über die Frage, ob 7 oder 3 Jahre irgend eine ernste Differenz entstehen könne. Die Herren auf der rechten Seite glaubten es nicht einmal, ihre Presse sprach absolut das Gegentheil. Die „Konservative Korrespondenz“, das Organ der konservativen Partei, schrieb noch am 20. November: „Wir vermögen schlechterdings nicht einzusehen, welchen prinzipiellen oder praktischen Unterschied es bedeutet, ob die Regierung alle drei oder alle sieben Jahre mit dem Parlament über die Heereseinrichtungen zu feilschen genöthigt ist, (Hört! links) der Streit um den 3 oder 7jährigen Turnus ist eine reine Opportunitätsfrage, darum wird sich nach unserer innersten Ueberzeugung auch nicht ein Finger im Volke regen, (Hört! hört! links), irgendwo ein Pulsschlag in schnellerem Tempo gehen.“ (Hört! hört! links.) Und die „Kreuz-Ztg.“ bestritt am 22. November den Werth des Septennats als Wahlparole wegen Mangels an grundsätzlicher Bedeutung, anders wäre es mit dem Aeternat, „während es unmöglich ist, irgend Jemand für die Frage zu begeistern, ob die Heeresstärke auf 7 Jahre festgesetzt wird oder nur auf 3 Jahre.“ (Hört! hört! links.) Wenn das nicht genügt, so füge ich noch den „Reichsboten“ hinzu, das Organ der konservativen Gruppe des Herrn Stöcker. Derselbe schrieb am 22. November — Alles vor 6—7 Wochen, bevor die Regierungsvorlage da war — „am besten wäre es, alle Jahre festzusetzen, dann wäre die Agitation eher ermüdet, und es würde nicht möglich sein, die Sache alle 7 Jahre zu einer großen aufzubauschen.“ (Hört! hört! links. Große Heiterkeit.) Ganz unsere Meinung! Ehe die Regierungsvorlage da war, waren sie genau unserer Meinung; nachdem sie aber die Parole des Reichskanzlers erhalten, entrüsten sie sich über Dasjenige, was sie selbst vorher gesagt haben. (Lebhafter Beifall. Große Heiterkeit links.) Entweder haben die Redaktionen der konservativen Blätter, der „Kreuzzeitung“ und des „Reichsboten“, die Konservativen überhaupt gar nicht gekannt oder sie sind eben zu unvorsichtig gewesen in der Darlegung der wirklichen Ansichten im Gegensatz zu dem, was hier als Ansicht der Herren damals zur Erscheinung gekommen ist. (Heiterkeit.) Damals war es nur eine Stelle, welche die Konservativen warnte. Die Redaktion der „National-Zeitung“ schrieb damals: Wir bitten doch die konservativen Zeitungen, nicht so unvorsichtig zu sein. Sie wissen ja noch gar nicht, wo die Regierung hinaus will, und wenn es wegen der 3, 4 oder 7 Jahre zum Wahlkampf kommt, so werden ihnen die Herren von der freisinnigen Presse das, was sie heute geschrieben haben, schon vorlesen. (Heiterkeit.) Dann hat der Reichskanzler gesagt, wenn man auf 3 und nicht auf 7 Jahre die Bewilligung ausspreche, so handle es sich um Kopf und Kragen, so wolle man das Vaterland wehrlos machen. „Nicht zehn Minuten darf das Vaterland wehrlos sein!“ In derselben Rede setzt er sich aber mit seiner eigensten Theorie in vollsten Widerspruch. „Denn“, so führt er weitläufig aus, „wenn die 3 Jahre bewilligt werden, und die 7 Jahre nicht, dann wird ja erst das volle unbeschränkte Ermessen des Kaisers lebendig. Dann kann der Kaiser eigenmächtig den Präsenzstand, die Dienstpflicht, selbst noch eine höhere Präsenz festsetzen, als die jetzige Vorlage verlangt.“ Während also der Reichskanzler es auf der einen Seite so darstellt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188701151-12/fragment/page=0005

als ob der Beschluß des Reichstages bedente, das Vaterland wehrlos zu machen, sagt derselbe Herr Reichskanzler: nein, wenn der Reichstag einen solchen Beschluß faßt, so handelt es sich nicht um Kopf und Kragen, dann steht der Kopf erst recht aufrecht, dann entscheidet der Kopf selbständig, wie stark die Armee sein soll, dann bestimmt der Kaiser, wie stark und kriegstüchtig die Armee sein soll. Die eine Theorie paßt nicht zu der andern, die eine zehrt die andere auf. **Entweder ist ein Beschluß auf drei** Jahre von solcher Tragweite, dann besteht eine solche Theorie zu nichte, oder aber die Theorie besteht, dann kann man nicht davon sprechen, daß das Vaterland wehrlos gemacht werde. Wenn er die beiden Theorien wenigstens in verschiedenen Reden aufgestellt hätte, (Heiterkeit) aber die beiden Theorien neben einander zu stellen, dazu gehört nicht viel Logik, deren Widerspruch festzustellen. Es ist das eine Lückentheorie, indem man auf einzelnen Zeilen und Ausdrücken der Verfassung eine Theorie aufbaut, von der man bisher nichts gewußt hat, die Allem ins Gesicht schlägt, was bei der Schaffung der Verfassung aufgestellt ist. Lesen Sie in dem damaligen Bericht die Rede des Berichterstatters, des nationalliberalen Abg. Miquel, dann werden Sie auf jeder Zeile das absolute Gegentheil von dem finden, was der Reichskanzler jetzt als den Inhalt der Verfassung auslegt.

Mit Bezug auf die Präsenzfrage will ich noch ein Beispiel anführen, nämlich die gesammte Ausbildung der Ersatzreserve, die durch das Gesetz von 1880 auf einjährige Bewilligung gestellt ist. Wenn wir heute keinen Mann Ersatz bewilligen, so kann in diesem Jahre überhaupt keine Ersatzreserve ausgebildet werden, trotzdem die Ersatzmannschaften in einer Stärke von mindestens 100 000 Mann zur Ergänzung der ersten Verluste im Kriege dienen. Ich glaube, die Militärverwaltung hat keine Ursache gehabt, das Vertrauen, das sich darin aussprach, diesen wichtigen Bestandtheil von einer jährlichen Bewilligung abhängig zu machen, zu bereuen. Die Gesammtziffer des Bewilligten übersteigt sogar dasjenige, was der Kriegsminister im Jahre 1880 als Bedarf der Militärverwaltung hingestellt hat.

Der Reichskanzler hat dann in geschickter Weise geäußert, Metz sei uns 100 000 Mann werth. Das würde in Frage gestellt durch die Vorenthaltung des Beschlusses auf 7 Jahre. Nun, wir bewilligen zunächst auf drei Jahre, fraglich bleibt bei der Bewilligung auf 4, 5, 6 Jahre, ob dann noch die erhöhte Friedenspräsenz nothwendig ist. Aber dies hat nichts mit der Wehrhaftigkeit und der Aushebung zu thun. Bei uns ist es nicht, wie in Oesterreich-Ungarn. Wir legen nicht die Kriegsstärke und die Aushebung fest. Diese liegt ganz allein in der Hand der Militärverwaltung. Hier handelt es sich um die Frage, wie lange soll der einzelne Mann dienen. Es handelt sich hier nicht darum, ob man 14 000 Rekruten mehr ausheben kann, sondern ob man zum Ausgleich für diese Mehrausbebung die Dienstzeit möglichst verkürzen will durch die Rekrutenvakanz. Die 14 000 Mann zur Verstärkung der Bataillone im Inlande, um welche wir zuletzt den Streit auch aufgegeben haben, werden für jedes Bataillon eine Verstärkung von 23 Mann ausmachen, pro Kompagnie 4 oder 5 Mann. Wir wollten, daß darauf hin auch eine entsprechende Zahl zur Disposition gestellt wird. Das ist zuletzt das einzige, warum gestritten wird. (Sehr wahr! links.) Wir wollen uns vorbehalten, ob nicht nach drei Jahren zurückzukommen ist auf die Frage, von den im Inlande liegenden Bataillonen eine entsprechende Zahl von Soldaten zu beurlauben. Das ist die Streitfrage, wegen der der deutsche Reichstag aufgelöst werden soll. Es kommt bei der Auflösung sehr viel auf die Fragestellung an. Wir werden die Wähler fragen: Haltet Ihr Wähler es für richtig, daß wir schon jetzt uns jeder Entscheidung begeben, oder ob wir darauf dringen dürfen, daß nach drei Jahren einige Mann pro Bataillon und Kompagnie zur Entlastung des Volks, zur Verminderung des Drucks der Dienstpflicht nach zweijähriger Dienstzeit entlassen werden sollen oder nicht? Das ist die Frage, die man in weitesten Kreisen, auch in den Kreisen derer, die mit Liebe und Lust gedient haben, aufwirft und die von diesen Kreisen wohl beurtheilt werden kann. Die zahlreichen Mannschaften, die drei Jahre gedient haben, wissen sehr wohl, daß viele Mannschaften gerade im dritten Jahre verwendet werden zu Dingen, die mit der militärischen Ausbildung nichts zu thun haben. Es handelt sich nicht um die Frage, ob ein paar tausend Mann mehr bewilligt werden sollen, sondern darum, ob eine bescheidene Rücksichtnahme gegenüber der großen Steigerung der Militärlasten nicht einmal jetzt eintreten soll; sondern wir wollen es nur nach drei Jahren wieder prüfen. (Sehr wahr! links.) Wir folgen ja den militärischen Autoritäten und haben nur angeregt, ob nicht jetzt dieselbe Praxis eintrat wie im Jahre 1862 aus finanziellen Gründen. Damals wie auch 1867 und 1872 — 1875 hat die Regierung aus eigener Initiative eine größere Anzahl von Mannschaften nach 2 Jahren beurlaubt, und wahrlich, die Krieger von 1866 und 1870/71 haben in ihrer Wehrtüchtigkeit nichts missen lassen.

Wenn immer von den „Civil-Moltke's“ gesprochen wird, so bemerke ich dem gegenüber, daß es sich nicht um ein rein militärische Frage handelt, sondern auch um die der Volkswirthschaft, der Volkskraft und der Belastung des Volkes. Der Kanzler selbst hat dies anerkannt, wenn er auf die wirthschaftliche Lage einging und sich auf die Vermehrung der Sparkasseneinlagen berief. Da hat er sich nicht auf den Grafen Moltke berufen, denn dafür nimmt ja auch dieser keine Autorität in Anspruch. Was sich praktisch mit dem Sparkassenwesen beschäftigt hat, weiß, daß man aus der Höhe der Sparkasseneinlagen keinen Schluß auf die Vermehrung des Volkseinkommens ziehen kann, denn die Sparkasseneinlagen sind nicht immer mühsam erdarbte Ersparnisse des Volkes. Die Sparkassentheilnehmer erstrecken sich bis über den Mittelstand hinaus, sogar in Kreise wohlhabender Leute, und wo die Kassen ein Maximum für die Einlage festsetzen, umgeht man diese Bestimmung künstlich durch Einrichtung von Sparkassenbüchern für alle Familienmitglieder. Wenn der Herr Reichskanzler eine Ahnung von dieser Praxis hätte (Heiterkeit), dann wäre er nicht zu dem Schluß gekommen, die Vermehrung der Sparkasseneinlagen resultirt aus der Reduktion des Zinsfußes der Werthpapiere. Man will lieber einen mäßigen Zinsfuß, aber dafür eine sicherere Anlage haben. Es handelt sich bei der Vermehrung der Einlagen also nur um eine anderweitige Placirung des vorhandenen Kapitals. Und wenn die Spareinlagen wieder abnehmen, darf man nicht auf eine Abnahme des Volkswohlstandes schließen. Das ist also ein Punkt, wo unser „beschränkter Unterthanenverstand“ mitsprechen kann. Gerade indem der Reichskanzler von der hohen Politik herabstieg zu dieser Frage des praktischen Lebens, hat er bewiesen, daß er nicht unfehlbar ist auf allen Gebieten, sondern daß sein Wissen auch bei der Militärfrage einer Ergänzung durch die Vertreter des Volkes bedarf, welche gerade gewählt sind, weil das Volk ihnen Verständniß für das praktische Leben zutraut. (Beifall links.) Der Herr Kriegsminister verlangt das Vertrauen zur Regierung, daß sie auch auf die Belastung des Volkes Rücksicht nimmt. Wozu dann die Wahlen, wozu der Reichstag? Der Kriegsminister hat in erster Linie die Anforderungen zu stellen, die der Zweck seiner Verwaltung sind, und ich nehme ihm das nicht übel. Je schneidiger ein Kriegsminister, desto mehr Soldaten will er haben, und ich glaube auch, daß er sich dabei beruhigt, wenn er die Ueberzeugung hat, daß das Volk die Last tragen kann. Weil das der Stellung eines jeden Ministers entspricht, hat man ein Parlament geschaffen, das berufen ist, die verschiedenen Forderungen des Ressorts abzuwägen. Sonst müßte ja in Bezug auf die Rechtspflege allein der Justizminister und in Bezug auf Steuerfragen allein der Finanzminister entscheidend sein. Wie der Kriegsminister am besten weiß, wieviel Soldaten er haben muß, so muß also der Finanzminister am besten wissen, wieviel Geld er braucht. (Heiterkeit.) Die Finanzminister können aber nicht einmal immer solche Autorität für sich in Anspruch nehmen, wie der Herr Kriegsminister, sie lassen manchmal zu wünschen übrig. (Heiterkeit.) Dann wäre der Reichstag das Allerüberflüssigste, was je geschaffen wäre.

Der Herr Reichskanzler sagt, in anderen Staaten wird viel leichter aufgelöst, als bei uns. Zwischen der Auflösung dort und hier ist aber ein gewaltiger Unterschied. Eine Auflösung in konstitutionellen Staaten hat die Bedeutung eines Appells an das Volk, bei welchem eventuell, wenn die Wahlen gegen die Regierung ausfallen, diese der kundgegebenen Volksüberzeugung nachgeben muß, **bei uns aber heißt, wie der Reichskanzler** gestern mit seiner gewohnten Offenheit selbst unzweifelhaft gelassen hat, Auflösung nur: die Neuwahlen mögen ein Ergebniß haben, welches sie wollen, wenn Sie mir den Willen nicht thun, gut, dann ist es auch noch so, dann thun wir erst recht nicht, was die Mehrheit will. Das ist die offenbare Theorie des Reichskanzlers: **Macht geht vor Recht** (große Unruhe rechts), nur schwach verhüllt durch eine Lückentheorie, erfunden zu diesem Zwecke aus der Verfassung. (Sehr wahr links.) **Das Volk wird durch die Auflösung nicht aufgefordert** zur Entscheidung, sondern zur Unterwerfung. „Bist Du nicht willig, so werde ich erst recht Deinen Willen beugen.“ Diese seine Politik ist nicht beherrscht von dem Mißtrauen nach außen, sondern durch das Bestreben einer Sicherung der Regierungsgewalt gegen das eigene Volk, durch das Mißtrauen gegen das eigene Volk. Das Volk wird dadurch aufgefordert, sich selbst ein Mißtrauen zu ertheilen, zu bekunden, daß es nicht im Stande ist, nach drei Jahren Abgeordnete zu wählen, welche für die Wehrkraft des Landes eintreten. Die ganze Politik des Reichskanzlers ist unverhüllt nichts anderes, als die alte Anschauung eines absolutistischen Geistes, der sich der konstitutionellen Entwickelung entgegenstellt. Er stellt es so dar, als ob die Vaterlandsliebe nur bei den Regierungen, nur bei den Fürsten zu finden sei. Was ist dagegen die Volksvertretung? Eine wechselnde Mehrheit mit mangelndem Pflichtgefühl, eine zufällige Mehrheit! Ich will eine ähnliche Kritik nicht fällen, wie der Wille der Regierungen entsteht, welche hohe Interessen, welche Kabalen, welche Zufälligkeiten dabei mitwirken, aber ich will hervorheben, daß die letzten absolutistischen Regierungen, die es in Deutschland gegeben hat, 1848 zusammengebrochen sind, lediglich weil sie durch ihre innere Haltlosigkeit ihre Autorität schon längst verloren hatten, ehe der äußere Sturm kam. Im Jahre 1866 hat der Reichskanzler noch gewußt, was ein deutsches Parlament bedeutet, wie wenig dagegen die Autorität der Fürsten und Regierungen bedeutet, ohne die Stärkung durch eine Volksvertretung. Der Herr Reichskanzler stellte es so dar, als sei der Reichstag nur durch seine Gutmüthigkeit zu Stande gekommen. Nein, der Reichstag war eine innere Nothwendigkeit, es war keine deutsche Einheit durchzuführen, ohne die Klammer des Reichstags. Dieser ist wie das Heer, ein Moment der Einigung. Die Rechte, die wir haben, sind uns auch nicht so freiwillig gegeben, wir haben sie in hartem Kampf mit geringer Mehrheit durchgesetzt. Jetzt wird der Reichstag als ein bloßes Ornament hingestellt, mag es nun gothisch oder byzantinisch sein. (Lachen.) Der Reichskanzler will kein konstitutionelles Leben, keinen Parlamentarismus, er will, was wir Scheinkonstitutionalismus nennen, eine Volksvertretung, unfähig, einen selbständigen Willen zu haben, aber ausreichend, der Regierung die Verantwortung abzunehmen. Durch eine solche Geldbewilligungsmaschine, sein Ideal, will er neue Steuern haben. Ein absolutistisches Regiment würde ein solches Maß der Verantwortung niemals auf sich allein nehmen, sondern nur gedeckt durch einen Reichstag. Der Zweck der Auflösung ist daher lediglich, mehr Geld zu erhalten; alle die Steuerprojekte, diese Lieblingsideen des Reichskanzlers, die er nie aufgiebt, sollen wieder hervorgezogen werden. Das Branntweinmonopol ist nicht todt, das Tabaksmonopol ist nicht todt, sie sind nur bis zu gelegenerer Zeit zurückgelegt. Fällt aber die Mehrheit bei der Neuwahl ebenso aus wie jetzt, dann wird die formelle Verfassungsrevision vorgenommen auf Grund der korporativen Berufsgenossenschaften, damit der Reichstag keine andere Bedeutung hat als die eines Konsortiums, um der Regierung die Verantwortung für neue Steuern zu erlassen. Das ist, um mit dem Herrn Reichskanzler zu sprechen, der Trick, der dabei aus dem Spiel herauskommt.

Die Person des Kaisers ist in diesen Fragen mehr als je in die Debatte gezogen worden. Unzweifelhaft ist der Kaiser der Führer des Heeres, und es wäre ein Unglück, wenn es anders wäre. Der Kaiser soll der Führer des deutschen Heeres sein, aber nicht der Führer der Parteien, der Führer des Reichstags und der Wählerversammlungen, das widerspricht unserer Verfassung. Wer die Standarte des Kaisers in die Wahlkämpfe führt, wer den Anschein erweckt, als gäbe es in Deutschland eine kaiserliche und eine antikaiserliche Partei, der trägt wahrlich nicht dazu bei, das Ansehen des Kaisers in Deutschland zu erhöhen! (Beifall links und im Centrum.) Es ist sehr möglich, daß man damit im Augenblick eine gewisse Wirkung erzielt. Aber die Erfahrungen, welche man in Frankreich mit den Plebisciten gemacht hat, sollte wahrlich uns davor warnen, dergleichen in Deutschland einzuführen. Denn nichts hat doch mehr dem monarchischen System in Frankreich geschadet und das Kaiserthum entwurzelt als jene äußerlichen Abstimmungen über die Existenz des Kaiserthums. (Sehr wahr! links.) Der ausbrechende Wahlkampf wird vielleicht heftiger werden, als irgend einer bisher; aber er wird nicht der letzte und wahrlich nicht der entscheidendste sein. Ob wir mit Vielen oder mit Wenigen aus diesem Kampfe hervorgehen, wir werden den Streit, den wir abbrechen, an demselben Punkte wieder aufnehmen, in der ruhigen Zuversicht, welche die Kraft der inneren Ueberzeugung bildet, daß die Interessen des Volkes und des Landes erheischen, daß den Grundsätzen, wie wir sie hier vertreten, auch in nächster Zeit schon eine Einwirkung auf die Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse in Deutschland eingeräumt werden muß. Gerade die Art, wie der Reichskanzler diesen Kampf auf sich nimmt, die künstliche Art, wie er diese Auflösung herbeiführt, die Hast, mit welcher sie ins Werk gesetzt wird, ist uns gerade ein Beweis dafür, daß auch der Reichskanzler selbst den Boden seines politischen Systems, die Grundlage desselben, nicht mehr für so sicher hält, auch für die nächste Zukunft (Oho! rechts), wie es vielleicht den Anschein hat. (Widerspruch rechts.) Aber alle solche Dinge, sie werden zuletzt doch nichts ausrichten, sie werden zuletzt doch nichts verschlagen, um einer anderen Richtung im Staatsleben den Weg zu vernageln. Wir bleiben bei der Ueberzeugung, daß die Zukunft — eine nicht allzu entfernte Zukunft — uns gehört, und in dieser Ueberzeugung werden wir, mit wenig oder viel, auch im neuen Reichstag ausharren, bis auch für unsere Sache der Tag des Sieges erschienen ist. (Lebhafter wiederholter Beifall links, wiederholtes Zischen rechts.)

(Reichskanzler Fürst Bismarck betritt den Saal.)

Abg. Dr. **Buhl** (natl.): Ich weiß nicht, ob der Reichskanzler Veranlassung haben wird, sich über seine äußere Politik mit dem Abg. Richter auseinanderzusetzen. Ich bin aber überzeugt, daß das deutsche Volk aus den Auseinandersetzungen der letzten Tage von Seiten des Herrn Reichskanzlers die Ueberzeugung gewonnen hat, wie meisterhaft seine Geschicke auch in diesen schweren Monaten geführt wurden. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ja sehr schwer nach einem rhetorischen Brillantfeuerwerk, wie es eben von dem Herrn Abg. Richter geleistet worden ist (Oh! links; Sehr gut! rechts) zu sprechen und wieder auf die Entwickelung der Dinge hier im Hause und in der Kommission zurückzukommen. Der Herr Abg. Windthorst hat an einem der ersten Tage ein Wort ausgesprochen mit der ausdrücklichen Betonung, es sei für die Wahlen bestimmt, und lautete damals: „Will das deutsche Volk Männer, die unbedingt bewilligen, was der Kanzler will, dann kann man die Kosten der Berufung sparen.“ Dieser Satz ist nicht neu, aber wir wissen Alle aus früheren Erfahrungen, welche Bedeutung dieser Satz bei den Wahlen hat und welche Rolle er bei den Wahlen spielt. Gestatten Sie mir deshalb, daß ich gerade an der Hand der Verhandlungen über diesen Gegenstand im Plenum oder in der Kommission Ihnen beweise, mit welchem Rechte dieser Satz bei dieser oder so vielen anderen Gelegenheiten ausgesprochen wird. Wir Alle haben bei der ersten Lesung gehört, wie der Herr Graf v. Moltke, wie der Herr Kriegsminister den Nachweis führten, daß unsere Heereskraft ziffermäßig dem französischen Heere nicht mehr gewachsen sei. Wir sind dann in die Kommission eingetreten; es ist uns da verschiedenfach der Nachweis über dieses Verhältniß zwischen der deutschen und der französischen Kriegsmacht weiter geführt worden, es ist uns der Nachweis geführt worden — ich betone dies besonders auch gegenüber von Rednern in diesem Hause, daß wir in unseren weiteren Rüstungen den Franzosen nur folgen. Dann hat der Herr Abgeordnete Windthorst in der Kommission die Erklärung über die auswärtige Politik vermißt. Der Herr Reichskanzler hat in seinen Ausführungen in diesem Hause jedenfalls in der überzeugendsten Weise nachgewiesen, daß wenn auch Deutschland in seiner zeitherigen Friedenspolitik sich durch nichts stören lasse, trotzdem die französische Revanchepolitik sich nicht unterdrücken lasse. Meine Herren, ich weiß ja was für eine Bedeutung auf Zeitungsstimmen zu geben ist, aber es ist doch ganz **interessant, was die neuesten Telegramme aus Paris melden:** „Nur ein Theil der Morgenblätter hat Zeit gefunden, diese Reden einer Besprechung zu unterziehen. Meistens gipfelt die Beurtheilung der vorliegenden Blätter darin, daß der Reichskanzler vollständig Recht hätte in Bezug auf die Gesinnung der französischen Nation, welche nichts thun werde, um den schrecklichen Zusammenstoß zu beschleunigen, aber auch nicht eher ruhen werde, bis Straßburg und Metz wieder gewonnen seien. (Hört, hört!) Der Herr Reichskanzler hat in seinen weiteren Auseinandersetzungen das Mißverständniß des Herrn Windthorst, das er in der Kommission schon für seine nur provisorische Bewilligung ins Feld geführt hat, als ob ein Bündniß mit Rußland bestehe, zurückgewiesen. Was war die Folge dieser ganzen Verhandlung? Ich glaube, daß es kaum jemals gelungen ist und gelingen kann, die Berechtigung einer Regierungsvorlage voll und ganz, wie sie gestellt worden ist, besser nachzuweisen, als es in diesem Falle geschehen ist. (Sehr richtig bei den Nationalliberalen und rechts.) Was war die Folge der ganzen Verhandlung? Daß wir in die zweite Lesung eintreten mit dem Prinzipalantrag der deutsch-freisinnigen Partei, nur einen Theil der Vermehrung der Armee zu bewilligen und mit dem Antrage des Centrums resp. der Mehrheitsparteien, die Bewilligung für 3 Jahre statt der verlangten 7 Jahre auszusprechen. Die Bedeutung dieses Antrages hat Ihnen ja der Herr Graf Moltke vorhin schon auseinandergesetzt. Ich hätte angenommen, daß nach der ganzen Stellung, welche Herr Abg. Windthorst früher gegenüber den Ausführungen des Herrn Grafen Moltke eingenommen hat, gerade diese ihn jetzt doch bestimmen müßten, den sieben Jahren nachträglich zuzustimmen. Ich kann nicht umhin, ich muß dabei bleiben, daß 3 Jahre bewilligen heißt eine Vermehrung von 48 000 Mann, und 7 Jahre eine solche von 120 000 Mann. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.) Es hat doch diese ganze Verhandlung in der Kommission und im Plenum bisher den Eindruck gemacht, wie wenn man in den gründlichen Verhandlungen nur die Gründe hätte suchen wollen, um nichts zu bewilligen. Es ist ja denkbar, daß die Herren vorher vielleicht schon in dieser Beziehung in ihren Entschließungen nicht mehr ganz frei waren. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Gestatten Sie mir aber jetzt noch mit kurzen Worten auf die ganze Entwicklung unseres Septennats einzugehen. Wir haben ja die ersten Beschlüsse in dieser Beziehung im Jahre 1874 gefaßt und es war ja da sehr interessant, was damals nachgewiesen wurde, daß Herr Abg. Windthorst, als seinerzeitiger hannoverscher Staatsminister in seinem Lande, nicht nur ein Septennat, sondern ein Aeternat, und zwar nicht mit Budgetrecht des Landtags, sondern in Verbindung mit Pauschquantum vertheidigt hat. (Hört, hört! Rechts und bei den Nationalliberalen.) (Reichskanzler Fürst Bismarck betritt den Saal.) Es war weiter bei den Verhandlungen vom Jahre 1880 — ich werde in dieser Beziehung ja nicht weiter citiren, aber ich muß Ihnen hier eine Ausführung des Herrn Abg. Rickert verlesen, weil dadurch der ganze Rechtsstandpunkt für unser Septennat aufs klarste dargelegt wird — da führte der Abg. Rickert bei der dritten Lesung des Militärgesetzes aus: „Ich habe aber nicht gesagt, daß lediglich aus Rücksichten für die Regierung“ — ich bemerke ausdrücklich, daß damals der Abg. Rickert es für nothwendig gehalten hat, in dieser Frage auf die Wünsche der Regierung ganz entschieden Rücksicht zu nehmen — „lediglich aus Rücksichten für die Regierung diesen 7 Jahren zuzustimmen, sondern, daß ich auch aus der ganzen geschichtlichen Entwickelung dieser Frage die Gründe herneh me, auf die längere Präsenzzeit mich einzulassen, wenn ich auch die einjährige für die vortheilhafteste für die Militärverwaltung halte.“

Meine Herren, ich glaube, daß das damalige Kompromiß nicht deutlicher gekennzeichnet werden konnte, als durch diese Worte, und daß deshalb die Vertreter der Reichsregierung ganz Recht haben, wenn sie behaupten, daß sie mit der jetzigen Vorlage nicht eine Kampfesvorlage gemacht haben, sondern daß sie sich auf den Boden des Kompromisses gestellt haben, das seinerzeit bei zwei Gelegenheiten vom Reichstage als zu Recht bestehend anerkannt wurde. (Sehr richtig.) Es wird ja nun hier und noch mehr im Volke draußen die Behauptung aufgestellt werden können, daß diejenigen, die der Regierungsvorlage zustimmen, für die Belastung des Volkes nicht die richtige Empfindung haben. Ich weise von dieser Stelle aus diese Behauptung für alle die, die für die Vorlage eintreten, vollauf zurück. Wenn wir aber die Belastung des Volkes zu prüfen haben, so müssen wir vorher auch bei einer solchen Vorlage die Frage prüfen, was auf dem Spiele steht, wenn die Belastung nicht voll ausgesprochen wird. (Sehr gut.)

Man hat für die einjährige Bewilligung hauptsächlich auch ins Feld geführt, daß ja unsere Flotte auch auf ein Jahr bewilligt werde. Ich glaube aber, daß dieser Beweis doch ein hinfälliger ist. Vergleichen Sie 2 Zahlen miteinander, vergleichen Sie, daß unsere Flotte einen jährlichen Aufwand von 48 Millionen — es ist das, glaube ich, der Etat von 1885 — und unser Heer einen Aufwand von 388 Millionen ausmacht. Dann aber mache ich doch darauf aufmerksam, daß unser Landheer für unsere ganze nationale Existenz, so hoch ich auch die Bedeutung unserer Flotte schätze, eine ganz andere Bedeutung hat, wie gerade die Flotte. Nun, m. H., lassen Sie mich an der Hand der Erfahrung prüfen, welche Aussicht wir für die künftigen Bewilligungen haben. Gestatten sie mir, da ganz kurz auf die Verhandlungen der Kommission zurückzukommen. Der Herr Abg. Windthorst hat hier — ich lese diese Stelle aus dem Berichte vor — ausgeführt, er sehe sich daher veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß man für die provisorische Bewilligung der 16 Bataillone deshalb sich ganz besonders ausgesprochen habe, um dem nächsten Reichstag oder uns selbst noch in dieser Session Gelegenheit zu lassen, auf die Sache zurückzukommen, wenn man über die Aufbringung der Kosten Klarheit habe. (Hört, hört.) Es ist also hier, wenn ich dem Herrn Abg. Windthorst konsequent weiter folge, die Folge dieser Ausführung, daß, wenn er sich in der Deckungsfrage mit der Regierung nicht einigen kann, er sich zu der entsprechenden Bewilligung für die Armee nicht wird entschließen können. (Sehr wahr.) Meine Herren, ich halte diesen Standpunkt doch für einen sehr bedenklichen, Dann aber auch, was haben wir denn für Aussichten, daß man sich dereinst über die Deckungsfrage verständigen wird? Welcher schroffe Widerstreit besteht in dieser Beziehung zwischen den beiden Flügeln der jetzigen Majoritätspartei? Der Herr Abg. Rickert auf der einen Seite verlangt eine direkte Reichseinkommensteuer, um diese Mehrausgabe zu decken, der Herr Abg. Windthorst will zwar auch die höheren Einkommen stärker zu diesen Lasten beiziehen, aber er protestirt ausdrücklich dagegen, daß dies auf dem Wege einer Reichssteuer geschieht, er verlangt, daß dies durch die Einzelstaaten geschehe. Sie sehen also, daß wir in dieser Beziehung sehr wenig Aussicht haben, auf die Deckungsfrage zurückzukommen. Ich möchte übrigens den Herrn Abg. Windthorst darauf aufmerksam machen, daß das, was er will, zum großen Theile ja schon durch die Regierungsvorlage erreicht wird; denn wenn die Regierungsvorlage einen großen Theil der Kosten auf die Matrikularbeiträge abwälzt, so ist ja das, glaube ich, die einzige Art, wie wir die Einzelstaaten zwingen können, ihre Steuerzahler, also hauptsächlich diejenigen, die eine größere Steuer zu bezahlen haben, mit dieser Summe zu belasten.

Ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Windthorst gesonnen ist, in einer schärferen Weise auf die Befugnisse der Einzelstaaten zurückzugreifen und ihnen hier vom Reichstage oder von der Reichsregierung aus Vorschriften zu machen, wie sie ihre Steuern aufzubringen haben.

M. H., lassen Sie mich jetzt übergehen zu dem eigentlichen Kern- und Brennpunkte, den diese ganze Frage für mich hat. Der Herr Abg. Hobrecht hat Ihnen schon ausgeführt, wie verhängnißvoll es wäre, wenn wir diese Frage zu einer Wahlfrage machen würden. Der Herr Abg. Richter hat in seiner Rede ja schon heute in Aussicht gestellt, daß dies geschehen solle; er hat gemeint, man werde es in den Wahlversammlungen wohl begreifen, daß es durchführbar sei, nach zwei Jahren etwas mehr Dispositionsurlauber zu entlassen, und damit sei der Streit beseitigt. Ja, m. H., glauben Sie denn, daß, wenn eine Frage von einer so schweren Belastung für das ganze Reich, die so schwere Lasten und noch schwerere verhältnißmäßig auferlegt, demjenigen, der zum Dienst berufen wird, wenn sie überhaupt einmal in die Wahlversammlung hineingetragen wird, daß diese Frage dabei stehen bleibt? Ich habe die Besorgniß, daß, wenn wir dahin kommen, daß, vielleicht **gegen den Wunsch dieser Herren, die Wahlversamm-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188701151-12/fragment/page=0006

ungen sie gegen ihre Absicht weiter reißen, als sie es selber beabsichtigen. Wir wissen ja in dieser Beziehung auch, wie es bei den Wahlen zugeht. Es wird wohl selten im parlamentarischen Leben so viel gesündigt, wie gerade bei den Wahlen.

Der Herr Abg. Windthorst hat uns gestern vorgeworfen, es sollen in Hannover die Nationalliberalen für die Sozialdemokraten gestimmt haben. Es wird uns erzählt, in Mannheim hätten die Ultramontanen für die Sozialdemokraten gestimmt. Also es liegt hier ja eine ganz besondere Gefahr vor, daß, wenn wir diese ganze Militärfrage in die Wahlversammlung hineintragen, wir dann zu einer Lösung dieser Frage kommen, die wir selbst nicht wünschen können, und die auch für Sie viel zu weit geht. Ich glaube, daß für die Interessen der nationalen Entwickelung, der ruhigen Fortentwickelung unserer ganzen nationalen Verhältnisse es ein schwerer Fehler ist, wenn man die Militärfrage zur Kampffrage und zur Machtfrage zwischen Reichstag und Regierung macht. (Sehr gut!)

Ich glaube, dazu ist unsere ganze Situation in Europa eine viel zu gefährdete, und, m. H., ich will Ihnen nur die entfernte Perspektive andeuten: welche Gefahr könnte entstehen, wenn einmal eine besser unterrichtete Regierung, als der Reichstag ist, aber eine schwache Regierung in dieser Frage zum Unheil des Vaterlandes dem Reichstage nachgäbe. Also wir wollen im Interesse der ruhigen nationalen Entwickelung unserer deutschen Verhältnisse diese Frage von dieser Stelle entfernen. Ich habe eigentlich die Empfindung gehabt, daß nach den ganzen letzten Ausführungen des Herrn Abg. Richter es staatsmännisch von ihm nicht richtig war, daß er in dieser Frage diese Stellung eingenommen hat. Wenn er all das voraussieht, was er wirklich ausgeführt hat, dann dürfte er meiner Meinung nach auf diesem Felde in dieser Frage den Kampf nicht aufnehmen, dann mußte er mit dazu beitragen, daß man in dieser Frage der Regierung folgte. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Meine Herren, lassen Sie mich zum Schlusse Sie bitten, im Interesse der Sicherung des europäischen Friedens, im Interesse der Sicherung unserer Grenzen, wenn es dann zum Kriege kommen sollte, und lassen Sie mich zuletzt und noch besonders sagen: lassen Sie uns zur Sicherung der ruhigen Weiterentwickelung unseren inneren Verhältnisse, der Regierungsvorlage ganz und voll zustimmen. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler Fürst **Bismarck**: Der Abg. Richter hat, wie ich höre, in seiner heutigen Rede — ich habe sehr bedauert, daß ich verhindert gewesen bin, ihm zuzuhören — gesagt, es wäre nicht wahr, daß in der bulgarischen Frage die Presse der verschiedenen Oppositionsparteien die Regierung beschimpft hätte wegen ihrer auswärtigen Politik. Es sei eine Entstellung, daß diese Presse zum Kriege mit Rußland aufgefordert habe. Er hat ferner gesagt: „Der Reichskanzler ist der bulgarischen Justiz mit diplomatischen Noten in die Arme gefallen, um zu verhindern, daß Hochverräther bestraft würden." Diese Aeußerung nöthigt mich, Ihre Zeit, die so kostbar und gemessen ist (Große Heiterkeit), auf eine Weise in Anspruch zu nehmen, wie ich ursprünglich nicht beabsichtigt hatte. Aber ich erlaube mir, bereitwilligst Ihnen diejenigen amtlichen Depeschen zu verlesen, die wir in Bezug auf das der Justiz In'sarmfallen damals gewechselt haben. Das erste ist eine Instruktion aus Berlin vom 1. September an den Konsul Herrn von Thielemann in Sofia: „Suchen Sie nach Möglichkeit zu hindern, daß Hinrichtungen stattfinden. Die friedliche Erledigung der Krise würde dadurch wesentlich erschwert werden." Das ist alles, in der Hauptsache alles. Die Antwort darauf, unterzeichnet: Frhr. v. Thielemann lautet: „Sofia, den 20. September. Ich habe die erforderlichen Schritte, um Hinrichtungen zu verhindern, gethan und günstige Aufnahme gefunden. Jedenfalls wird bis zur Ankunft des Generals v. Kaulbars nichts Entscheidendes geschehen." Diese Mittheilung kreuzte sich mit einer diesseitigen Mittheilung vom 19. September: „Der russische Botschafter hat unter Mittheilung der Thatsache, daß die bulgarische Regentschaft die in die Verschwörung vom 21. vorigen Monats verwickelten Offiziere vor ein Kriegsgericht gestellt und deren Verurtheilung und Exekution womöglich vor der Ankunft des Generals v. Kaulbars herbeiführen wollte, um Gegenvorstellungen in Sofia gebeten. Ew. Hochwohlgeboren wollen sich nach Einvernehmen mit dem österreichischen Kollegen mündlich im Sinne meiner früheren Weisung abmahnend aussprechen." — Weiter meine Antwort: „Berlin, 25. September. Aus Ihrem Telegramm vom 22. hat der Reichskanzler mit Befriedigung ersehen, daß die Gefahr der Ausführung von Hinrichtungen — „Ausführung" unterstrichen — beseitigt ist. Der Zweck der Ew. Hochwohlgeboren ertheilten Instruktion ist damit vollkommen erreicht, da dieselbe von Anfang an nur die Verhütung von Hinrichtungen im Auge hatte. Nach Ihrer mir vorliegenden Meldung darf ich annehmen, daß Ihre Aeußerungen innerhalb dieses Rahmens gehalten waren. Um den Erfindungen auswärtiger und fortschrittlicher Blätter schärfer entgegentreten zu können bitte ich Euer Hochwohlgeboren, mir ausdrücklich schriftlich zu bestätigen, daß Sie sich in Ihren Aussagen genau in der Grenze der Ihnen ertheilten Weisungen gehalten haben und sich demgemäß darauf beschränkt haben, von Hinrichtungen abzurathen." Ich bin auf diese Weise genöthigt gewesen, mich mit Aktenstücken von diplomatischen Agenten zu versehen und zu vergewissern gegen die unglaubliche alles Maß übersteigende Verlogenheit dieser Sorte von Presse. (Unruhe links.) Die Antwort des Herrn von Thielemann lautet: „Auf den Erlaß vom 25. d. M. beehre ich mich zu erwidern, daß ich mich genau im Rahmen meiner Instruktion gehalten habe und irgend welche weiteren Forderungen an die bulgarische Regierung nicht gestellt, sondern mich in anderen Fragen in Uebereinstimmung mit meinem österreichischen Kollegen gehalten habe. Die Hinausschiebung des Verfahrens ist uns lediglich als Mittel zum Zweck nützlich erschienen. Wenn jetzt Verurtheilungen zum Tode stattgefunden hätten, so wäre bei der Erregung des Offizierkorps für weitere Folgen nicht zu bürgen gewesen. Zu Drohungen und zu schärferer Sprache hätte ich auch, wenn ich Auftrag dazu gehabt hätte, nicht einmal Gelegenheit gehabt, denn Herr Karaweloff ging ohne weiteres auf meine Vorstellungen ein. Herr Stambuloff sagte mir drei Tage später spontan, daß eine Amnestie erlassen wäre. Mit andern Bulgaren habe ich über die Sache nicht gesprochen. (gez.) v. Thielemann."

Es ist also eine gänzlich aus der Luft gegriffene Erfindung als Grundlage für die Entstellung und Verläumdung der deutschen Regierung benutzt worden, und der Abg. Richter hat diese heute aus seiner Zeitung, die er wahrscheinlich gelesen hat (große Heiterkeit) reproduzirt. Was die Behauptung betrifft, daß die Oppositionspresse nicht zum Krieg gegen Rußland gehetzt hätte, liegen mir eine Reihe von Artikeln vor, die ich nicht umhin kann, als Beweisstücke hier in die Oeffentlichkeit zu ziehen. Ich hatte nicht die Zeit, sie hier alle zu berücksichtigen, ich nahm neulich nur heraus, was ich so obenauf las. So las ich vorgestern aus dem „Berliner Tageblatt" vor, daß es einen gesunden Krieg einem so krankhaften Frieden vorziehe. Die „Freisinnige Zeitung" vom 28. August schreibt über die Stellung Deutschlands gegen Rußland in der bulgarischen Frage: „Wenn man keinen Krieg führen will oder kann, wie die Offiziösen sagen, so mögen sie doch mindestens schweigen und nicht unser Volk in der Art verwirren." Hier liegt unzweideutig der Wunsch ausgesprochen, daß ein Krieg immerhin geführt werden mag. Dann die „Freisinnige Zeitung" vom 25. August: „Es giebt eine Grenze, wo die Unterwerfung unter den Willen des Zaren aufhören muß, und dieser nähern wir uns um so mehr, je mehr die russische Herrschaft und der Panslawismus durch Erfolge auf der Balkanhalbinsel gekräftigt werden. Dem muß endlich Halt geboten werden." Das heißt doch nichts anderes, als wir sollen Krieg führen. (Widerspruch links und Zuruf.) Was soll denn die vollblütige Phrase: „Jeden Groschen und jeden Mann" Rußland gegenüber, wenn wir jemals Rußland, dieses Reich von 100 Millionen, auf seiner Bahn aufhalten wollten. Die „Volkszeitung" vom 7. September schreibt: „Die türkische Weltherrschaft wurde einst nur dadurch verhindert, daß es ein Europa gab, daß vor Allem deutsche Schwerter die Türken aus der gesitteten Welt herausgetrieben haben; daß man der russischen Weltherrschaft gegenüber anders verfährt, zeigen die Ereignisse der beiden letzten Wochen. Europa hat sich nicht gerührt. Wenn die Russen so weiter vordringen, dann giebt es für Europa nur eine Alternative, unbeschränkte Herrschaft Rußlands oder ein Zeitalter von Kriegen, im Vergleich zu denen die Türkenkriege früherer Jahrhunderte nur ein Kinderspiel sind." — Am 30. August sagt die „Volkszeitung": „Wir hatten es kaum anders erwartet, glaubten aber, daß die Gewalt der Thatsachen stärker sein würde, als das Mißtrauen und die „Unentschlossenheit der Zunftsdiplomaten" — eine hübsche Unannehmlichkeit, die uns da gesagt wird. (Heiterkeit.) Weiter wird von einem ungeheuren Frevel gesprochen und von der Entrüstung des gesammten deutschen Volkes darüber. Das ist es, was mich an Hekuba erinnerte, es ist das, was ich neulich „weinerliche Deklamationen" nannte. Soll ich wirklich glauben, daß diese Artikelschreiber ihrerseits irgend welche Begeisterung für Bulgarien hätten? Ich will garnicht behaupten, daß sie finanziell in dieser Beziehung angeregt seien. (Heiterkeit.)

Wenn die in diesem Artikel ausgesprochenen Ueberzeugungen allein den Leuten angehörten, die bei diesen Zeitungen thätig sind, dann würde ich mich weiter gar nicht damit beschäftigen und sie wären gar nicht der Rede werth. Ich muß aber annehmen, daß wenn so viel angesehene liberale und klerikale Zeitungen dasselbe gesagt haben, das die volle ernste Meinung derjenigen Leute ist, die in der Opposition gegen die Regierung stehen und mit diesen Blättern Fühlung haben, welche die Majorität bilden und sie vielleicht auch in drei Jahren bilden werden. Vielleicht stehen wir dann einer Majorität gegenüber, die auf diese Melodie hin sagt: Jetzt führt Krieg mit Rußland, oder wir streichen euch so und so viel aus der Armee. (Heiterkeit rechts. Widerspruch links und im Centrum.) Die Majorität ist in diesen Artikeln vertreten, es sind die Blätter aller derjenigen Fraktionen, welche die Majorität bilden. Ich war darauf gefaßt, daß diese Majorität in der vorigen Session eine Interpellation in der bulgarischen Frage gegen die Regierung losließe. Nur die sozialdemokratische Partei wollte dies thun, aber die übrige Masse ließ sie im Stich. Soviel ich mich erinnere, war damals schon der Muth so gesunken, daß man sich zu einer Interpellation doch nicht mehr verstieg, weil man jene Theorie, ich will nicht sagen als absurd, aber doch als unhaltbar erkannt hatte. Die Majorität war ja vorhanden, aber sie hatte ihre Ansicht sehr rasch gewechselt. Kein Mensch trat für Bulgarien auf, und jetzt haben Sie's vollends fallen lassen. Wenn Sie also die Stellung der Majorität, die doch über die heutige Abstimmung jedenfalls entscheidet, auf ein so schwaches Rohr stützen, so wird diese Majorität sicher keine Dauer haben. Wenn die Existenz der Armee nicht ausschließlich in denjenigen Zeiträumen diskutirt werden soll, mit denen Kaiser und Bundesrath einverstanden sind, dann schwebt sie vollständig in der Luft. Wenn, wie in England, der Bestand der Armee abhängt von der Entscheidung wechselnder Majoritäten, dann ist keine Sicherheit mehr vorhanden, dann heißt es allein: „Videant consules" oder „videat imperator, ne quid detrimenti res publica capiat." Das ist dann die suprema lex.

In einem weiteren Artikel der „Volkszeitung" wird die Sache gar so dargestellt: Was hätten wir von all dem Blut und Schweiß, das dazu gehörte, das deutsche Reich zu ermöglichen, wenn wir nicht alle Kräfte für Bulgarien einsetzen wollten. Und solche Herrn bilden die Majorität der Abstimmung! (Beifall rechts. Lachen links.) Kann ich denn mit Sicherheit annehmen, daß die „Volkszeitung" ganz außer Zusammenhang mit irgend einem der hier Abstimmenden steht? Ich möchte es in der That wünschen. Die „Vossische Ztg." findet es sonderbar, daß man dem, den man erst vor 8 Jahren zum Frieden gezwungen hätte, jetzt gestattete, den Frieden auf den Kopf zu stellen. Es heißt dort: „Dann kann der also zusammengeflickte Friede auch nur auf den Werth des Papiers rechnen." Die Politiker dieser Richtung wollen also Krieg mit Rußland; darauf sind sie sehr bereitwillig einzugehen; und doch hat sich diese Bereitwilligkeit, diese Todesverachtung, diese todesmuthige Ueberzeugung, die sich in solchen Artikeln ausdrückt, in vier Monaten vollkommen geändert. Die „Germania" vom 1. Dezember sagt in einem Artikel: „Wir glauben also, ein großes Moment ist wieder einmal für Deutschland gekommen, Rußland die Straße nach Konstantinopel zu verlegen". Wir sollen also deutsche Truppen hergeben, um den Russen den Weg nach Konstantinopel zu sperren. Jedermann muß das als eine Absurdität erkennen. Da wir gegen Rußland offene Grenzen haben, ist es für uns viel mißlicher uns mit Rußland zu verfeinden, als wenn beispielsweise England dies thäte. England kann sich mit Rußland verfeinden, ohne zu besorgen, daß England selbst vom Kriege leidet. Der Krieg wird sich dann wahrscheinlich in Indien abspielen. Für uns ist es etwas Anderes, den Frieden zwischen zwei benachbarten Nationen zu stören, in deren Massen schon so manche Verstimmungen künstlich gehegt und geschürt werden. Das ist eine Ruchlosigkeit, der man garkeinen Vorschub leisten darf.

Als zuerst im Jahre 1867 die Möglichkeit eines französischen Krieges wegen der luxemburgischen Frage nahe trat, da war unter den Gründen, die mich bewogen, Frankreich nicht kriegerisch entgegenzutreten, namentlich auch ein neuer Krieg zwischen uns und Frankreich. Es wäre ja mit einem Feldzug nicht abgemacht gewesen, denn wer im ersten Kriege geschlagen worden wäre, hätte auf Revanche sinnen müssen. Wären wir geschlagen worden, so hätten wir einen zweiten Krieg voraussetzen müssen. Ich habe damals im Rathe des Königs gesagt: Es handelt sich nicht um einen einmaligen Krieg, sondern um eine ganze Reihe, vielleicht um ein halbes Jahrhundert der Kriegführung. Nun, ob und in wie weit ich in der Sache Recht gehabt habe, überlasse ich Ihrem Urtheil. Zu einem Kriege mit Rußland gehört vor allem, daß wir von Rußland muthwilligerweise angegriffen werden. Dann werden wir uns vertheidigen bis auf den letzten Blutstropfen, und wenn wir einer großen Koalition augenblicklich unterliegen sollten, dann würde eine Nation wie die deutsche, niemals zu Grunde gehen, und wenn auch, so ist es immer besser, mit Ehre unterzugehen, als mit Schande zu leben. (Lebhafter Beifall.) Das sind aber Sachen, auf die man wohl gerechnet hat, wenn man eine vorsichtige Politik in renommistischer Weise angreift, was aber nach Kräften zu verhindern die Aufgabe einer vaterlandsliebenden, ehrliebenden Politik ist, und wegen Bulgarien, wegen Hekuba, werden wir unser freundschaftliches Verhältniß mit Rußland nicht brouilliren und keinen Krieg zwischen Nachbarländern herbeiführen, die gar kein Interesse an einem solchen haben. Rußland wünscht kein deutsches Land zu erobern und wir kein russisches. Es können ja doch nur polnische Provinzen sein, von denen haben wir schon mehr wie genug. (Heiterkeit rechts.) Es ist also nicht der mindeste Grund, diese Politik zu ändern. Wenn man die Feindschaft mit Rußland künstlich zu schüren sucht, so kann ich mir das nicht anders erklären, als daß man hofft, durch einen Krieg eine Aenderung in der inneren Politik herbeizuführen, gerade so, wie solche Bestrebungen in Frankreich herrschen. Aber das ist doch nur ein theoretisches Rechnen. Ihren eigenen Landsleuten gegenüber ist die Regierung sehr viel stärker, wenn es in einem schwierigen, gefährlichen Kriege sich befindet, dann ist es Nothrecht, dann ist ihr Vieles erlaubt, was ihr im Frieden nicht möglich ist. Also auch diese Rechnung bewährt sich nicht. Ich kann mir nun sehr wohl denken, daß verschiedene Leute eine Aenderung der Zustände in Rußland wünschen, so besonders die Polen (Widerspruch bei den Polen); ich kann mir sehr wohl denken, daß den polnischen Bestrebungen mit einem Kriege gegen Rußland gedient wäre, aber die könnten doch nur dann günstige Resultate erhoffen, wenn der Gegner Rußlands der Stärkere wäre. Wenn Rußland siegt wegen der Schwäche seiner Gegner, weil uns die Mittel fehlen, welche wir heute verlangen, dann glaube ich, wird es den Polen viel schlimmer gehen in den preußischen und österreichischen Provinzen, wie heute. Wenn Galizien oder die Weichselgouvernements zu Rußland geschlagen würden, dann wäre das der Kampfpreis, den die Polen im Kriege davontragen würden, in dem sie auf Schwächung Deutschlands hinarbeiten.

Die „Germania" sagt ferner am 28. Oktober: „Es ist ein trauriger Gedanke, daß die Lage Europas derartig ist, daß man den Frieden nur fort und fort durch Trinkgelder an Rußland aufrecht erhalten kann". Wenn ein Blatt, wie die „Germania" so bemüht ist, uns Feindschaft mit den Russen zu schaffen und den Frieden zwischen Rußland und dem deutschen Kaiserthum zu stören, da könnte doch die Frage sich aufdrängen: würde die „Germania" eben so eifrig sein, wenn Rußland ein katholisches Land und dort ein katholisches Herrscherhaus wäre? Weiter sagt die „Germania": „[illegible] hat sich mit einem Schlage vollständig geändert. Europa hat sich vor Rußland rückwärts konzentrirt und zwar auf die bloße Drohung des Losschlagens. Europa beugt sich vor der vollendeten Thatsache, vor der Uebermacht. Die bloße Drohung mit Krieg genügt, um ganz Europa dem Willen Rußlands dienstbar zu machen. Wollen wir da nicht lieber den Widerstand gegen den Panslawismus ganz aufgeben? Sind das Kriegshetzereien oder nicht? Darf man daraus schließen, daß die Männer, die hinter diesen Blättern stehen, den Wunsch gehegt haben, uns mit Rußland in Krieg zu führen, dann wäre das sehr eigenthümlich. Ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, daß dieselben Parteien, die so bereitwillig sind, uns in den Krieg zu führen, uns die Mittel versagen, den Krieg zu führen, oder sie doch nur auf kurze Zeit bewilligen wollen, woran sich immer die Neigung knüpft, die Krise, die jedesmal mit diesen Verhandlungen verbunden ist, nicht zu lange aufzuschieben. Sieben Jahre des inneren Friedens und der inneren Ruhe kann eine eifrige Parteipolitik nicht vertragen. Sie braucht Gemüthsbewegungen und Kämpfe, bei denen der Rechtsboden der deutschen Verfassung erschüttert wird, öfter. Wir dagegen wünschen nur den Frieden nach Innen wie nach Außen und wünschen, daß nicht alle drei, sondern sieben Jahre die Frage, ob die deutsche Armee, d. h. das deutsche Reich und die Verfassung, denn ohne die Armee sind beide, wie selbst der Abg. Windthorst anerkannt hat, undenkbar, — fortbestehen soll oder nicht, erörtert werde. Mit Ihrer Kampfbegierde aber lassen wir Sie allein und sagen: Wenn Sie Händel brauchen, suchen Sie sie sich wo anders, bei uns sind sie nicht zu finden.

Es ist sogann — ich weiß nicht, von welcher Seite — auf die hannoversche Frage zurückgekommen, und zwar in ähnlicher Weise wie gestern vom Abgeordneten Windthorst. Der Vergleich, wie ihn der Abgeordnete Windthorst aufgestellt hat zwischen dem Bunde des ehemaligen Königs von Hannover mit dem französischen Kaiserthum und dem Bündniß zwischen Preußen und Italien im Jahre 1866 ist doch kein zutreffendes. Die Herstellung des Königreichs Hannover durch die hannöversche Legion im Gefolge des französischen Krieges war nur denkbar, wenn gleichzeitig der Rhein für uns verloren ginge, oder was Napoleon sonst etwa uns abnehmen wollte. Aber das Bündniß Preußens mit Italien hätte in keinem Falle Folgen nach der Seite hin haben können. Es wäre kein Verlust deutschen Landes ins Spiel gekommen, höchstens der Verlust des italienischen Landes, welches Oesterreich besaß. Soweit wir das Bündniß zwischen dem Hannöverschen König und Frankreich kennen, sollte uns fast die ganze Rheinprovinz bis Koblenz genommen werden, und in einem siegreichen Kriege hätte uns Napoleon sicher ganz Rheinland weggenommen. Wenn der Abg. Windthorst mir nicht nachweisen kann, daß in dem preußisch-italienischen Bündniß eine ähnliche Klausel oder unabweisliche Bedingung zum Nachtheil Deutschlands gestanden hat, muß er mir zugeben, daß sein Vergleich nicht zutreffend und daß nur seine Entrüstung und schmerzliche Bewegung, die sich bei ihm in Erinnerung an das ehemalige Königsthum geltend macht, ihn veranlaßt hat, die Sache in einem unrichtigen Licht zu sehen und darzustellen. Ich weiß nicht, ob die weitere Diskussion mir zu weiteren Aeußerungen Anlaß bietet.

Abg. Dr. **Windthorst**: Der Abg. Buhl scheint ganz vergessen zu haben, daß wir uns ganz zu Anfang dieser Diskussion erboten haben, der Regierung auf 7 Jahre ein Pauschquantum zu bewilligen, unter der Bedingung, daß sie sich verpflichtet, so lange mit keinen Neuforderungen zu kommen. Jedenfalls wollen und müssen wir, was man uns bestreiten will, Einfluß auf die Militärverwaltung haben, schon damit wir wissen, wie die Deckung für die Ausgaben gefunden werde. Der Reichskanzler hat sich auf die Sparkasseneinlagen berufen; will er uns aber den materiellen Nothstand des Landes beweisen, so müßte ich vor allem die Höhe der Hypothekenbelastung des Grund und Bodens im ganzen Lande kennen. (Sehr richtig! in Centrum.) Wie kommt es denn, daß mit einem Male der Reichskanzler und die Herren von der Rechten so reich sind? Sonst, wenn sie mit ihren Forderungen kommen, sind sie immer außerordentlich arm, da hört man Klagen über die Nothlage des Landes, wie nie zuvor. Wir werden uns das aber für künftig merken! (Beifall links und im Centrum.) Wir sind bereit auf drei Jahre alles zu bewilligen, und ich bin überzeugt, daß die Regierung am besten wegkommen würde, wenn auch der Militäretat jährlich bewilligt werden würde. Es würde da alles eben so glatt abgehen, wie es schon jetzt bei denjenigen Positionen der Fall ist, die alljährlich in den Etat kommen.

Um noch einmal auf die auswärtige Politik zu kommen, so habe ich bereits gesagt, daß ich es für ein Meisterstück der Politik des Reichskanzlers halte, daß er es verstanden hat, die Dreikaisermächte zusammen zu halten. In Bezug auf Bulgarien nun hat der Reichskanzler mehrere Zeitungsartikel aus dem September verlesen. Es war mir das sehr angenehm, denn ich war damals verreist und habe die damaligen Zeitungen nicht gelesen. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn er aber meint, daß alles, was in der Presse steht, von uns beeinflußt sei, so kommt dies daher, weil ihm eine Anzahl Blätter zur Verfügung stehen, die oft sehr gut seinen Ton zu treffen wissen. (Heiterkeit.) Es ist da in der offiziösen Presse ein Mann, der den Ton des Reichskanzlers ausgezeichnet nachzuahmen versteht, wir müssen darauf achten, denn eine Verwechslung kann zu allerlei Unzuträglichkeiten führen, namentlich in Bezug auf auswärtige Politik. (Große Heiterkeit.) Aber uns stehen solche Blätter nicht zu Gebote, die Parteien können nicht auf die Blätter einwirken, denn wir haben keinen Reptilienfonds. (Beifall und Heiterkeit links und im Centrum.)

Was nun Bulgarien selbst betrifft, so kann ich ihm sagen, daß ich persönlich mit seiner Politik im allgemeinen einverstanden bin. Aber es ist doch allerlei da vorgekommen, was man größeren Regierungen gegenüber nicht vornehmen dürfte. Wenn behauptet wird — was ich aber leugne — daß wir am Schwarzen Meere nichts zu thun haben, so hat doch Oesterreich sehr vitale Interessen dort. Wie nun, wenn Oesterreichs Interessen dort ins Spiel kommen? Wir haben zwar gehört, daß in unserem Vertrage davon nichts steht, und daß uns die Balkanhalbinsel nichts angeht. Wie soll es jedoch werden, wenn man z. B. Galizien von Oesterreich abtrennt? Ich muß sagen, die Bescheidenheit Rußlands stärkt man mit solchen Aeußerungen nicht!

Nun noch zwei Worte. Was ich von den Sonderbündeleien erwähnt habe, ist vollkommen zutreffend. Es handelt sich um die Frage, ob es richtig ist, daß bei einem Bundesvertragsverhältniß ein Mitglied des Bundes mit einem fremden Staate im Geheimen Pakta macht, die dazu dienen sollen, dieses Vertragsverhältniß mit Gewalt aufzuheben. So war das italienische Bündniß, und ähnlich war das Verhältniß von König Georg zu Napoleon. Der Reichskanzler ist dann eingegangen auf die Neutralitätsanerbietungen von 1866. Ich kann hier nicht die ganze Geschichte erzählen; ich zweifle nicht, daß der Reichskanzler sie nach seinem Gedächtniß richtig zu erzählen die Absicht hatte, aber richtig war seine Erzählung nicht. Ich will mich dafür einfach berufen auf das Geschichtswerk des Herrn Klopp. (Lachen rechts.) Es handelt sich hier um Thatsachen! König Georg hat sich einfach auf den Bundesvertrag gestellt und hat keinen anderen Vertrag gewollt, so lange der Bundesvertrag existirte. Er hatte nicht die Absicht, die Neutralität zu verletzen. Der beste Beweis dafür ist der Umstand, wie wenig Hannover auf den Krieg vorbereitet war, worüber der Reichskanzler sich aus dem Geschichtswerk des preußischen Generalstabes überzeugen kann. Ich möchte übrigens bitten, daß der Reichskanzler nicht immer von Neuem auf diese Dinge zurückkommt. Die Verhältnisse waren 1866 solche, daß wir nicht darüber ruhig diskutiren können. Die Parteien hier im Hause sind dabei in verschiedenster Weise engagirt. Wir sind jetzt im Reichstage, wollen gemeinsam wirken, gemeinsam die Reichseinheit aufrecht erhalten und auch den Reichskanzler unterstützen, soweit es möglich ist. (Beifall links und im Centrum.)

Sollte die Vorlage abgelehnt werden, so folgt durchaus nicht, daß auf Grund der Verfassung der Kaiser ihre Ausführung anordnen kann. Daraus, daß jeder dienen muß, folgt nicht, daß jeder herangezogen werden muß, es muß nur jeder kommen, wenn die Gesetze es verlangen. Nach § 60 und § 63 der Verfassung müssen eben besondere gesetzliche Bestimmungen erfolgen. Das ist unzweifelhaft, und ebenso, daß der Etat durch Gesetz festgestellt werden muß. Wenn das Gesetz nicht zu Stande kommt, dann hat vorläufig noch das Septennat weiter zu gehen, noch über ein Jahr. Wenn man einseitig vorgeht, würde man dieses Abkommen verletzen, und außerdem die Verfassung und die Gesetze. Ich will abwarten, ob man so weit geht. Meine Ansicht ist, wenn die Regierung alle Mannschaften und alles Geld erhält, kann sie zufrieden sein, und wenn die verbündeten Regierungen das nicht annehmen, so haben sie offenbar noch andere Absichten. — Was die Einkommensteuer betrifft, so meine ich allerdings, daß, wenn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870115 1-12/fragment/page=0007

die Masse des Volks die wannyhaften stellt, die wohlhabenderen Klassen das Geld geben sollen. Für eine Reichseinkommensteuer aber bin ich mit meinen Freunden nicht, aber ich bin dafür, daß sie in den Einzelstaaten durchgeführt wird. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler **Fürst Bismarck:** Der Abg. Windthorst befürchtet, daß die Regierung eigenmächtig vorgehen will. Ich kann ihn darüber beruhigen. Wir hoffen immer noch, daß die Majorität des Reichstags unsere Forderungen bewilligen wird. Geschieht das nicht, so habe ich mir eine Zusammenstellung der bezüglichen Bestimmungen der Verfassung gemacht, die ich hier vortragen will. Nach § 62 wird bei der Feststellung der Ausgaben die auf Grundlage dieser Verfassung festgesetzte und feststehende Organisation des Heeres zu Grunde gelegt. Was ist denn unter dem Grund dieser Verfassung „gesetzlich feststehende Organisation?" Das ist nach § 59 und § 63 Absatz 4 zu bestimmen. § 59 bestimmt, daß jeder 3 Jahre bei den Fahnen zu bleiben hat, und § 63 Absatz 4 giebt dazu das Moderamen, daß der Kaiser den Präsenzstand bestimmt. Das ist doch so einfach und klar wie möglich und das alteriert nicht, daß, so lange das Septennatsgesetz von 1881 noch gelten wird, es den verbündeten Regierungen und dem Kaiser nicht einfallen wird, vorher unter Ignorirung dieser Grenzen, die durch das Septennat gezogen sind, diese zu überschreiten. Aber das verschwindet, wenn dieses abgelaufen ist. Es fällt uns nicht ein, dieses Gesetz überschreiten zu wollen. Es ist so möglich, daß, wenn die Auflösung eintritt, ein Zeitraum verläuft, in welchem wir den Reichstag nicht gegenwärtig haben und von ihm keine Mittel erhalten können, welche nothwendig sind. Wird es dann nöthig werden, so wird, glaube ich, der Kaiser als König von Preußen immer noch die Möglichkeit haben, sich vertrauensvoll an seinen preußischen Landtag zu wenden, um die nöthigen Mittel zu erlangen (Beifall rechts, Unruhe links).

Der Abg. Windthorst hat auch angedeutet, daß die Regierung, wenn sie die dreijährige Zeit ablehne, doch auch Hintergedanken haben müsse, die sie nicht aussprechen. Diesen Vorwurf gebe ich vollständig zurück. Wenn Sie die sieben Jahre ablehnen, die Sie eben so gut annehmen könnten, so müssen Sie auch Hintergedanken haben, und wenn ich die eben so erklärten soll, wie der Vorredner unsere Absichten, so bezeichne ich sie als die Intention, die in der Verfassung gezogene Grenze zwischen der parlamentarischen und Regierungsgewalt verschieben zu wollen, ein Urtheil der öffentlichen Meinung des Reichs und in der Praxis, und eben darauf, das wiederhole ich, werden wir uns nicht einlassen. Die Machtverhältnisse, so wie sie nach der Verfassung gegeben sind, werden wir gewissenhaft festhalten und beobachten. Aber ich wünsche nicht, daß Sie Ihrerseits zu den nicht saturirten Mächten gehören. Sie wollen erobern, wir wollen den alten Stand in dieser Sache festhalten. Sie verhalten sich einigermaßen zu uns, wie die Franzosen zu Deutschland, möchte ich sagen, (Heiterkeit rechts), die erobern wollen und uns das uns gehörende Elsaß wieder abnehmen. Der Vorredner hat sich für die Verhältnisse von 1866 auf die Klopp'schen Werke berufen und sie Geschichtswerke genannt. Ich habe sie als unparteiische Geschichtswerke bisher von keiner Seite bezeichnen hören. (Beifall rechts. Abg. Windthorst ruft: Dokumente.) Gut, wenn Sie sich auf Dokumente berufen, so werde ich nächstens, was ich bisher unterlassen habe, meinerseits, wenn Se. Majestät der Kaiser es genehmigt, die Dokumente der Oeffentlichkeit übergeben. Sie werden dann sehen, wie die Dinge eigentlich stehen. Der Vorredner hat damit begonnen, daß er meine Data wegen der Sparkassenein lagen theils angefeindet, theils in Widerspruch zu bringen gesucht hat mit den finanziellen und wirthschaftlichen Beschwerden, die sonst und auch von meiner Seite vorgebracht werden. Ja, diese Sparkassenein lagen sind ja kein Beweis davon, daß die ganze Nation reich ist. Aber sie zeigen doch, daß derjenige Theil der Nation, der in die Sparkassen einzulegen pflegt, in seiner Wohlhabenheit bestehen geblieben ist, das ist unzweifelhaft (Lebhafter Widerspruch links, Zustimmung rechts). Wir haben Arm und Reich bei uns. Es sind aber die Hauptfeuerquellen dem Reich übergeben worden, und da stellen Sie sich mit einer Obstruktionspolitik uns gegenüber, die nicht zu überwinden ist. Daß die landwirthschaftlichen, also die Interessen der großen Mehrheit, von zwei Drittelen der Bevölkerung nicht in genügendem Zustande sind, werden Sie daraus ersehen, wenn ich Ihnen die Durchschnittsziffern gebe, nach Provinzen geordnet. Da werden Sie erkennen, daß am tiefsten im Durchschnitt stehen die ackerbautreibenden Provinzen und am höchsten die Handel und Industrie treibenden. Also es kommt auf jeden Kopf in der ganzen preußischen Monarchie 80 Mk. Sparkassenein lage. Nach den Landesstheilen sind erheblich darunter Ostpreußen mit 15 Mk., Westpreußen mit 22 Mk.; Brandenburg hat 54 Mk., Posen 15 Mk., also wie Ostpreußen, Schlesien 44 Mk., Hannover 105 Mk., Westfalen 192 Mk. Sie sehen also, daß die rein Ackerbautreibenden lange nicht so hohe Einlagen haben, wie die Industriellen, und daß also der Nothstand der Landwirthschaft wirklich da ist. Vor allem geht daraus hervor, daß der Arbeiterstand, von dem die Haupteinlagen herrühren, seit Einführung der Schutzzölle in seinen Sparkassenein lagen herausgegangen ist.

Der Vorredner hat dann den Zusammenhang von Reichstagsmitgliedern mit den Zeitungen ganz bestimmt zurückgewiesen. Er hat damit vielleicht einzelne hervorragende Persönlichkeiten im Sinne gehabt, vielleicht seinen ihm nächst stehenden Geschäftsfreund, den Abg. Richter. (Große Heiterkeit.) Der hat gewiß keine Beziehungen zur Presse. (Heiterkeit.) Im Reichstagskalender ist er allerdings als in dieser Richtung thätig angegeben. Wenn ich die „Germania" angeführt habe, als ob der Vorredner auf sie Einfluß habe, so weiß ich ja, daß die „Germania" in der Oeffentlichkeit so angesehen wird, als ob sie ganz auf eigenen Füßen steht und von dem Abg. Windthorst zurückgewiesen wird. (Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete hat außerdem gesagt, daß ich mit den Zeitungen besondere Verbindungen habe und zuweilen dort selbst erschiene. Mein Stil sei ja bekannt. Das ist mir sehr schmeichelhaft. Er hat ja im Ganzen einen viel besseren Stil als ich; ich weiß nicht, worin er meinen Stil erkannt haben will. Er irrt sich aber doch, wenn er Zeitungsartikel mir zuschreibt. Bedenken Sie, was mir eine Zeitung sonst auf mir ruht, und für einen lässigen Arbeiter werden mich doch selbst meine Gegner nicht halten. Meine Gegner haben aber nichts zu thun, als für die Presse zu arbeiten und in den Reichstag zu gehen. (Sehr richtig! rechts), und wenn sie das besorgt haben, sind sie fertig mit ihrer Arbeit. (Beifall und Heiterkeit rechts.) Ich bestreite gar nicht, daß ich auch Verbindungen mit den Zeitungen habe, indem ich Auftrag gebe, Artikel zu schreiben, und sie mir dann vorlesen lasse, schon darum, ob sie nicht am Ende Unhöflichkeiten gegen den Reichstag enthalten. (Stürmische Heiterkeit.) Aber ich kann doch unmöglich für alles, was in diesen Zeitungen enthalten ist, verantwortlich gemacht werden. Das mag so in 14 Tagen einmal vorkommen, daß ich ein solches Erleichterungsbedürfniß habe. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete hat ferner zu verstehen gegeben, er wisse nicht so recht, was in dem österreichischen Bündnißvertrag stehe und was für Ziele derselbe überhaupt habe. Da möchte ich ihn doch bitten, sich mit dem alten Spruch zu beruhigen: „Allwissend bin ich nicht, doch ist mir viel bewußt." (Heiterkeit.) Ihm ist ja **viel bewußt, aber es muß doch einiges geben, was er nicht weiß. (Heiterkeit.)**

Er hat dann eine schwere Anklage gegen uns erhoben, daß wir uns von dem Boden der Verfassung entfernen wollen. Das hat aber in dem, was ich gesagt habe, gar nicht gelegen. Die verbündeten Regierungen haben ja wohl die Absicht, sich vor der Negation eines noch anders komponirten Reichstags zu schützen. Das ist aber kein Loslagen von dem Boden der Verfassung. Wir bleiben auf dem Boden der Verfassung. Wenn wir, durch die Auflösung gezwungen, zu etwas anderem gelangen, so werden wir inzwischen die Wähler zu übergezeugen suchen. Das ist ja außerordentlich schwierig, und es stehen uns nicht viele Zeitungen zu Gebote. Aber wir werden nicht müde darin werden, und zuletzt wird es uns auch gelingen. Recht muß Recht und Wahrheit muß Wahrheit bleiben. (Lebhafter Beifall rechts.) Davon seien Sie überzeugt, wir werden alles, was uns erlaubt ist, für die Sicherheit des deutschen Reiches und seiner Einigkeit zu thun suchen.

Der Vorredner hat ferner wieder den Accent darauf gelegt, daß zwischen drei und sieben Jahren eigentlich prinzipiell doch gar kein Unterschied sei. Prinzipiell mag das sein, es liegt aber doch ein großer materieller Unterschied darin, es werden vier Jahre gewonnen. Hauptsächlich aber wollen wir die Tradition des Kompromisses unsererseits nicht schädigen, weil es in der That die einzige Möglichkeit ist, bei einer konstitutionellen Verfassung dauernd in Frieden zu leben. Es giebt keine Verfassung, und wenn die geschicktesten Leute sie redigirt hätten — dann vielleicht erst recht — außer der englischen, die gar nicht geschrieben ist, die nicht Lücken hätte, wo die Lückentheorie nicht in hundert Fällen Anwendung findet, die immer nur durch Kompromisse überwunden werden. Wir haben in unserer Friedensliebe 1881 dieses Kompromiß geschlossen. Wir sind bereit, es wieder zu thun, Sie aber nicht. Sie wollen sich von diesem Kompromiß lossagen und sagen: warum soll man nicht alle 3 Jahre von neuem beschließen? Ja, wenn wir das zugeben, dann werden Sie nachher kommen und werden sagen: warum nicht alle 2, nicht 1 Jahr? (Sehr gut! rechts.) Ich möchte aber nicht in jedem Jahre dies ventilirt haben. Sie können schließlich noch zur Abschaffung der Armee kommen. Für mich besteht außerdem noch ein ganz persönlicher Grund, weshalb ich für 7 Jahre bin, ich hoffe in 3 Jahren noch zu leben, in 7 Jahren aber nicht, (Bewegung) und dann alles dieses Elends überhoben zu sein. Dann lebt vielleicht der Abg. Windthorst — ich wünsche ihm ja noch recht lange zu leben — auch nicht mehr. Dann werden sich die Uebrigbleibenden besser vertragen, wenn wir Beide weg sind. (Beifall rechts.)

Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorff:** Der Herr Abg. Richter sagt, der französische Kriegsminister erreiche eine Erhöhung der Präsenzstärke, indem er durch eine geringere Dienstzeit die Mittel dazu beschaffe. Für Jemand, der es nicht weiß, könnte das scheinen, als ob die thatsächliche aktive Dienstzeit der französischen Infanterie geringer sei als bei uns. Das ist nicht der Fall. Die aktive Dienstzeit der französischen Infanterie wird unter allen Umständen nicht heruntergehen unter die, welche wir schon seit einiger Zeit haben, die wir nicht erhöhen, aber auch nicht herunterstehen wollen. Frankreich kommt uns nur einen Schritt nach, den wir bereits gethan haben. Deshalb können wir unsere Dienstzeit nicht herunterlassen, das widerspricht dem militärischen Interesse und würde zur Folge haben, daß, was Sie uns an Zahl mehr bewilligen, Sie uns an Qualität schädigen.

Der Herr Abgeordnete hat dann unter steigender beifälliger Heiterkeit seiner Fraktionsgenossen das Argument von der parlamentarischen Marine, den parlamentarischen Eisenbahntruppen, dem parlamentarischen Generalstab und Kriegsministerium ꝛc. entwickelt und hat damit geschlossen: „Der Kriegsminister steht mich ganz verwundert an." So weit habe ich mich nicht vergangen. (Heiterkeit.) Ich hatte auch keine Veranlassung dazu. Worüber hätte ich mich wundern sollen? Mir ist ja alles längst bekannt, was der Abgeordnete in dieser Beziehung gesagt hat, daß ein großer Theil unserer Positionen im Offizieretat der jährlichen Etatsfeststellung unterliegt. Ueber die Deduktionen, die er daraus gezogen hat, mich zu wundern, dazu bin ich zu höflich. Ich bin aber verpflichtet, ihm vorzuhalten, daß seine Deduktionen ganz unrichtig sind. Was das Eisenbahnregiment betrifft, so gebe ich zu, das ist der einzige Punkt, mit dem man uns treffen kann. Ich habe bereits in der Kommission erklärt, aus welchen Gründen das Eisenbahnregiment nicht unter das Reichsmilitärgesetz fällt. Wenn wir uns nach einiger Zeit, wie ich annehme, wiedersehen werden, werde ich dafür wirken, daß diese vier Bataillone unter das Gesetz gestellt werden. Daß sie jetzt demselben nicht unterliegen, liegt daran, daß das erste Bataillon damals noch ausgenommen wurde, weil es erst in der Entwickelung begriffen war und ungefähr unter dieselbe Rubrik fällt, wie die übrigen Positionen, die der jährlichen Feststellung unterliegen. Das wollen wir also ausscheiden. Was die „parlamentarische Marine" anbetrifft, so habe ich schon in der Kommission den wesentlichen Unterschied zwischen der Marine und dem Heer dargelegt, welcher rechtfertigt, daß für die Marine eine Feststellung auf längere Zeit nicht existirt. Die Entwickelung unserer Marine hat noch nicht den Abschluß gefunden, wie unsere Heeresorganisation. In der Marine existiren solche Schöpfungen, die Dauer haben, überhaupt nicht. Aus den Matrosenabtheilungen wird die Besetzung der einzelnen Schiffe gebildet, und das wechselt mit jedem Jahr, wenn auch manchmal ein Schiff auf mehrere Jahre fortgeht. Mit einem Wort, es sind ganz andere Verhältnisse, die Sie nicht vergleichen können mit der Armee.

Was die Bestimmung des § 4 des Reichsmilitärgesetzes betrifft, daß die nothwendigen Stellen durch den Etat festgesetzt werden, so vergessen Sie nicht, daß dieser § 4 nicht isolirt dasteht, sondern § 1 mit der Angabe über die Präsenzstärke voranseht, und daß in § 3 die Bestimmungen stehen, wie die höheren Verbände zusammengesetzt werden sollen, so daß also für die Ausführung des § 4 schon eine feste gesetzliche Grundlage gegeben ist. Wir wollen nun nicht, daß Sie uns diese Grundlage nach drei Jahren unter den Füßen wegziehen können. Nun sagt der Abgeordnete, der Kriegsminister ist selbst in dieser Lage, das Kriegsministerium, der Generalstab müsse alle Jahre bewilligt werden. Nein, in dieser Lage sind wir nicht. Wenn Sie heute ein Gesetz einbrächten, daß das Kriegsministerium wirklich alle drei Jahre einer neuen Bewilligung unterworfen sein soll, so würden die verbündeten Regierungen unter keinen Umständen darauf eingehen. Der Vergleich ist ganz unzutreffend.

Nun sagt der Abgeordnete, wenn der Reichstag, wo es sich um eine so große Belastung handelt, nicht nach drei Jahren mitsprechen soll, wozu ist dann der Reichstag überhaupt da? Da kann ich ihm antworten: Wenn Sie darüber bestimmen wollen, wozu sind denn die verbündeten Regierungen da? Wir haben doch auch ein Interesse daran. Er sagt ferner: er könne den Standpunkt des Kriegsministers verstehen, wenn er das Land möglichst wehrkräftig machen will und nicht genug Soldaten haben kann. So ganz richtig ist das auch nicht. Ich muß auch die anderen Fragen beachten. Aber wenn erst der Reichstag das thun soll, so ist ein langer Weg bis dahin. Das Reichsschatzamt bewilligt mir auch nicht alle Forderungen. Ich will nicht aus der Schule plaudern, aber manches wird mir da gestrichen.

Der Herr Abgeordnete hat nun in der Frage, wie nothwendig es sei, das Gewicht des Parlaments bei dieser Bewilligung sich geltend machen zu lassen gegenüber der absoluten Monarchie — von welch' letzterer er andererseits behauptet, eine absolute Monarchie würde in ihren Forderungen nicht so weit gehen — auf den Zusammenbruch der Staaten im Jahre 1848 Bezug genommen und gesagt, man hätte damals gesehen, wie die Staaten zusammengebrochen seien in Folge ihrer inneren Haltlosigkeit. Diese Bezugnahme war außerordentlich unglücklich. Welcher Staat ist denn am schwersten dabei mitgenommen worden? Wo ist die größte Unordnung gewesen? Ich will diesen Staat nicht nennen, aber Sie werden wissen, dieser Staat hatte eine konstitutionelle Verfassung, auch in Bezug auf die Armee, und trotzdem brach alles in Trümmer. Das spricht alles gegen die Deduktionen des Abgeordneten. Und wenn wir weiter gehen, wie ist es denn in Frankreich gewesen? Louis Philipp war gewiß ein konstitutioneller König; kein Mensch wird ihm den Vorwurf machen, daß er es nicht war. Was hat ihm das geholfen? Das Königthum ist wichtiger für die Erhaltung der Zustände des Landes als das Gewicht des Parlaments. Und das muß sich auch in der Armee bemerkbar machen, wenn dahin gestrebt wird, die Macht des Parlaments zu entwickeln in Bezug auf die Erfüllung der Lebensbedingungen der Armee. (Beifall.)

Abg. **v. Kardorff** (Reichspartei) führt aus, daß das Anerbieten der drei Jahre kein Anerbieten sei, sondern lediglich Verweigerung; denn das Anerbieten werde an eine Bedingung geknüpft, die der Bundesrath, der an Septennat festhält, nicht annehmen könne. (Widerspruch links und im Centrum.) Redner geht sodann auf die Entstehungsgeschichte des Septennats über; die Regierung hätte 1874 das Aeternat erhalten, wenn sie dabei stehen geblieben wäre; sie habe aber das Kompromiß auf 7 Jahre vorgeschlagen und der Reichstag sei bereitwilligst darauf eingegangen. Jetzt sollten nun vier Jahre abgezwackt werden. (Oho! links und im Centrum.) Die dreijährige Periode sei die allerschlechteste, weil dadurch die Armeefrage in die Wahlen hingerissen würde; eher ginge deshalb die einjährige Bewilligung, wenn sie praktisch denkbar wäre. Eine Verquickung der Heeresfrage mit den Wahlen würden er und seine Freunde nun und nimmer zugeben. (Beifall rechts.)

Daß die klerikale und freisinnige Presse gelegentlich der bulgarischen Wirren zum Kriege gehetzt hätte, sei nicht wegzuleugnen (oho! links), allerdings nehme er gern an, daß dies nicht bewußt geschehen sei, aber Artikel, wie sie heute der Reichskanzler verlesen, spitzten lediglich eine derartige Hetzwirkung haben. Die Opposition arbeite auch hier mit ihrem Verhalten nur dem Ausland in die Hände. Einen Beweis dafür erblicke er in dem Verhalten, welches, wie ihm mitgetheilt werden, der Abgeordnete Antoine bei der Abstimmung beobachten wolle, da er nämlich die von der Opposition beantragten 3 Jahre für so nützlich halte im französischen Interesse, so werde er sich bei der Abstimmung entfernen. (Oho! lebhafter Widerspruch im Centrum. Rufe: „Zur Ordnung!")

Präsident **von Wedell:** Der Herr Abg. v. Kardorff hat soeben ein Mitglied des deutschen Reichstages besichtigt der Thätigkeit im französischen Interesse, ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Der **Reichskanzler** verläßt das Haus.

Abg. Dr. **Bamberger** (deutschfreis.): Die Verhandlungen des Hauses über diese Sache leiden augenscheinlich darunter, daß jetzt eine andere Basis, als bei Beginn der zweiten Lesung verhandelt wird, geblödet worden ist. Wenn wir bei der ersten Lesung gewußt hätten, was wir bei Beginn der zweiten erst erfahren haben, dann hätten wir uns eine ganze Menge von Zeit und Kopfzerbrechen erspart. Jetzt heißt es, wenn nicht jedes Wort und jeder Buchstabe angenommen werde, so könnten die verbündeten Regierungen ihre Zustimmung nicht geben. In dem Verhalten der verbündeten Regierungen, wo es uns jetzt durch den Mund des Reichskanzlers kund gethan ist, finde ich eine vollständige Desavouirung dessen, was in der Vorlage und im Verhalten der Regierung bis zur zweiten Lesung geschehen ist. In der ganzen Debatte der ersten Lesung, in den Motiven der Vorlage, dem ganzen Verfahren innerhalb der Kommission, ist die Regierung von dem Gedanken ausgegangen, daß die Bewaffnung und die Präsenzziffer, wie sie sie vom deutschen Reichstage verlangt, wesentlich von der Voraussetzung ausgehe — ich will nicht sagen von der Wahrscheinlichkeit — aber von der nahelegenden Möglichkeit eines Angriffes von 2 Seiten. Immer wurde der Gedanke ventilirt, welcher Kräfte bedarf Deutschland, welcher Armee, wenn es in die Lage kommt, von Osten und von Westen zugleich angegriffen zu werden? Wozu sind uns denn die vertraulichen Mittheilungen in der Kommission gemacht über unsere östlichen und westlichen Nachbarn? Woher hat man sich denn seitens der Regierung nicht nur in die Diskussion eingelassen, sondern sogar die Initiative dazu ergriffen, darüber, wie sich die Kräfte unserer Nachbarn im Osten und Westen verhalten? Jetzt kommen wir hierher und erfahren, daß dieses gänzlich unnöthig ist. (Es heißt plötzlich einfach: Ihr habt Euch nur vor die Frage zu stellen, ob 7 Jahre oder gar nichts. An den uns gegebenen Versicherungen friedlicher Bestrebungen der Reichsregierung habe ich niemals gezweifelt, aber welchen Grund haben wir denn, die Verhältnisse in dieser großen Erregung zu behandeln? Es ist dies ein Recht, glaube ich, von der Stimmung nach Schilderung der uns drohenden doppelten Gefahr, die ja eben jetzt nicht mehr bestehen soll. Es ist den verschiedenen Parteien, welche zu der Opposition gehören, vorgeworfen worden, daß sie Deutschland in Krieg mit Rußland hätten verwickeln wollen. Der Reichskanzler hat ja selbst es ausgesprochen, keine Presse wird im Stande sein, die deutsche Regierung in einen Krieg zu bringen, den sie nicht führen will. Davon ist nicht nur der Reichskanzler, sondern auch die deutsche Presse selbst sehr wohl überzeugt. Die Anklagen nahm der Reichskanzler aus dem „Tageblatt", der „Germania" und aus einigen anderen weniger bedeutenden Blättern. Ich wäre nicht erstaunt gewesen, wenn er nicht zuletzt auch Wippchen aus Bernau citirt hätte, um zu beweisen, daß die Presse zum Kriege gedrängt habe. Wenn aber Herr von Kardorff gar kommt und die deutsche Presse anklagt, schuld daran zu sein, daß der Panslawismus Haß gegen Deutschland hegt, so muß ich diese seine Kenntniß der Dinge außerordentlich bedauern. Ich stelle sie lieber auf Rechnung seiner leichten Erregbarkeit. Die geringe Zuneigung Rußlands zu Deutschland ist älter, als der Panslawismus. Wir Deutschen sind ja leider überhaupt bei allen Nationen nicht sehr beliebt. Ebenso steigert auch Herr von Kardorff die Beschuldigung der Opposition, indem er sagt, der Reichstag wolle gar nichts geben.

Herr von Kardorff beschuldigt uns, die Frage des Septennats zum Objekte eines Wahlkampfes machen zu wollen, das sei nicht praktisch. Nun, wer will denn den Wahlkampf haben? Wer diese Frage in den Wahlkampf bringen will, ist die Rechte, sind die Freunde der Regierung. Damit glauben Sie das Kunststück zu verdecken, daß man jetzt einen Wahlkampf will? Ich habe meinen Freunden schon vor Wochen gesagt: „wir werden aufgelöst." Denn der Reichskanzler, wie ich ihn zu kennen glaube, sagte sich: „Im Oktober muß ich doch die Wahlen haben, eine bessere Wahlparole kann ich aber nicht haben als die Militärvorlage", also überlegte er es sich und brachte plötzlich die Militärvorlage. Nun wiegte man sich in die Hoffnung, die Linke und das Centrum würden an der Präsenzziffer Anstoß nehmen, dies geschah aber nicht, im Gegentheil es soll jeder Mann und Groschen gegeben werden, und es ist lediglich die indifferente Zeitfrage, an die man sich nun klammern muß. Daher die ganze Verlegenheit. Sprechen Sie doch nicht von dem Kompromiß auf 7 Jahre als einer dauernden Institution, das ist durchaus falsch.

Der Mehrheit wird es zum schweren Vorwurf gemacht, daß sie es wagt, Parlaments- und Volksrechte zu vertheidigen, sie soll nicht das Recht haben, in solchen Fragen der Präsenzstärke mitzusprechen. Herr Graf Moltke hat in seiner ersten Rede gesagt, die Armee sei die vornehmste Institution; das mag sein, sie ist darum aber noch die theuerste, und deshalb werden wir zu prüfen haben, wie die erheblichen Mehrbelastungen aufzubringen sein dürften. Die Möglichkeit ist nicht wegzuleugnen, daß nach Bewilligung des Gesetzes der Herr Schatzkanzler kommt und sagt: „Ihr habt bewilligt, sorgt für die Deckung." Da haben wir uns denn nach dem praktischsten Mittel umgesehen und dieses in einer Reichseinkommensteuer zu finden geglaubt. Einen berechtigten Kern hat selbst Herr v. Helldorff dem Vorschlage nicht absprechen können, er hat ihm lediglich vorgeworfen, er sei nicht modern. Nun das ist ein ganz relativer Begriff. Wir sind auf diesen Gedanken lediglich durch die Frage gekommen: „Wo ist noch etwas herzunehmen?" Der Vorschlag hat mit sozialistischen Prinzipien nichts gemein, deshalb haben wir auch die Grenze ziemlich tief gelegt. Wenn ich bedenke, was seit 20 Jahren Alles geschehen ist, die Gesinnung des deutschen Volkes herabzudrücken, wenn es nicht gelungen ist, die freiheitliche Gesinnung zu tödten, so brauche ich auch die Hoffnung nicht sinken zu lassen, daß wir siegreich aus dem Wahlkampfe hervorgehen werden (Lebhafter Beifall links).

Ein Antrag des Abg. **Lenzmann** auf Vertagung wird abgelehnt, dagegen ein Antrag des Abg. Graf **Holstein** auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. **Lenzmann** (zur Geschäftsordnung): Ich hatte mich zwar zum Worte gemeldet, bin aber durch den Schluß der Debatte verhindert worden, meine Ausführungen zu machen. Ich möchte nur bemerken, daß ich als Vertreter des preußischen demokratischen Programms zuerst für den Antrag Stauffenberg, zuletzt aber gegen jede Vereinbarung stimmen werde, weil ich unter keinen Umständen von der alljährlichen Feststellung der Präsenzstärke abgehen will.

Abg. Baron **Dietrich** (Elsässer): Da der Abg. Antoine nur französisch spricht, so hat er mich beauftragt, eine Erklärung für ihn abzugeben. Der Kollege Antoine wird gegen das Triennat, mit Nein stimmen, sich nicht der Abstimmung enthalten. Wird Herr v. Kardorff sich nicht entdecken, mit ihm gemeinsam gegen dasselbe zu stimmen?

Nach einem Schlußwort des Referenten Frhrn. **v. Huene** wird ein erneuter Antrag Richter auf Vertagung angenommen.

Nächste Sitzung **Freitag 1 Uhr.** (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 5 Uhr.

Verlag der Aktiengesellschaft Hallische Zeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870115 1-12/fragment/page=0008